DenkRaumBodensee



Grenzüberschreitende Zusammenarbeit

damals – heute – zukünftig

Roland Scherer, Simone Strauf (Hrsg.)

IMPRESSUM

Herausgeber:

Roland Scherer
Simone Strauf
DenkRaumBodensee 2021
c/o Internationale
Bodensee-Hochschule IBH
Hafenstrasse 6
CH - 8280 Kreuzlingen
www.denkraumbodensee.org

Gestaltung:

Beate Reichel, diekreation.de



Grenzüberschreitende Zusammenarbeit

damals – heute – zukünftig

Roland Scherer, Simone Strauf (Hrsg.)



Impressum 2

Vorwort 6

Die Bodenseeregion – Eine wissenschaftliche Annäherung an das System der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit 8

Zwölf Interviews

Canisius Braun 34
ehem. Staatssekretär, Kanton St.Gallen

Dr. Martina Büchel-German 48
Abteilungsvorständin Europaangelegenheiten, Amt der Vorarlberger Landesregierung

Josef Büchelmeier 58
Geschäftsführer Internationaler Städtebund Bodensee (ISB)

Mathias Burtscher 68
ehem. Geschäftsführer Industriellenvereinigung Vorarlberg

Dr. Reto Dubach 78
ehem. Regierungsrat Kanton Schaffhausen

Andrea Kaufmann 86
Bürgermeisterin Stadt Dornbirn, Vorsitzende Internationaler Städtebund Bodensee (ISB)

Prof. Dr. Claudius Marx 98
Hauptgeschäftsführer IHK Hochrhein-Bodensee



Andrea Ruf 110
Geschäftsführerin der Schweizerischen Bodensee Schifffahrt AG (SBS)

Horst Schädler 118
Regierungssekretär, Regierung des Fürstentums Liechtenstein

Stephan Tobler 126
Kantonsrat und Gemeindepräsident Egnach

Lothar Wölfle 138
Landrat Bodenseekreis

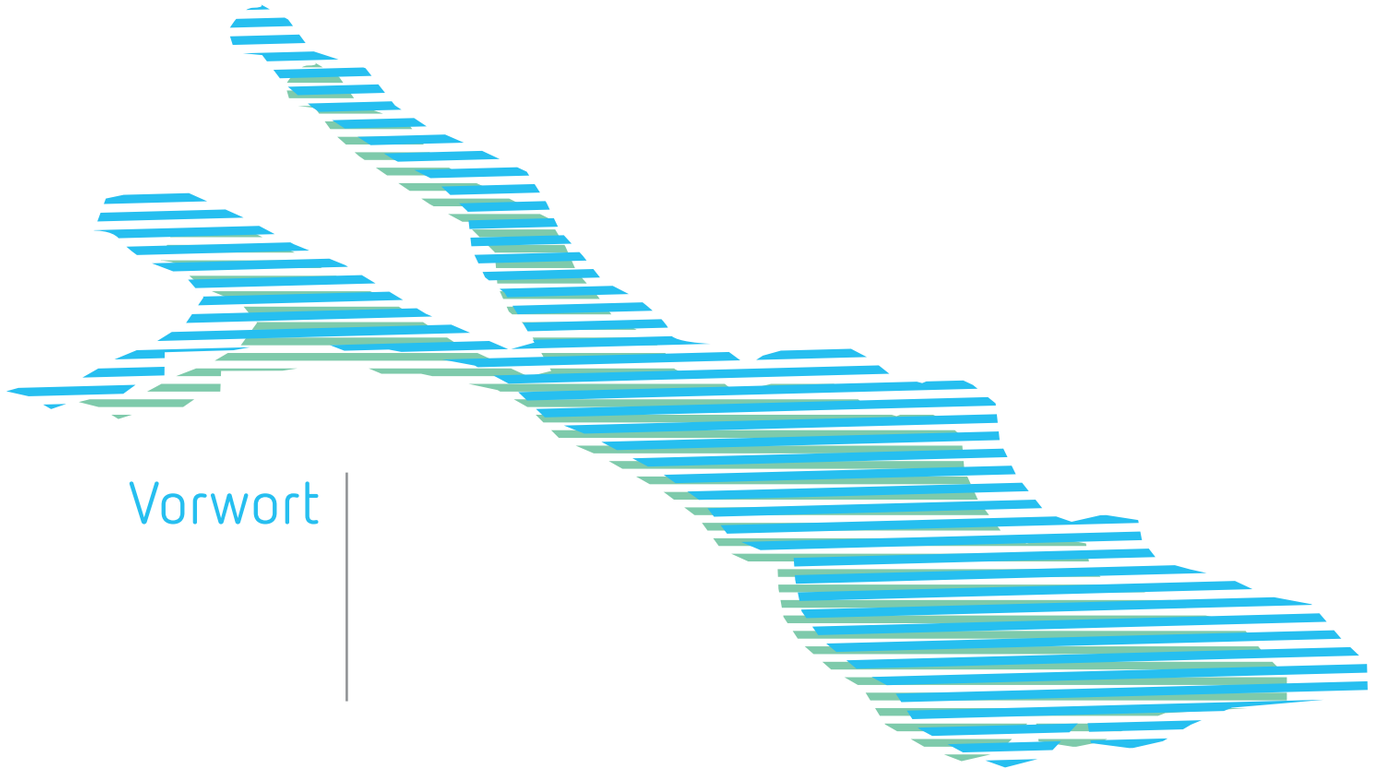
Prof. Dr. Sebastian Wörwag 148
Rektor Berner Fachhochschule (BFH), ehem. Rektor der Fachhochschule St.Gallen (FHS) und ehem. Vorsitzender der Internationalen Bodensee-Hochschule (IBH)

Zur Zukunft der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit in der Bodenseeregion 160

Autor:innen 172

Über DenkRaumBodensee 174

Vorwort



Welchen Stellenwert hat die Zusammenarbeit über die Grenzen hinweg derzeit in der Bodenseeregion? Werden Kirchtürme und Grenzzäune wieder höher? Mit welchen Herausforderungen ist die grenzüberschreitende Zusammenarbeit aktuell und zukünftig konfrontiert, und wie sieht eine wünschenswerte Struktur einer grenzüberschreitenden Governance für die Bodenseeregion aus? Diese Fragen stehen im Mittelpunkt der vorliegenden Publikation, in der nach einer wissenschaftlichen Einordnung zwölf Expert:innen im Interview zu Wort kommen und ihren persönlichen Blick auf die aktuelle Situation in der Bodenseeregion werfen.

Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit hat in der Bodenseeregion eine lange Tradition. Bereits im 19. Jahrhundert sind Vereinbarungen und Institutionen entstanden, die teils noch heute Bestand haben – wie etwa der Staatsvertrag zur Regulierung des Abflusses aus dem Bodensee. Im Lauf der Zeit können mehrere Phasen der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit identifiziert werden, in denen jeweils unterschiedliche Treiber und übergeordnete gesellschaftliche Themen dominierten. Wie nehmen Expert:innen die grenzüberschreitende Kooperation in der Bodenseeregion aktuell wahr? Und hat sich die Stimmung in den letzten Jahren verändert? Welche Einflüsse spielen dabei eine Rolle?

Die Struktur der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit in der Bodenseeregion ist gekennzeichnet von einer Vielzahl meist eher lose organisierter Netzwerke, Institutionen oder Organisationen. Die rund 600 grenzüberschreitend aktiven Institutionen decken nahezu alle Themenfelder ab und reichen von interkommunalen Infrastrukturprojekten bis hin zur Regierungschefkonferenz der Internationalen Bodensee-Konferenz. Diese Struktur kann eine Stärke sein, aber gleichzeitig auch eine Schwäche. Wie bewerten die Akteur:innen das vernetzte System der grenzüberschreitenden Institutionen in der Bodenseeregion?

Zentraler Akteur in diesem System ist die Internationale Bodensee-Konferenz (IBK), in der die Regierungen der zehn Länder und Kantone zusammengeschlossen sind. In ihren Leitbildern formuliert sie gemeinsame Ziele und Visionen zur grenzüberschreitenden Entwicklung der Region. Wie sehen Expert:innen die IBK und ihre Rolle? Welche Funktion sollte sie zukünftig übernehmen?

Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit stand und steht bis heute – nicht nur in der Bodenseeregion – vor zahlreichen Herausforderungen. Welche stehen für die Region aktuell und zukünftig im Fokus? Welche Themen stehen im Fokus? Und welche Strukturen braucht es für eine zukunftsfähige grenzüberschreitende Governance in der Bodenseeregion?

DenkRaumBodensee hat zwölf Expert:innen aus verschiedenen Ländern und Fachbereichen interviewt und um ihre persönliche Einschätzung gebeten. Die Interviewten geben spannende Einblicke in ihre Erfahrungen und formulieren ihre Wünsche an eine zukünftige grenzüberschreitende Zusammenarbeit in der Bodenseeregion. Wir danken allen Interviewpartner:innen für ihre Offenheit und Unterstützung!

Als Grundlage für ein besseres Verständnis der spezifischen Situation in der Bodenseeregion und zur Einordnung des Erfahrungswissens unserer Interviewpartner:innen wird einleitend zunächst eine wissenschaftliche Annäherung an das System der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit vorgenommen. In einem kurzen abschliessenden Fazit werden die Erkenntnisse aus den Interviews aufgegriffen und mögliche Ansätze zur zukünftigen Weiterentwicklung der grenzüberschreitenden Governance in der Bodenseeregion skizziert, um einen Ausblick zu geben und denkbare Entwicklungsmöglichkeiten aufzuzeigen.



Die Bodenseeregion – eine wissenschaftliche Annäherung an das System der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit

Roland Scherer
Klaus-Dieter Schnell

Die Bodenseeregion – Versuch einer räumlichen Abgrenzung

Als «Bodenseeregion» wird der Grenzraum zwischen Österreich, Liechtenstein, der Schweiz und Deutschland mit dem Bodensee im Zentrum bezeichnet. Insgesamt umfasst die Bodenseeregion Teilräume aus vier Nationalstaaten und Aussengrenzen der EU zu Liechtenstein (EWR) und der Schweiz (EFTA). Eine eindeutige Definition der Grenzregion Bodensee gibt es allerdings nicht. In der Praxis haben sich jedoch eine Reihe institutioneller oder funktionaler räumlicher Abgrenzungen der Bodenseeregion etabliert: Politisch ist das Mandatsgebiet der Internationalen Bodensee-Konferenz (IBK) eine gängige Einheit, aus Sicht des Gewässerschutzes reicht das Einzugsgebiet des Bodensees bis weit in den Alpenraum hinein, die touristische Destination Bodensee umfasst wiederum die engere Seeregion und im Rahmen der Hochschulkooperation gehören weite Gebiete Süddeutschlands, der Nordschweiz und das Alpenrheintal dazu.

Dem Begriff der Region wohnt selbst bereits eine gewisse Diffusität inne: Er ist nicht klar definiert und wird von vielen Akteuren verwendet, die ihn jeweils mit eigenen Inhalten füllen. «Region» ist also ein «Plastikwort», wie der Germanist Uwe Pörksen (2011) solche unbestimmten, aber in Politik und Medien häufig verwendeten Begriffe bezeichnet. Eine Analyse der wissenschaftlichen Diskussionen über Regionsabgrenzungen (vgl. Scherer 2006) zeigt, dass diese Unschärfe nicht sein muss und jede Regionsabgrenzung abhängig vom jeweiligen Zweck erfolgt (Fürst 1996: 41). Wiechmann (2000: 174) folgert: «Die Region als identifizierbare Einheit ergibt sich primär aus der individuellen Perspektive des Betrachters, die Identifizierung der regionalen Ebene hängt in höchstem Masse von der spezifischen Fragestellung ab.»

Dies gilt auch für die grenzüberschreitende Bodenseeregion. Die regionalwissenschaftliche Diskussion hilft hier zu verstehen, wieso es die «eine» Bodenseeregion nicht gibt. Für unterschiedliche funktionale Verflechtungen bedarf es unterschiedlicher Raumabgrenzungen der Bodenseeregion, in denen Akteure in verschiedenen Konstellationen zusammenarbeiten.

Die folgenden Überlegungen basieren in Teilen auf einem internen Diskussionspapier, das die beiden Autoren im Rahmen der Erarbeitung des aktuellen Leitbilds der IBK für die Bodenseeregion 2018 erstellt haben. Dieses wurde aktualisiert und die heutigen Gegebenheiten und Herausforderungen entsprechend aufgenommen (vgl. Scherer & Schnell 2017).

Trotz der ambivalenten Raumabgrenzungen der Bodenseeregion ist unbestritten: Die Region ist eine klassische Grenzregion, die abseits der nationalen politischen und/oder wirtschaftlichen Zentren liegt. Nicht nur Berlin, Wien und Bern sind räumlich weit weg vom Bodensee, auch in den Zentren der umliegenden Metropolräume Stuttgart, München oder Zürich – auch Mitglied der IBK – manifestiert sich manchmal eine (emotionale) Ferne zu den Anliegen und Bedürfnissen der Bodenseeregion. Inwieweit sich diese periphere Lage zu den nationalen Entscheidungszentren bislang negativ oder positiv auswirkte, kann wissenschaftlich nicht abschliessend beurteilt werden. Ein Blick in die Vergangenheit zeigt aber, dass damit nicht nur Benachteiligungen verbunden sind – etwa bei der Infrastrukturausstattung –, sondern oft auch Handlungsräume für die Region entstanden sind, die es bei stärkerer Bindung zu den Zentren vielleicht nicht gegeben hätte.

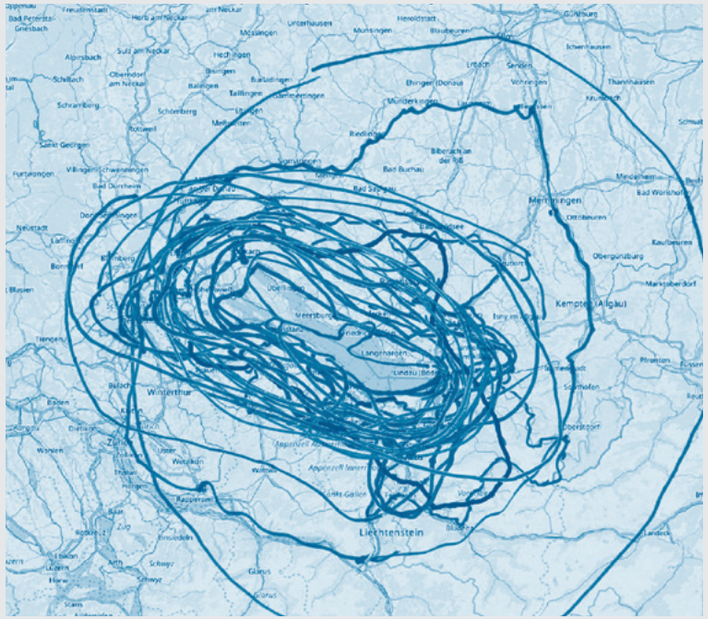


Abbildung 1: *Die Abgrenzung der Bodenseeregion aus Sicht der Einwohner:innen (Quelle: Passantenbefragung zur Zukunft der Bodenseeregion im Jahr 2018).*

Zur Geschichte der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit in der Bodenseeregion

Die Bodenseeregion verfügt über eine lange und intensive Tradition der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit. So feiert die Internationale Bodensee-Konferenz (IBK) als politisches Dach der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit am Bodensee im Jahr 2022 ihr 50-jähriges Bestehen. Die grenzüberschreitende Kooperation ist aber keinesfalls erst im Zuge der europäischen Integrationsbewegungen der letzten Jahrzehnte entstanden. Bereits weit früher wurden für konkrete Problemlösungen bewusst die Grenzen überschritten: Schon im 19. Jahrhundert sind Institutionen der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit entstanden, die heute noch Gültigkeit haben. Hierzu gehören etwa der Staatsvertrag zur Regulierung des Abflusses des Bodensees zwischen dem Grossherzogtum Baden, den Königreichen Württemberg und Bayern, dem Kaiserreich Österreich-Ungarn und der Schweizerischen Eidgenossenschaft im Jahr 1857 oder die Kooperationsvereinbarungen zwischen den Schifffahrtsunternehmen am Bodensee zur Abstimmung der Linien, der Fahrpläne sowie der Preise aus dem Jahr 1858. Auch die Wurzeln der heutigen Dachinstitution des Bodenseetourismus, der Internationalen Bodensee Tourismus GmbH, liegen in dieser Zeit, als 1893 in Bregenz der «Verband der Gasthofbesitzer am Bodensee und Rhein» gegründet wurde, dem bereits 1901 der «Bodensee Verkehrsverein» folgte, in dem sich die damaligen kommunalen Tourismusorganisationen rund um den Bodensee zusammenschlossen.

Im Lauf der Geschichte können verschiedene Phasen der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit in der Bodenseeregion unterschieden werden – mit jeweils unterschiedlichen Treibern für die Kooperation (Scherer & Schnell 2002, Schnell & Scherer 2014). Es zeigt sich dabei, dass das jeweilige grenzüberschreitende Governance-System immer zwingend mit dem übergeordneten Thema im Zusammenhang steht, das in der jeweiligen Phase die Zusammenarbeit «dominiert»:

- Die Entstehungsphase: Treiber der Entwicklung war die gemeinsame Nutzung des Allmende-Gutes «Bodensee» und die

Notwendigkeit, dessen Nutzung zu koordinieren, um Übernutzungen zu vermeiden (vgl. Drexler 1980).

- Die Nachkriegsphase: Treiber der Entwicklung war das gesellschaftliche Bedürfnis nach Austausch mit dem Nachbarn als Beitrag zur Völkerverständigung.
- Die Umweltphase: Treiber der Entwicklung war die Notwendigkeit, der feststellbaren Übernutzung des Bodensees entgegenzuwirken.
- Die Regionalisierungsphase: Treiber der Entwicklung war der Versuch, auf kommunaler Ebene eine «Gegenbewegung» zu den zentralistischen Bestrebungen der staatlichen Ebene zu initiieren (vgl. Bullinger 1977).
- Die Europäisierungsphase: Treiber der Entwicklung waren die zunehmende politische Integration Europas und die regionale Reaktion auf das politische «Nein» der Schweiz zum Europäischen Wirtschaftsraum EWR.
- Die Interreg-Phase: Treiber der Entwicklung war die Bereitstellung europäischer Fördermittel als Anreiz für grenzüberschreitende Kooperationsprojekte.

Der Blick in die Geschichte zeigt, dass das Aufkommen grenzüberschreitender Institutionen keine neuartige Entwicklung ist. Grundsätzlich können zwei unterschiedliche Beweggründe für grenzüberschreitende Kooperationen identifiziert werden: einerseits die Nutzung eines Allmende-Gutes wie dem Bodensee für Schifffahrt, Fischerei oder Trinkwassergewinnung beziehungsweise das Verhindern negativer Effekte einer möglichen Übernutzung dieses Gutes. Andererseits können auch Impulse von aussen Anreize für Kooperationen setzen, wie das EWR-Nein oder die Einführung des Interreg-Förderprogramms (vgl. Mäding 1984, Leuenberger & Walker 1992, Blatter & Scherer 2006). Mit Blick auf die Zukunft wird spannend sein, wie die Bodenseeregion auf das Scheitern des Rahmenvertrags zwischen der Schweiz und der Europäischen Union reagieren wird, und ob die neue Situation zu verminderter oder verstärkter nachbarschaftlicher Zusammenarbeit führen wird.

In jeder dieser Entwicklungsphasen sind auch neue grenzüberschreitende Institutionen entstanden. Teilweise sind diese formell über Staatsverträge geregelt, wie etwa die Internationale Gewässerschutzkommission für den Bodensee (IGKB) oder die Internationale Schifffahrtskommission für den Bodensee (ISKB). Andere Institutionen sind sehr informell organisiert, beispielsweise der Bodenseerat oder der Städtebund Bodensee. Wieder andere basieren auf privatrechtlichen Vereinbarungen, etwa die Internationale Bodensee Tourismus GmbH. Im Lauf der Jahre ist in der Bodenseeregion so eine Vielzahl unterschiedlicher grenzüberschreitender Institutionen entstanden, die vielfach informell organisiert und stark untereinander vernetzt sind. Diese Netzwerkstruktur der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit unterscheidet die Bodenseeregion – wie in verschiedenen Studien herausgearbeitet werden konnte – grundsätzlich von (fast) allen anderen Grenzregionen in Europa. Im Vergleich mit diesen zeigt sich, dass sie einerseits viel stärker formell organisiert sind und in der Regel sogar über eine staatsvertragliche Basis verfügen. Andererseits wird deutlich, dass die meisten Grenzregionen über eine zentrale Organisation verfügen, die im Zentrum der gesamten grenzüberschreitenden Kooperation steht und in der Regel auch das jeweilige grenzüberschreitende Governance-System gestaltet und koordiniert (vgl. BMVBS 2011, Zumbusch & Scherer 2015).

Die Bodenseeregion als vernetztes System

Auffälliges Merkmal des Systems der grenzüberschreitenden Kooperation in der Bodenseeregion ist sein hoher Vernetzungsgrad. Systematische Betrachtungen weisen eine erstaunlich hohe Anzahl von Institutionen nach, in denen über die Landesgrenzen hinweg zusammengearbeitet wird. Müller-Schnegg (1994) hat rund 100 Kooperationen beschrieben, Schnell & Scherer (2014) etwa 600 grenzüberschreitend aktive Institutionen identifiziert. Tendenziell ist ihre Anzahl – schon allein aufgrund der vielen Interreg-Projekte – bis heute weiter gestiegen. Der Begriff der grenzüberschreitenden Institution geht dabei allerdings über den der grenzüberschreitenden Organisation hinaus. Gablers Wirtschaftslexikon versteht unter Organisationen «Gruppen von Personen, die ein gemeinsames Ziel

verfolgen und die eine formell festgelegte Mitgliedschaft zu dieser besitzen. Sie verfügen dabei über eine «Exit»-Option, d. h. sie können jederzeit auch wieder verlassen werden.» Als Institutionen werden dort dagegen «alle wiederkehrenden Interaktionen von mindestens zwei Akteuren [definiert], die aufgrund gemeinsamer Werthaltungen stattfinden. Sie können dabei sowohl informeller als formeller Art sein.» Der Begriff der grenzüberschreitenden Institution umfasst demnach alle Formen der grenzüberschreitenden Kooperation, die wiederkehrend stattfinden und bestimmten formellen oder informellen Regeln folgen.

De facto gibt es im Bodenseeraum heute kaum ein Themenfeld, in dem nicht grenzüberschreitend zusammengearbeitet wird. Die Palette reicht dabei von der Regierungschefkonferenz der IBK über staatsvertragliche Kommissionen, die Konferenzen der Bodensee Parlamentarier:innen und Städte sowie spezielle Bodensee-Sportverbände bis hin zum Bodenseekirchentag oder der Vereinigung der Bodenseekapitäne. Eine systematische Analyse von über 500 grenzüberschreitenden Institutionen in der Bodenseeregion von Scherer und Zumbusch, erstmals in 2011 erhoben, legt folgende Differenzierungskriterien zugrunde:

- Räumliche Orientierung: Bezieht sich die Institution auf den Gesamtraum oder auf einen Teilraum?
- Thematische Orientierung: Mit welchen Themen beschäftigt sich die Institution?
- Institutionelle Orientierung: Ist die Institution formell organisiert und wenn ja, wie?
- Intensität: Wie oft trifft sich die Institution und wie intensiv wird kooperiert?
- Relevanz und Macht: Welche Bedeutung hat die Institution im Gesamtsystem Bodensee?

Die folgende Abbildung stellt dar, wie sich die über 500 grenzüberschreitenden Institutionen in der Bodenseeregion auf unterschiedliche räumliche und thematische Orientierung verteilen (Stand: 2014). Die Analyse legt nahe, dass am Bodensee stark funktional-

problemorientiert kooperiert wird – vermutlich weit stärker als in anderen Regionen. Weit über die Hälfte aller Institutionen befassen sich mit der Bearbeitung konkreter Sachthemen oder der Lösung konkreter Problemstellungen – etwa im Tourismus, im Gewässerschutz, in der Hochschulzusammenarbeit oder im Standortmarketing. Dazu gehören zunehmend auch Institutionen, in denen es primär um das gegenseitige Lernen über die Grenzen hinweg geht, um hierdurch eigene Probleme und Herausforderungen zu lösen.

Die räumlichen Perimeter dieser Kooperationen sind sehr unterschiedlich, da sie in der Regel den Funktionsräumen folgen, die das jeweilige Problemfeld bestimmen. Es schliessen sich jeweils diejenigen Akteure zusammen, die für die konkrete Lösung eines Problems notwendig sind. Dies ist einer der Gründe dafür, dass sich in der Bodenseeregion keine einheitliche Raumabgrenzung durchgesetzt hat, sondern Handlungsräume je nach konkreter Themenstellung in der Praxis unterschiedlich ausfallen können.

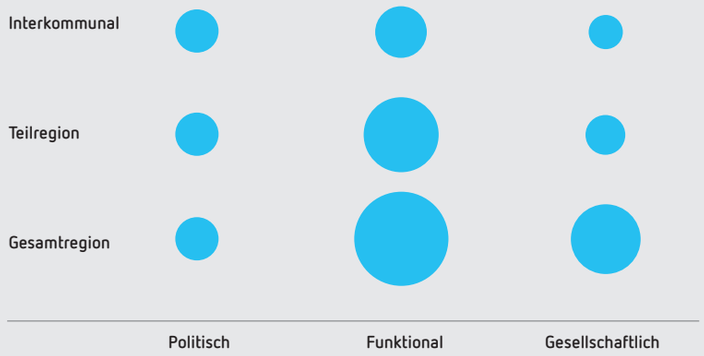


Abbildung 2: *Räumliche und thematische Orientierung der grenzüberschreitenden Institutionen in der Bodenseeregion 2014 (Quelle: eigene Erhebung IMP-HSG, Stand: 2014)*

Es lässt sich jedoch auch feststellen, dass es in der Bodenseeregion nur wenige grenzüberschreitende Institutionen gibt, die sich a) themenübergreifend und b) in einem grösseren Raum mit regionalen grenzüberschreitenden Fragen beschäftigten. Im Mittelpunkt steht dabei die Internationale Bodensee-Konferenz als Gemeinschaft

von zehn Landes- und Kantonsregierungen rund um den Bodensee. Die IBK ist territorial orientiert und hat sich als politische Plattform und zentrale Organisation der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit in der Bodenseeregion etabliert (vgl. Schnell & Scherer 2014). Sie ist darüber hinaus mit ihren Kommissionen stark im funktional-problemlösungsorientierten Bereich engagiert. Im Unterschied zu anderen funktionalen Institutionen bezieht sie sich stets auf einen definierten Perimeter, das heisst alle Mitglieder der IBK arbeiten in den Kommissionen oder Arbeitsgruppen zu verschiedenen Handlungsfeldern mit. Auf der Arbeitsebene und vor allem in Projekten, die auf bestimmte Problemlösungen zielen, kommen bei der IBK aber variable Geometrien zur Anwendung. So gibt es unterschiedliche, weil zweckmässige Perimeter etwa bei der Tageskarte Bodensee, beim Lehrlingsaustausch xchange, der Internationalen Bodensee-Hochschule (IBH), der Internationalen Bodensee Tourismus GmbH (IBT), in Interreg-Projekten oder bei Kooperationen mit anderen Grenzräumen.

Ebenfalls themenübergreifend und in grösserer Raumabgrenzung arbeiten andere politische Institutionen wie die Internationale Parlamentarische Bodensee-Konferenz (IPBK) oder der Internationale Städtebund Bodensee (ISB), beide mit starker institutioneller Bindung an die föderale beziehungsweise kommunale Ebene, oder der Bodenseerat als ideelles Gremium ohne institutionelle Anbindung. Anders als in anderen Grenzregionen sind diese Institutionen eher informell organisiert und treten – teils mangels Ressourcen oder Kapazitäten – eher selten an die Öffentlichkeit, sondern entfalten ihre Wirkung mehr als regionale Multiplikatoren nach innen.

Neben den vielen funktional-problemlösungsorientierten und den wenigen politisch-territorialen Institutionen der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit existieren im Bodenseeraum zahlreiche zivilgesellschaftlich orientierte Kooperationen und Initiativen, die oft auf direkte persönliche Begegnung der Menschen aus der Vierländerregion zielen. Dabei werden die Kooperationsräume meist anhand von Identitätskriterien abgegrenzt, wie «Bodensee» oder «alemannische Kultur». Die Akteure definieren hier selbst, wer dazugehört, respektive wer sich zugehörig fühlt.

Starke Unterschiede zwischen den Institutionstypen gibt es hinsichtlich der Intensität der Zusammenarbeit. Informelle und im gesellschaftlichen Bereich aktive Institutionen finden sich vielfach nur ein- bis zweimal jährlich zu ihren «Bodenseetreffen» zusammen. Eine enorm intensive Zusammenarbeit findet sich dagegen bei den stärker formalisierten Institutionen wie IBK, IBH oder IBT, die auch über leistungsfähige Geschäftsstellen verfügen. Aber auch hier treffen sich die obersten Leitungsgremien nur zwei- bis viermal im Jahr.

Bei der konkreten Projektarbeit findet sich die höchste Intensität der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit mit regelmässigen Treffen und Arbeitsplänen. Die Kooperationsprojekte sind jedoch in der Regel temporär angelegt. Nichtsdestotrotz lässt sich feststellen, dass erfolgreiche Projekte wiederum neue Projekte in gleicher oder ähnlicher Akteurskonstellation nach sich ziehen.

Die Internationale Bodensee-Konferenz als zentraler Akteur der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit

Als politischer Mittelpunkt des grenzüberschreitenden Governance-Systems der Bodenseeregion kommt der IBK als Zusammenschluss der Regierungen rund um den Bodensee eine zentrale Rolle zu. Schnell & Scherer (2014) begründen dies unter anderem damit, dass es der IBK mit ihren verschiedenen Bodenseeleitbildern gelungen ist, gemeinsame Ziele für die grenzüberschreitende Region zu formulieren, die den einzelnen Ländern und Kantonen, aber auch anderen Akteuren Orientierung zur (zukünftigen) Entwicklung der Bodenseeregion bieten. Erstaunlicherweise operiert die bereits 1972 gegründete IBK nach wie vor ohne formelle Rechtsgrundlage, etwa in Form eines Staatsvertrags, sondern auf Basis einfacher Verwaltungsvereinbarungen. Damit unterschiedet sich die IBK von ähnlichen Gremien andernorts, wie etwa der Oberrheinkonferenz. Das Fehlen formeller Rechtsgrundlagen, vor allem Staatsverträgen, gilt manchen Wissenschaftler:innen als Zeichen einer nicht stark ausgeprägten und wenig intensiven Kooperation (vgl. Schweizer 2005). Ein Schluss, der angesichts der bunten Vielfalt an internationalen Aktivitäten in der Region überrascht. Die räumliche Abgrenzung der

IBK wird heute oftmals mit der Abgrenzung der Bodenseeregion gleichgesetzt. Dies ist jedoch nicht unumstritten, da damit gerade auf der Schweizer Seite Teile zur Bodenseeregion gerechnet werden, die sowohl funktional als auch identitätsmässig wenig respektive nichts mit der «eigentlichen» Bodenseeregion zu tun haben – beispielsweise grosse Teile des Kantons Zürich oder auch die südlichen Teilregionen des Kantons St.Gallen.



Abbildung 3: *Die Internationale Bodenseeregion in der Abgrenzung der IBK (Quelle: Internationale Bodensee-Konferenz)*

Gemäss ihren Statuten hat sich die IBK folgende Ziele gesetzt:

- Erhaltung und Förderung der Bodenseeregion als attraktiver Lebens-, Natur-, Kultur-, und Wirtschaftsraum
- Stärkung der regionalen Zusammengehörigkeit
- Regionaler Beitrag zur Überwindung von Grenzen

- Erarbeitung grenzübergreifender gemeinsamer Politikbereiche und Projekte

Das oberste Gremium der IBK ist die Regierungschefkonferenz. Ihr gehören die Minister:innen- oder Regierungspräsident:innen beziehungsweise vertretende Regierungsmitglieder der zehn IBK-Länder und Kantone als ständige Vertreter an. Entscheidungen werden nach dem Einstimmigkeitsprinzip gefasst. Operatives Arbeitsgremium ist der Ständige Ausschuss. Er ist besetzt mit den leitenden Beamten der Staatskanzleien und führt die laufenden Geschäfte, setzt Kommissionen sowie Arbeits- und Projektgruppen ein, koordiniert deren Arbeit, überwacht den Haushalt und pflegt Kontakte zu anderen Institutionen. Die inhaltliche Arbeit erfolgt in sieben Kommissionen, die mit der Regierungschefkonferenz alljährliche ein Arbeits- und Finanzprogramm vereinbaren. Jedes IBK-Land kann für die einzelnen Kommissionsmitglieder jeweils ein Mitglied aus der staatlichen Verwaltung benennen. Die Kommissionen können weitere Vertreter, etwa der kommunalen Gebietskörperschaften, aus der Wirtschaft oder Gesellschaft als Gäste oder in Arbeitsgruppen einbeziehen.

Die IBK nimmt ihre Aufgabe als zentrale Institution zwar zurückhaltend, aber immer aktiver wahr. Im Zusammenhang mit einem im letzten Bodenseeleitbild genannten Schlüsselprojekt zur «Regional Governance» findet derzeit eine Optimierung der bestehenden Strukturen statt, wobei die bestehenden Institutionen erhalten, aber besser aufeinander abgestimmt werden sollen. Dazu gehören eine Institutionalisierung des Informationsaustauschs und die Einrichtung von Gesprächsplattformen zu strategischen Themen von gemeinsamem Interesse. Die IBK steht, wie in der folgenden Abbildung dargestellt, mit vielfältigen anderen Institutionen in der Bodenseeregion in Verbindung. Darin sind die wichtigsten Stakeholder der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit schematisch dargestellt. Ihre Verbindung mit der IBK wird anhand der folgenden drei Kriterien differenziert:

- **Bindungsgrad im Verhältnis zur IBK (Kreise von innen nach aussen):** institutionelle Einbindung, institutioneller Austausch, regelmässiger Kontakt, Projektbeziehung, keine Bindung
- **Thematische Orientierung der Institution (drei Felder):**

politisch-querschnittsorientiert, funktional-problemorientiert, gesellschaftlich-integrativ

- **Raumbezug im Vergleich zum IBK-Raum (Form):** Deckungsgleich (⬭), Schnittmenge (▭), Teilmenge (▲)

In der Grafik wurden rund 50 unterschiedliche Institutionen, die mit der IBK in Beziehung stehen und für das Governance-System der Bodenseeregion relevant erscheinen, nach diesen Kriterien eingeordnet. Dabei sind nur wenige Institutionen im identischen räumlichen Perimeter wie die IBK tätig. Die meisten Institutionen bewegen sich in Teilräumen der Bodenseeregion oder umfassen auch Gebiete ausserhalb des eigentlichen IBK-Raums.

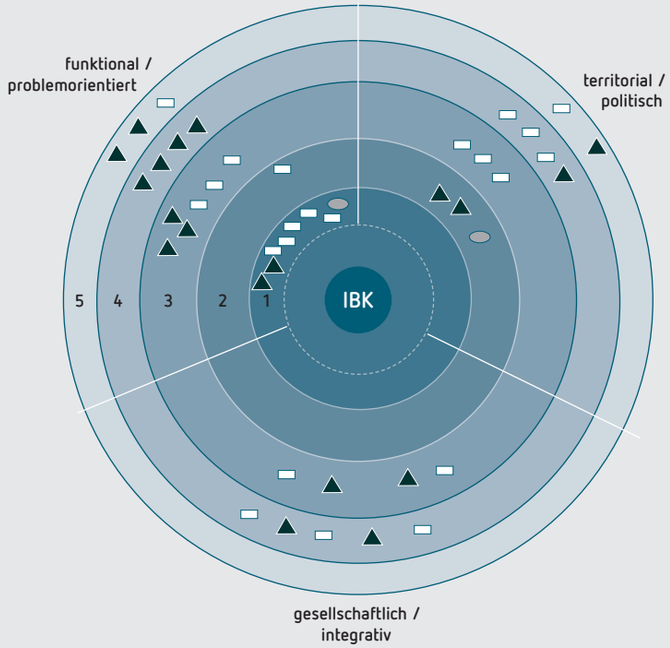


***Abbildung 4**: Stakeholdermap der IBK in der Bodenseeregion (Quelle: Scherer & Schnell 2017)*

Diese Darstellung wichtiger Stakeholder und ihres Verhältnisses zur IBK bestätigt die oben beschriebene Struktur des Governance-Systems in der Grenzregion am Bodensee. Sehr gut werden die beiden Merkmale erkennbar, die für die Bodenseeregion spezifisch sind und ein grundsätzliches Differenzierungsmerkmal zu anderen Grenzregionen, wie etwa der Oberrheinregion, darstellen (vgl. Zumbusch & Scherer 2015):

- Der Schwerpunkt der grenzüberschreitenden Kooperation liegt klar auf der funktional-problemorientierten Zusammenarbeit. Dabei steht die IBK, insbesondere mit ihren Kommissionen und ihrer Geschäftsstelle, in einem überaus intensiven Austausch mit den verschiedenartigen Institutionen – in unterschiedlichem Intensitätsgrad. Einige Akteure sind institutionell in IBK-Gremien eingebunden (z. B. mit Gaststatus im Ständigen Ausschuss oder in einer IBK-Kommission). Mit territorial-politisch orientierten Partnern bestehen formelle Vereinbarungen zur Zusammenarbeit und regelmässigem Informationsaustausch (z. B. Parlamentarier:innenkonferenz, Städtebund, Bodenseerat). Eher punktuell beziehungsweise auf Projektebene bestehen Austauschbeziehungen der IBK zu Institutionen mit gesellschaftlich-integrativer Orientierung – zum Beispiel im Rahmen des IBK-Kleinprojektefonds, der Jugendbegegnung, von Künstlerbegegnungen, Kulturforen, Wirtschaftskonzilen oder Netzwerken zur nachhaltigen Entwicklung. Es fehlen auch weitgehend Plattformen zur gezielten Beteiligung von Bürger:innen zu Fragen der grenzüberschreitenden Kooperation.
- Der räumliche Fokus von grenzüberschreitenden Aktivitäten folgt vielfach dem Grundsatz der variablen Geometrie, das heisst man sucht seine Partner in einem Raum, der für eine Problemlösung zielführend ist. Dies trifft vor allem auf die funktional-problemorientierten Kooperationen und Institutionen zu. Dominierend im gesellschaftlich-integrativen Bereich sind dagegen Identitätsräume, die sich aus der Selbstdefinition der beteiligten Akteure ergeben. Kooperationen mit starker Bindung an die föderale Ebene der Länder und Kantone orientieren sich am IBK-Perimeter und fungieren ähnlich wie die Parlamentarier:innenkonferenz oder der IBH-Kooperationsrat.

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass sich das grenzüberschreitende Governance-System der Bodenseeregion grundsätzlich von den Systemen anderer Grenzregionen in Europa unterscheidet. Die wichtigsten strukturellen Unterscheidungsmerkmale sind (1) die eher informelle und netzwerkartige Struktur der Zusammenarbeit, (2) die starke funktionale Orientierung bei den Themen der Zusammenarbeit und vor allem (3) eine starke variable Geometrie in der funktional-problemorientierten Zusammenarbeit, geprägt durch die heterogene Raumstruktur am Bodensee. Ebenfalls eine Besonderheit der Bodenseeregion ist das Fehlen einer staatsvertraglich geregelten, zentralen territorial-politischen Dachinstitution mit definierten Führungsbefugnissen oder Beziehungen zu anderen grenzüberschreitenden Institutionen. Trotz einer fast 50-jährigen Tradition ist die IBK bislang diesen Schritt hin zu einer staatsvertraglichen Regelung nicht gegangen.

Diese spezifische Ausgestaltung des Governance-Systems der Bodenseeregion ist mit dafür verantwortlich, dass bei einer allfälligen Weiterentwicklung das Übertragen von Erfahrungen aus anderen Grenzregionen auf die Bodenseeregion nur begrenzt möglich ist und diese nicht als «Blaupause» für eine grenzüberschreitenden Zusammenarbeit am Bodensee genutzt werden können.

Der Mehrwert grenzüberschreitenden Kooperation – eine wissenschaftliche Annäherung

Grenzüberschreitende Zusammenarbeit ist kein Selbstzweck und muss immer vor dem Hintergrund der Motivation der Akteure und des erwarteten Nutzens dieser Zusammenarbeit betrachtet werden. Dazu muss der «Mehrwert» der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit beurteilt werden. Dies ist mit vielen Unsicherheiten behaftet und kann nur unter Beachtung des politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Kontexts und der Situation im jeweiligen Grenzraum geschehen (vgl. Scherer & Zumbusch 2011):

- Wie hoch ist die Trennungswirkung der Grenze? In der Mitte der von uns betrachteten Region gibt es aufgrund der geografischen Situation mit dem Bodensee eine physische «Grenze» und gleichzeitig bestehen starke Differenzen bei den administrativen und gesetzlichen Vorgaben über die Grenzen hinweg.
- Bestehen grenzüberschreitend erhebliche wirtschaftliche Differenzen und Entwicklungsungleichgewichte zwischen den Nachbarregionen? In der Bodenseeregion ist ein erheblicher Unterschied bei den Preisen, aber auch bei den Gehältern in Deutschland und Österreich auf der einen Seite und der Schweiz und Liechtenstein auf der anderen Seite feststellbar.
- Welche Rolle spielt der europäische Integrationsprozess innerhalb der beteiligten Staaten beziehungsweise der regionalen Gesellschaft? Auch hier bestehen in der Bodenseeregion deutliche Unterschiede zwischen dem Schweizer Bereich der Bodenseeregion und den restlichen Räumen, wie gerade die entsprechenden europapolitischen Abstimmungen in der Schweiz in den letzten Jahren deutlich gezeigt haben.

Rückblickend hatte auch der «Zeitgeist» Einfluss auf die Festlegung der thematischen Schwerpunkte der Zusammenarbeit am Bodensee. Waren es in den 1990er-Jahren vor allem wirtschaftliche Themen, spielte ab der Jahrtausendwende das Thema Nachhaltigkeit ebenso eine zentrale Rolle wie heute das Thema «digitale Transformation». Schlussendlich sind kulturgeschichtliche oder auch politische Faktoren ebenfalls von Bedeutung, um den Mehrwert der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit festzulegen.

Eine spieltheoretische Annäherung an den Mehrwert grenzüberschreitender Kooperation – und dies gilt nicht nur für Nationalstaaten, sondern auch für die Zusammenarbeit über Gemeinde-, Kantons- und Ländergrenzen hinweg – erkennt folgende mögliche Problemkonstellationen:

- Besteht in der Grenzregion ein gemeinsames Problem im Sinne eines Allmendeproblems, wie zum Beispiel in der Bodenseeregion beim Gewässerschutz?
- Besteht zwischen zwei Teilregionen über die Grenze hinweg ein gegenseitiges Problem, wie zum Beispiel in der Bodenseeregion beim Thema Fluglärm bei grenznahen Flughäfen?

- Haben die Teilregionen über die Grenzen hinweg vergleichbare Problemlagen, mit denen sie jeweils konfrontiert sind, wie zum Beispiel in der Bodenseeregion das Thema Fachkräfte oder Klimaschutz?

Ausgehend von diesen spieltheoretischen Konstellationen lassen sich für die grenzüberschreitende Kooperation die folgenden grundsätzlichen Funktionen unterscheiden, anhand derer der jeweilige Mehrwert bewertet werden kann (vgl. Scherer & Zumbusch 2011):

- Problemlösungsfunktion: Wurde durch die Zusammenarbeit ein konkretes gemeinsames oder gegenseitiges Problem gelöst oder konnte hierfür ein entsprechender Beitrag geleistet werden?
- Lernfunktion: Konnten durch die Zusammenarbeit in einem konkreten Projekt Lerneffekte ausgelöst werden, die von dem jeweiligen Akteur später auch zur Lösung eigener Probleme genutzt werden konnten?
- Synergiefunktion: Sind durch die Zusammenarbeit in einem Projekt mit gleicher Problemlage Synergien entstanden, durch die dieses zum einen überhaupt erfolgreich umgesetzt wurde respektive zum anderen effizienter und effektiver umgesetzt werden konnte?
- Integrationsfunktion: Sind durch die Zusammenarbeit in einem gemeinsamen Projekt neue (persönliche) Beziehungen über die Grenzen hinweg – auch ausserhalb der eigentlichen Projektbeteiligten – entstanden?

Das Interreg-Programm zur Förderung der grenzüberschreitenden Kooperation in der Bodenseeregion

In den vergangenen Jahren beziehungsweise Jahrzehnten sind in der Bodenseeregion zahlreiche grenzüberschreitende Projekte initiiert und umgesetzt worden. Eine wichtige Rolle für die Durchführung dieser Projekte spielte das Interreg-Programm der Europäischen Union. Durch dieses speziell für die grenzregionale Zusammenarbeit aufgestellte Förderprogramm standen seit 1992 spezielle Finanz-

mittel für solche Projekte zur Verfügung. Die EU-Mittel werden in der Schweiz durch Bundes- und Kantonsbeiträge ergänzt, sodass in den vergangenen Förderperioden im Interreg-Gebiet Alpenrhein-Bodensee-Hochrhein für den Zeitraum von 2000 bis 2020 insgesamt 319 Projekte mit einem finanziellen Gesamtvolumen von fast 200 Millionen Euro durchgeführt wurden, die gesamthaft fast 75 Millionen Euro an EU-Fördermitteln erhalten haben (Quelle: www.keep.eu). Über 1'000 unterschiedliche Projektpartner waren an diesen Projekten beteiligt, wobei zahlreiche Akteure in mehreren Projekten aktiv waren. Zusätzlich dazu wurden im Rahmen des IBK-Kleinprojektefonds seit 2011 noch weitere rund 250 Projekte gefördert, an denen über 600 Projektpartner beteiligt waren. Der Kleinprojektefonds fördert Vorhaben unterhalb der Mindestschwelle des Interreg-Programms von 50'000 Euro Gesamtkosten, teils aus Interreg-Mitteln, teils aus Mitteln der IBK-Mitgliedsländer. Diese Projekte spielen vor allem hinsichtlich der gesellschaftlichen Integrationswirkung eine wichtige Rolle.

Eine Analyse der Herkunft der Projektpartner in den verschiedenen Interreg-Vorhaben zeigt, dass sich der Grossteil der Projekte in der engeren Bodenseeregion abspielen und deutlich weniger am Hochrhein oder am Alpenrhein. Innerhalb der Bodenseeregion sind die meisten Projektpartner auf die grösseren Städte konzentriert. So waren Akteure aus der Stadt Konstanz allein an 134 Projekten beteiligt, Akteure aus der Stadt St.Gallen an 98 Projekten und aus Bregenz an 98 Projekten. Projektpartner aus anderen Gemeinden waren deutlich seltener vertreten. Dies mag daran liegen, dass in diesen drei Städten neben den Verwaltungen der Kommunen sowie einiger IBK-Mitgliedsländer auch eine Reihe grenzüberschreitender Institutionen sowie Verbände ihren Sitz haben. Eine detaillierte Analyse der Projektträger zeigt, dass sich an grenzüberschreitenden Projekten vor allem Institutionen der öffentlichen Hand und öffentlich dominierte Gesellschaften, zum Beispiel aus Tourismus, Standortmarketing oder Bildung, beteiligen. Es gibt einige wenige Akteure mit vielen Projektbeteiligungen, die nicht Bestandteil der Landes- oder Kantonsverwaltungen sind, sondern der kommunalen Ebene angehören (z. B. Städte Konstanz, Radolfzell, Bregenz) oder Tourismusorganisationen (z. B. IBT, Thurgau Tourismus, Tourismus Untersee) beziehungsweise NGOs (z. B. Bodensee-Stiftung) sind.

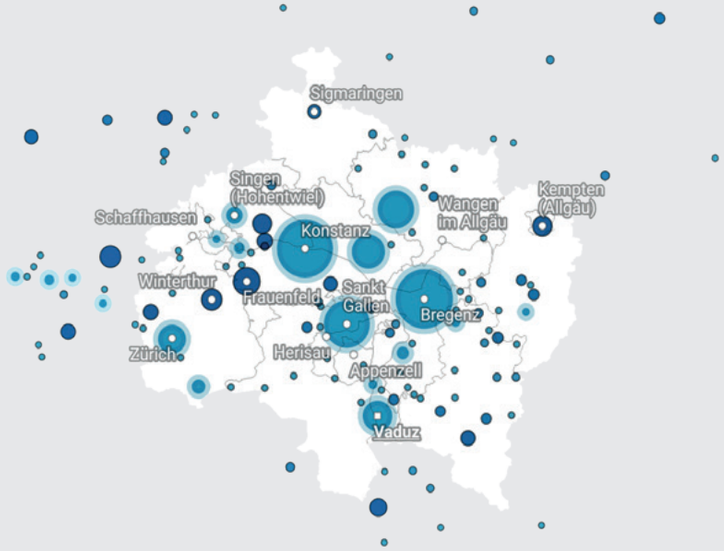


Abbildung 5: *Anzahl der Projektpartner nach Gemeinde im Interreg-Programm Alpenrhein-Bodensee-Hochrhein für den Zeitraum 2000 bis 2021 (Quelle: www.keep.eu, eigene Darstellung, weisse Fläche entspricht dem IBK-Gebiet)*

Diese Akteure konnten sich offenbar das entsprechende Know-how zur Durchführung solcher länderübergreifender Projekte aufbauen.

In den vergangenen 20 Jahren wurden grenzüberschreitende Kooperationsprojekte zu sehr unterschiedlichen Themen initiiert und viele dieser Projekte wurden im Rahmen des Interreg-Programms der Europäischen Union finanziell gefördert. Wichtige Themen in den bislang fünf Programmperioden von Interreg waren unter anderem Tourismus, Verkehr, Landwirtschaft und Fischerei oder Bildung und Ausbildung. Ebenfalls wurden zahlreiche Projekte im Kontext der Innovationsförderung und des Wissens- und Technologietransfers durchgeführt, beispielsweise in Form von Clusterprojekten oder Kooperationsprojekten zwischen Wissenschaft und Praxis. In diese Themenfelder, die in der Praxis nicht immer trennscharf abgegrenzt werden können, sind rund die Hälfte aller Interreg-Fördermittel geflossen.

Ordnet man die Projekte den oben genannten Funktionen grenzüberschreitenden Projekte zu, so zeigt sich Folgendes: Eine klare Mehrheit der Projekte erfüllt Lern- und/oder Synergiefunktionen, bei denen aufgrund einer hohen Problemkongruenz über die Grenzen hinweg durch die gemeinsame Bearbeitung eines «gleichen» Problems gegenseitige Lerneffekte und die Erzielung von Synergievorteilen zu erwarten sind. Die Projektträger zielen dabei auf einen Mehrwert durch die Nutzung von Synergien, die bisher aufgrund der Grenzsituation nicht realisiert werden konnten – unabhängig davon, ob dies am Ende auch gelingt. Weitere zahlreiche Projekte erfüllen eine Integrationsfunktion, etwa indem damit grenzüberschreitende Netzwerke aufgebaut oder längerfristig verankert und finanziert werden. Zur Integration leisten auch die bürgernahen Kleinprojekte einen wichtigen Beitrag. Dagegen fokussierten bisher relativ wenige Projekte konkrete Problemlösungen oder Umsetzungsbeiträge hierzu. Als Ursache kann vermutet werden, dass zunächst Planungs- und Entscheidungsgrundlagen durch grenzüberschreitende Projekte erarbeitet werden müssen. Hier konnten in den vergangenen Jahren vor allem für die Verkehrsplanung und die Raumplanung wichtige Grundlagen erstellt werden, welche in die nationalen und kommunalen Planungen einfliessen. Dort entscheidet sich anschliessend, ob dieser Transfer gelingt und entsprechende grenzüberschreitende Mehrwerte wirklich entstehen können.

Doch nicht nur mithilfe der Interreg-Programme wurden in den vergangenen Jahren grenzüberschreitende Initiativen und Projekte gefördert. Es fand auch eine institutionelle Förderung von grenzüberschreitenden Institutionen – wie der IBK, der IBH oder auch der IBT – statt, die von den jeweiligen (öffentlichen) Trägerorganisationen langfristig finanziert wurden und auch in Zukunft von ihnen finanziert werden. Ebenso existieren in der Bodenseeregion noch zahlreihe bilaterale Verbindungen über die Grenzen hinweg, etwa die Kooperationen zwischen der PH Thurgau und der Universität Konstanz, dem Kanton Thurgau und der Universität Konstanz oder der Stadt Kreuzlingen und dem Theater Konstanz, bei denen ebenfalls eine institutionelle Finanzierung über die Grenzen hinweg stattfindet. Andere Projekte und vor allem auch Infrastrukturmassnahmen, die ebenfalls grenzüberschreitend sind, werden darüber

hinaus im Rahmen von (nationalen) Förderprogrammen finanziell unterstützt, so beispielsweise die Agglomerationsprogramme Werdenberg, Rheintal, Kreuzlingen-Konstanz oder Schaffhausen. Bei diesen finanziellen Förderungen liegt die Entscheidung aber nicht bei übergeordneten Institutionen, sondern bei den bilateralen Akteuren, die jeweils direkt beteiligt sind.

Themenfeld	Projekte	Gesamtbudget	EU-Funding
Verbesserung der Verkehrsanbindung	17	19'743'222 €	8'409'583 €
Klimawandel und Artenvielfalt	31	17'980'760 €	7'605'657 €
Kulturelles Erbe und Kunst	26	11'998'244 €	5'535'012 €
Landwirtschaft, Fischerei und Forstwirtschaft	13	13'982'974 €	5'532'676 €
Tourismus	20	11'057'534 €	5'007'644 €
Energieeffizienz	9	8'870'504 €	4'328'422 €
Soziale Eingliederung und Chancengleichheit	24	11'012'724 €	4'184'531 €
Institutionelle Zusammenarbeit	14	11'586'651 €	3'871'112 €
Bildung und Ausbildung	21	11'249'961 €	3'648'073 €
Wissens- und Technologietransfer	13	8'306'599 €	2'730'609 €
KMU und Unternehmertum	13	7'465'168 €	2'707'586 €
Europäische Integration und regionale Identität	20	7'947'996 €	2'473'405 €
Gesundheit und soziale Dienste	9	6'969'686 €	2'318'647 €
Arbeitsmarkt und Beschäftigung	8	4'836'082 €	2'275'139 €
Wasserstrassen, Seen und Flüsse	11	4'980'180 €	1'767'618 €
Clustering und wirtschaftliche Netzwerke	10	5'552'152 €	1'636'958 €
Wissenschaftliche Zusammenarbeit	6	5'133'097 €	1'624'275 €
Demografischer Wandel und Zuwanderung	5	3'332'483 €	1'513'142 €
Regionalplanung und -entwicklung	14	4'983'674 €	1'390'419 €
Grüne Technologien	5	3'143'268 €	1'101'875 €
15 weitere Themen	30	16'294'670 €	4'725'427 €

Abbildung 6: *Anzahl der Projekte und finanzielle Kennzahlen nach Themenfeldern im Interreg-Programm Alpenrhein-Bodensee-Hochrhein für den Zeitraum 2000 bis 2021 (Quelle: www.keep.eu, eigene Darstellung)*

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass durch die grenzüberschreitende Kooperation in der Bodenseeregion – vor allem im Rahmen der bisherigen Interreg-Programme – in den vergangenen Jahren zahlreiche Projekte initiiert werden konnten. Aus verschiedenen Gründen ist der Mehrwert dieser Kooperationen bislang aber oftmals wenig greifbar – etwa weil zunächst Vertrauen aufgebaut oder Datengrundlagen geschaffen wurden, oder weil für konkrete Problemlösungen nur nationale, aber keine grenzübergreifenden

Rechtsgrundlagen bestehen. Zudem wird bislang der Mehrwert der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit in seiner Gesamtheit kaum kommuniziert. Daher ist wenig greifbar, was die grenzüberschreitende Kooperation der Region, den Unternehmen und der Bürgerschaft wirklich bringt. Diesbezügliche Indizien offenbaren auch die Interviews im folgenden Kapitel: Selbst aktiven und langjährigen Akteur:innen in der grenzüberschreitenden Kooperation fehlt manchmal der Überblick über die Vielfalt dessen, was grenzüberschreitend konkret läuft und welchen Nutzen die vielen Aktivitäten für die Bodenseeregion generieren. Daraus lässt sich folgern, dass die grenzüberschreitende Kooperation in der Bodenseeregion nur dann eine hohe Akzeptanz erreichen wird, wenn es eine hohe Transparenz der konkreten Aktivitäten und des daraus resultierenden Mehrwerts für die Region gibt.

Erste Gedanken zu den aktuellen und zukünftigen Herausforderungen der grenzüberschreitenden Kooperation in der Bodenseeregion

Unzweifelhaft hat die grenzüberschreitende Zusammenarbeit in der Bodenseeregion in den vergangenen Jahren offensichtliche Erfolge erzielt und es konnten zahlreiche grenzüberschreitende Projekte erfolgreich umgesetzt werden. Dennoch ist auch Kritik festzustellen – etwa dass die Kooperation aufgrund ihrer Vielschichtigkeit und Komplexität für Aussenstehende wenig transparent ist oder dass der entstandene Mehrwert oftmals wenig sichtbar wird. Die grenzüberschreitende Kooperation kämpft daher auch am Bodensee oft mit dem Image, nicht wirklich viel bewegen zu können. Zudem erscheinen die Förderprogramme aus Kundensicht sehr aufwendig, bürokratisch und wenig flexibel (vgl. z. B. die Umfrage zur SWOT-Analyse des Interreg-V-Programm Alpenrhein-Bodensee-Hochrhein). Ein wichtiges Argument der Kritik ist unter anderem, dass konfliktreiche Themen grenzüberschreitend nicht wirklich gut adressiert werden können, weil gemeinsame Beurteilungskriterien oder Rechtsgrundlagen fehlen. Beispiele wären etwa die Fluglärmproblematik am

grenznahen Flughafen Zürich, die Standortsuche für Atomendlager in der Grenzregion oder die Genehmigungspraxis überregional wirksamer Fachmärkte oder Outletcenter.

Die Kritik an der begrenzten Wirksamkeit der grenzüberschreitenden Kooperation in der Bodenseeregion ist schon seit Langem latent vorhanden und wird zudem regelmässig in Fachpublikationen oder politischen Deklarationen regionaler Institutionen geäussert (vgl. Scherer 2017). Auch werden immer wieder einmal neue grenzüberschreitende Institutionen initiiert, unter anderem mit der Begründung, dass die bestehenden Strukturen nicht ausreichend oder zweckmässig seien – wie zuletzt bei der Initiative für einen Metropolitanraum Bodensee.

Dies spiegelt sich unter anderem darin, dass in den letzten Jahren die bestehenden Strukturen der grenzüberschreitenden Kooperation immer wieder kritisch hinterfragt wurden. So beschäftigte sich die IBK im Zusammenhang mit dem «Leitbild der IBK für die Bodenseeregion» 2017 auch mit der Optimierung der Governance-Strukturen (vgl. Scherer & Schnell 2017). Aktuell überprüfen auch langjährige grenzüberschreitende Institutionen wie die Bodensee Standortmarketing GmbH BSM oder die Internationale Bodensee Tourismus GmbH (IBT), ob für die Zukunft eine tragfähige Basis vorhanden ist und wie diese aussehen könnte. Im Raum stehen dabei auch der Umbau oder selbst die Auflösung der bisherigen gemeinsamen Strukturen.

Die Erfahrungen während der COVID-19-Pandemie haben gezeigt, dass die bestehenden institutionellen Strukturen in der Regel gut funktionieren und auf dieser Basis verlässliche persönliche Netzwerke über die Grenzen hinweg bestehen. Wie die Wiedereinführung der Binnengrenzkontrollen und die teils drastischen Auswirkungen auf die Menschen in der Grenzregion zeigten, sind die heutigen Kooperationsstrukturen nur bedingt in der Lage, mit solchen Krisen umzugehen (vgl. ORK 2021, IHK, Spanner; Hinz 2020).

Auf einer analytischen Ebene lassen sich drei Ursachen identifizieren, warum die Kritik an den Strukturen der grenzüberschreitenden Kooperation in der Bodenseeregion eher stärker wird. Sie sind zudem für deren zukünftige Entwicklung von zentraler Bedeutung:

- Die Nutzenerwartung an die grenzüberschreitende Zusammenarbeit ist zum einen höher geworden und hat sich zum anderen in ihrer Ausrichtung verändert: Sollten in der Vergangenheit grenzüberschreitende Projekte für die Bodenseeregion einen gesamthaften, oftmals auch symbolischen Nutzen stiften, so müssen solche Projekte heute für jeden beteiligten Akteur einen individuell nachvollziehbaren oder gar ökonomisch messbaren Nutzen generieren. Spieltheoretisch gesprochen verweist das auf eine Veränderung von einer Kaldor-Hicks-Effizienz, bei der der Nutzen für die Gesamtregion im Fokus steht, hin zu einer Pareto-Effizienz mit einer Fokussierung auf den individuellen Nutzen der beteiligten Teilregionen.
- Die Regionen im Bodenseeraum stehen in einem zunehmenden internationalen Standortwettbewerb – und damit auch in einer Konkurrenz um wichtige Produktionsfaktoren wie Arbeitskräfte, Unternehmen, Gäste oder öffentliche Infrastruktureinrichtungen. Diese Konkurrenz ist dabei eine doppelte: zum einen die Konkurrenz der Bodenseeregion gegenüber anderen Regionen. Zum anderen die Konkurrenz unter den Teilregionen innerhalb des Bodenseeraums. Notwendig wäre daher eine «Koopetition» zwischen einzelnen Akteuren und Teilregionen innerhalb der Gesamtregion: Kooperatives Verhalten nach aussen oder bei Aktivitäten von Bedeutung für die Gesamtperformance sowie Konkurrenz nach innen bei der konkreten räumlichen Verteilung der Produktionsfaktoren.
- Die Erfahrungen der COVID-19-Pandemie haben verdeutlicht, dass eine Grenzregion immer wieder in Situationen geraten kann, in der nationale oder sogar europäische Ebenen direkten Einfluss auf ihre Entwicklung nehmen. So konnten die regionalen Akteure bei den Grenzschliessungen während des ersten Lockdowns relativ wenig bis nichts gegen die negativen Wirkungen der nationalen Entscheide unternehmen. Auch bei den aktuellen Diskussionen um das Scheitern eines institutionellen Abkommens zwischen der Schweiz und der EU sind die relevanten Akteure der Grenzregionen nur am Rande involviert – auch wenn die hochvernetzten Grenzregionen die Auswirkungen der dadurch entstehenden zunehmenden Unsicherheit weit mehr zu spüren bekommen werden als weiter von der Grenze entfernte Gebiete. Beide Beispiele

zeigen auf, dass vor allem gut funktionierende Multi-Level-Governance-Strukturen gefragt sind, bei denen sich die regionale Ebene der Bodenseeregion rasch und effizient mit den zuständigen nationalen und europäischen Akteuren abstimmen kann.

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass sich die grenzüberschreitende Zusammenarbeit in der Bodenseeregion auf einem – auch im internationalen Vergleich – hohen Niveau befindet. Dies gilt insbesondere für die zahlreichen gut funktionierenden Austauschbeziehungen über die Grenzen hinweg, aber auch für die erfolgreiche Umsetzung von zahlreichen Entwicklungsprojekten vor allem im Rahmen der Interreg-Programme. Dabei scheint es bislang kein Hindernis zu sein, dass dabei nicht sehr viele formalisierte Regelungen im Sinne von Staatsverträgen bestehen. Beachtlich ist die Vielzahl der grenzüberschreitenden Institutionen und der über die Grenzen hinweg erfolgreich durchgeführten Kooperationen. Eine kritische Analyse des bislang Erreichten sowie der anstehenden Herausforderungen zeigt aber, dass die heute bestehenden Governance-Strukturen der Bodenseeregion dringend weiterentwickelt werden sollten, um schlagkräftiger und konfliktfähiger zur werden. Dabei sollte darauf geachtet werden, die bestehenden Strukturen nach und nach weiterzuentwickeln, ohne dabei das durch Netzwerke und informelle Verbindungen geprägte Gesamtsystem infrage zu stellen. Konkrete Überlegungen hierzu wurden jüngst von Derungs (2021) formuliert und gehen in Richtung von Multi-Level-Governance-Systemen und Plattformsteuerungen.



Klaus-Dieter Schnell, Politikwissenschaftler und Raumplaner, Geschäftsführer IBK

Befasst sich seit vielen Jahren mit Regionalentwicklung und grenzüberschreitender Zusammenarbeit am Bodensee und anderswo – als Evaluator, Forscher, Freiberufler und in der Landesverwaltung. Seit 2007 Geschäftsführer und Leiter der Geschäftsstelle der Internationalen Bodensee-Konferenz. Darf seit seinen Studienabschlüssen an der Universität Konstanz (M.A. Politikwissenschaft und Psychologie) und der ETH Zürich (Dipl.-Raumplaner NDS ETHZ) das tun, was er gelernt hat und was ihm Spaß macht.

Blatter, J./R. Scherer (2006): «Die Bodenseeleitbilder als Spiegel der grenzüberschreitenden Kooperation und im Spiegel der Wissenschaften». In: Brennpunkt Stadt: Lebens- und Wirtschaftsraum, gebaute Umwelt, politische Einheit; Festschrift für Heinrich Mäding zum 65. Geburtstag. Berlin: Deutsches Institut für Urbanistik, S. 281-292.

Bullinger, D. (1977): Grenzüberschreitende Zusammenarbeit in der Regionalpolitik. Theoretische Ansätze und ihre Bedeutung für das Bodenseegebiet. Konstanz: Universität Konstanz.

BMVBS – Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (Hg.) (2011): Metropolitane Grenzregionen. Abschlussbericht des Modellvorhabens der Raumordnung (MORO) «Überregionale Partnerschaften in grenzüberschreitenden Verflechtungsräumen». Berlin.

DenkRaumBodensee (2020): Die Zukunft der Bodenseeregion. Ideen aus sechs Bürgerdialogen. Kreuzlingen.

Derungs, D. (2021): «Die grenzüberschreitende Kooperation in der Ostschweiz und ihre Institutionen». In: ORK (Hg.): Die Ostschweiz und ihre Nachbarn – wie Corona die grenzüberschreitenden Verflechtungen beeinflusst. St.Gallen/Chur.

Drexler, A. M. (1980): Umweltpolitik am Bodensee Baden-Württemberg. Konstanz: Neinhaus Verlag.

Fürst, D. (1996): «Zur Entwicklung des modernen Regionalbegriffs: Die räumliche Komponente». In: T. Ellwein/J. Mittelstrass (Hg.): Regionen – Regionalismus – Regionalentwicklung Oldenburg: Isensee Verlag, S. 39-53.

IBK (2008): Leitbild der Internationalen Bodensee-Konferenz für den Bodenseeraum. Konstanz: IBK-Geschäftsstelle.

IBK (2017): Leitbild und Strategie der Internationalen Bodensee-Konferenz für die Bodenseeregion. Konstanz: IBK-Geschäftsstelle.

Leuenberger, T./D. Walker (1992): Euroregion Bodensee – Grundlagen für ein grenzüberschreitendes Impulsprogramm. Gutachten im Auftrag der deutschen, österreichischen und schweizerischen Bundesländer und Kantone der Bodenseeregion. St.Gallen.

Mäding, H. (1984): «Renaissance für Leitbilder in der Raumplanung?» In: Raumforschung und Raumordnung, Nr. 6, S. 265-271.

Müller-Schnegg, H. (1994): Grenzüberschreitende Zusammenarbeit in der Bodenseeregion. Hallstadt: Rosch.

ORK (2021): Die Ostschweiz und ihre Nachbarn – wie Corona die grenzüberschreitenden Verflechtungen beeinflusst. St.Gallen/Chur.

Pörksen, U. (2011): Plastikwörter: die Sprache einer internationalen Diktatur. 7. Auflage. Stuttgart: Klett-Cotta.

Ratti, R. (1993): «How can existing barriers and border effects be overcome? A theoretical approach». In: R. Cappelin/W. Batey (Hg.): Regional Networks, Border Regions and European Integration. London: Pion, S. 60-69.

Scherer, R. (2006): Regionale Innovationskoalitionen: Bedeutung und Erfolgsfaktoren von regionalen Governance-Systemen. Beiträge zur Regionalwissenschaft, Bd. 6. Bern: Haupt.

Scherer, R. (Hg.) (2016): Bodensee 2030. Ein Blick in die Zukunft der Region. IMP-HSG Universität St.Gallen.

Scherer, R. (2017): «Eine Grenzregion als Wachstumsregion – was man von den Governance-Strukturen der Bodenseeregion lernen kann». In: M. Heintel/R. Musil/N. Weixlbaumer (Hg.): Grenzen – Theoretische, konzeptionelle und praxisbezogene Fragestellungen zu Grenzen und deren Überschreitungen. Wiesbaden: Springer, S. 237-255.

Scherer, R./K.-D. Schnell, (2002): «Die Stärke schwacher Netze. Entwicklung und aktuelle Situation der grenzübergreifenden Zusammenarbeit in der Regio Bodensee». In: Jahrbuch des Föderalismus 2002. Baden-Baden: Nomos, S. 502-518.

Scherer, R./K.-D. Schnell (2017): Überlegungen zur Optimierung des Governance-Systems der Internationalen Bodensee-Konferenz. Unveröffentlichtes Manuskript. St.Gallen.

Scherer, R./K. Zumbusch (2011). Limits for successful cross-border governance of environmental (and spatial) development: the Lake Constance Region. Procedia Social and Behavioral Sciences, Nr. 14/2011, S. 101-120.

Schnell, K.-D./R. Scherer (2014): Die Regio Bodensee – grenzüberschreitende Kooperation als Netzwerkmanagement: Die Region Bodensee – ein multifunktionaler Grenzraum. Berlin: Bundesministerium des Innern.

Schweizer, R. (2005): Euregio Bodensee. Schwierigkeiten und Potenziale der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit. In: Angelus Eisinger/Michel Schneider (Hg.): Stadtland Schweiz: Untersuchungen und Fallstudien zur räumlichen Struktur und Entwicklung in der Schweiz. Basel: Birkhäuser, S. 210-219.

Spanner, F./T. Hinz (2020): Corona und die Grenze: Einschätzungen am Ende des Lockdowns. Konstanz: Universität Konstanz.

Wiechmann, T. (2000): «‹Die Region ist tot – es lebe die Region!› Anmerkungen zur Diskurskonjunktur und Relativierung des Begriffes». In: Raumordnung und Raumforschung, Nr. 58, S. 173-184.

Zumbusch, K./R. Scherer (2015): «Cross-Border Governance: Balancing Formalized and Less Formalized Cooperations». In: Social Sciences, Nr. 4, S. 499–519.



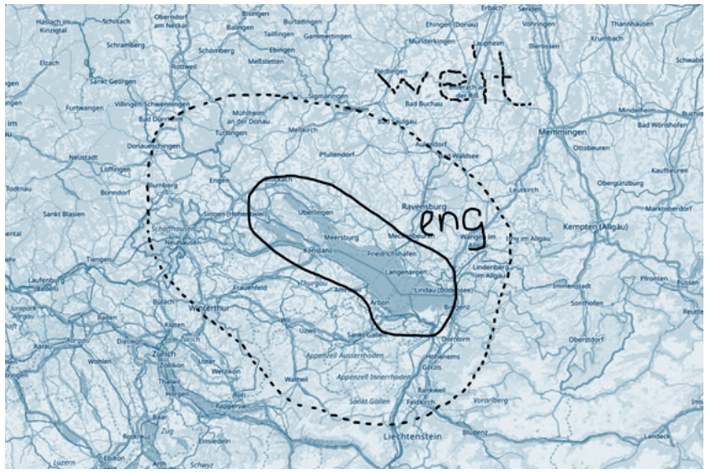
© Foto Freicom Partner

Canisius Braun

ehem. Staatssekretär
Kanton St.Gallen

Was gehört für Sie zur Bodenseeregion? Wo beginnt sie, wo hört sie auf?

Ich sehe da für die Bodenseeregion zwei unterschiedliche Perimeter. Im engeren Sinn sind das die direkten Bodenseeanrainer, also in der Schweiz die Gemeinden und Kantone. Auf der anderen Seite gibt es einen politischen Perimeter, der weiter gezogen ist.



Dazu gehören dann auch die anderen Mitglieder der Internationalen Bodensee-Konferenz (IBK) wie etwa der Kanton Zürich oder das Fürstentum Liechtenstein. Diese sind aufgrund gewisser Ordnungsfragen Bestandteil der Bodenseeregion, ohne einen direkten geografischen Bezug zum See selbst zu haben.

Bitte vervollständigen Sie: Die Bodenseeregion ist für mich...?

... Heimat im weiteren Sinne. Ich bin hier geboren, ich bin hier aufgewachsen und die ganze Bodenseeregion ist Bestandteil dieser Heimat, auch wenn ich in der Stadt St.Gallen aufgewachsen bin. Der Bodensee ist omnipräsent gewesen, auch hier in der Stadt.

Wie nehmen Sie den derzeitigen Zustand der grenzüberschreitenden Kooperation wahr?

Ich denke, die grenzüberschreitende Kooperation, vor allem die institutionelle, ist etabliert. Sie ist gewachsen und selbstverständlich geworden. Das kann man sowohl positiv wie negativ deuten. Mit dieser Selbstverständlichkeit geht vielleicht eine gewisse Euphorie in dieser Zusammenarbeit verloren, welche die Anfänge noch geprägt hat. Auf der anderen Seite ist es aber auch positiv, wie selbstverständlich die Kooperation zum «Daily Business» der beteiligten Institutionen und ihrer Repräsentation geworden ist – dass man grenzüberschreitend denkt und so zusammenarbeitet. Man kann diesen Befund sicher nicht auf die ganze Verwaltung einer Gebietskörperschaft, eines Bundeslandes oder Kantons ausdehnen. Aber es gibt eine Wechselwirkung. Wenn man einen Verwaltungsteil mit einer direkten Fragestellung oder mit einem Projekt konfrontiert, das von seiner Sache her nicht an der Grenze Halt macht oder sich im ganzen Grenzraum auf ähnliche Weise stellt, gibt es eine Bereitschaft, sich auf die grenzüberschreitende Kooperation, die Entwicklung gemeinsamer Lösungen oder ein Benchmarking einzulassen.

Gilt diese Bereitschaft zur Kooperation auch für wechselseitige Probleme, bei denen die eine Seite der Verursacher ist und die andere Seite der Betroffene?

Dafür hat man Institutionen wie die IBK, um auch die eher unangenehmen Fragen aufs Tapet zu bringen und Lösungen zu finden, welche beiden Anliegen mindestens in Teilen oder im Sinne von einem Kompromiss gerecht werden können. Wenn ich zurückschaue, so hat beispielsweise Vorarlberg immer unmissverständlich seine ablehnende Haltung zur Atomenergie zum Ausdruck gebracht, etwa gegenüber den Schweizer Kantonen. Das hat der Zusammenarbeit in meiner Wahrnehmung ansonsten aber nicht weiter geschadet. Das Thema Flughafen Zürich und die damit verbundene Fluglärmproble-

matik waren letztendlich ein Grund, dass man im Parlament und in der Regierung des Kantons Zürich die Bedeutung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit erkannt hat. Ich erinnere mich an parlamentarische Vorstösse Mitte der 1990er-Jahre, bei denen die Zürcher Kantonsregierung noch klar zum Ausdruck gebracht hat, dass der Kanton Zürich keine grenzüberschreitende Zusammenarbeit braucht. Im Jahr 1999 ist der Kanton dann doch der IBK beigetreten. Ganz bestimmt haben dabei die Auseinandersetzungen rund um den Flughafen eine Rolle gespielt, da die Zürcher Regierung erkannt hat, dass sie hier eine Institution findet, wo man sich auch über kontroverse Fragen besser austauschen kann.

Welche Rolle nimmt die IBK bei der Zusammenarbeit ein, und worin sehen Sie ihren Mehrwert?

Ich sehe den Mehrwert vor allem darin, dass man gemeinsame Fragestellungen in den grenzüberschreitenden Institutionen miteinander lösen kann. Auch wenn man vielleicht von unterschiedlichen Kompetenzen, unterschiedlichen Zuständigkeiten oder unterschiedlichen Betroffenheiten an eine Fragestellung, an ein Problem herangeht, ist eine gemeinsam definierte und erarbeitete Lösung mehr wert, als wenn man einfach nur für sich eine Partikularlösung gefunden hätte. Nehmen wir das Problem, das am Ursprung der IBK stand: die Wasserqualität des Bodensees. Diese konnte nur verbessert werden, weil sich alle miteinander bemüht haben, dieses Problem zu lösen. Mit welchen Mitteln, ist den einzelnen Gebietskörperschaften selbst überlassen gewesen. Es haben nicht alle die gleichen Kläranlagen gebaut. Aber im Endeffekt hat man gemeinsame Anstrengungen unternommen, um die Wasserqualität des Bodensees zu verbessern.

Worin sehen Sie die grössten Stärken der heutigen Governance-Strukturen und worin die grössten Schwächen?

Ich weiss nicht, ob wir es als Stärke bezeichnen können, dass die institutionelle Zusammenarbeit der Anrainerstaaten innerhalb der IBK stark exekutiv geprägt ist. Eine Schwäche, wenn man die Strukturen etwa mit denjenigen am Oberrhein vergleicht, ist die unterschiedliche Governance ihrer Mitgliedstaaten. Das ist wahrscheinlich auch eine Schwäche der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit hier im Bodenseeraum. Um es auf den Punkt zu bringen: Wenn am Bodensee grosse Projekte realisiert werden müssen, dann braucht es die entsprechende Anzahl gleichlautender Beschlüsse der einzelnen Länder und Kantone, damit so ein Projekt letztendlich zum Fliegen kommt. Die IBK kann nicht etwas entscheiden, das für alle verbindlich gilt, sondern ihre Mitglieder müssen das jeweils je per se tun. Der Begriff Subsidiarität ist im Bodenseeleitbild sehr stark verankert, da er zum Ausdruck bringt, dass man eigentlich an diesen tradierten Strukturen von Governance festhalten will und keine gesonderten Institutionen mit eigenen Kompetenzordnungen aufbauen möchte. Mit anderen Worten: Die Stärken der heutigen Governance-Strukturen sind gleichzeitig ihre Schwäche. Eine zweite Schwäche dieser Governance-Strukturen ist nach meiner Wahrnehmung, dass man die Bodenseeregion kaum von aussen wahrnimmt. Ich glaube aber, dass wir hier in der jüngsten Vergangenheit die richtige Lehre gezogen haben, indem wir mit der IBK in Berlin, Wien und Bern, aber auch in Brüssel aktiv darauf hingewiesen haben, was man in diesem Bodenseeraum gemeinsam alles in die Hand genommen hat und was wir schon erreicht haben.

Wie sieht es mit der Binnenwahrnehmung der Governance-Strukturen aus?

Das hat vielleicht etwas damit zu tun, was ich bereits mit dem Attribut «etabliert» angesprochen habe. Die Zusammenarbeit hat sich auf der Ebene von Verwaltungen und Verwaltungseinheiten institutionalisiert. Aber ob sich die Bevölkerung dessen bewusst ist, was

in der Bodenseeregion grenzüberschreitend bewerkstelligt wird, kann bezweifelt werden. Hier könnte man bestimmt für eine stärkere Wahrnehmung in der Gesellschaft sorgen. Das gelingt am ehesten mit Projekten, die von gesellschaftlichen Akteur:innen oder der Wirtschaft eigeninitiativ getragen werden und weniger verwaltungs- oder politikgetrieben sind.

Wie stark ist die kommunale Ebene an der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit beteiligt?

Hier gibt es wahrscheinlich in jedem der Anrainerländer sehr grosse Unterschiede zwischen einzelnen Kommunen. Im grenznahen Bereich – hier ist das Paradebeispiel sicherlich Kreuzlingen-Konstanz – ist die grenzüberschreitende Zusammenarbeit tief verankert. Wahrscheinlich sieht es ein bisschen anders aus, wenn wir in die Gemeinden gehen, die nicht unmittelbar am Bodensee liegen oder auch keinen unmittelbaren Grenzbezug zu einer Nachbargemeinde haben. Aber auch da gibt es Ausnahmen. Es gibt kommunal getragene Netzwerke, allen voran der Internationale Städtebund Bodensee (ISB), die gut funktionieren. In der Vergangenheit bestand fast eine Konkurrenz zwischen Bodenseerat, Städtebund und IBK. Hier kann man gegenwärtig mehr Absprachen und eine gute Arbeitsteilung beobachten.

Wie nehmen Sie in diesem Netzwerk die IBK wahr?

Ich nehme die IBK als ein den Bodensee umspannendes Konstrukt wahr. So verwendet die neue Strategie, soweit ich weiss, das treffende Bild eines Daches. Die IBK fungiert als eine Art Dachorganisation oder Überbau über die grosse Zahl von 600 grenzüberschreitenden Organisationen, die es hier gibt. Es entspricht dem Selbstverständnis der IBK, dass sie einen institutionellen Lead für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit hat. In der jüngeren Vergangenheit sehe ich sie institutionell besser vernetzt, insbesondere mit dem Städtebund und dem Bodenseerat. Wobei ich nicht verhehle, dass man im

Strategieprozess der IBK die Zukunft des Bodenseerats auch infrage gestellt hat. Man hat dann aber ein deutliches Votum festhalten können, dass dieser seinen Wert in der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit hat. Das wurde akzeptiert und anerkannt, auch in der IBK. In der Vergangenheit war das Verhältnis zwischen IBK und Bodenseerat nicht immer ohne Spannungen, was aber auch mit persönlichen Animositäten zwischen Einzelpersonen zu tun hatte.

Wie hat sich die grenzüberschreitende Zusammenarbeit in den letzten 20 Jahren verändert?

Ich habe die Koordinationsstelle Aussenbeziehungen des Kantons St.Gallen 1998 übernommen und bin – mit einer achtjährigen Unterbrechung – seither immer mit diesem Thema befasst gewesen. Ende der 1990er-Jahre gab es tatsächlich eine gewisse Phase der Euphorie. Das hat auch mit dem Nein der Schweiz zum EWR-Beitritt zu tun. Danach ist in den Grenzkantonen die Erkenntnis gewachsen, dass man die «kleine Aussenpolitik» weiter vorantreiben muss, um nicht im Abseits zu stehen. Die Europäische Union ist für die Schweiz von grosser Bedeutung. Selbst wenn man nicht EU-Mitglied ist, muss man schauen, was man in der «kleinen Aussenpolitik» machen kann. Gleichzeitig begann mit dem EU-Beitritt Österreichs Mitte der 1990er-Jahre die Förderung durch Interreg, die glücklicherweise auf Schweizer Seite durch Bundesmittel ergänzt wurde. Diese haben die Mitfinanzierung von projektbezogener Zusammenarbeit ermöglicht. Das war seinerzeit etwas absolut Neues und ist auch mit einer gewissen Euphorie betrieben worden. In der Zwischenzeit hat sich die Projektförderung etabliert und ist selbstverständlich geworden. Ich glaube aber, dass die Bedeutung von Interreg-Fördermitteln nach wie vor gross ist.

Was sind die grössten Errungenschaften der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit in den letzten 20 Jahren?

Das Thema Wissensregion Bodensee hat für mich einen enorm hohen Stellenwert. Durch die Internationale Bodensee-Hochschule (IBH) hat die grenzüberschreitende Kooperation in praktisch allen Hochschulen des weiteren Bodenseeraums an Bedeutung gewonnen. Ich sehe das als eine enorme Errungenschaft an. Ein zweiter Block, bei dem einiges an Verbesserungen erreicht werden konnte, ist der öffentliche Verkehr. Hier konnten wir auch auf politischer Ebene Voraussetzungen für die Verbesserung der ÖV-Infrastruktur erzielen. Dabei hat beispielsweise die Schweizer Seite Vorhaben auf der anderen Seeseite befördert und mitfinanziert. Ich denke dabei vor allem an die Elektrifizierung der Strecke Lindau–München. Es gibt auch kleinere Errungenschaften, welche ich enorm wertvoll finde. Dazu gehört beispielsweise der alljährliche Kulturpreis der IBK. Für die Kulturschaffenden hat sich dieser als sehr bedeutungsvoll herausgestellt. Ein letztes Beispiel: Im Arbeitsmarktbereich haben die Wirtschaftsämter bereits in den 1990er-Jahren, also noch lange bevor die Personenfreizügigkeit eingeführt wurde, gut zusammengearbeitet, um die Probleme von Grenzgänger:innen zu lösen.

Hat sich die Kultur der Zusammenarbeit in den letzten Jahrzehnten verändert?

In den Gremien hat sich über die Jahre eine partnerschaftliche Zusammenarbeit etabliert; es sind sogar Freundschaften entstanden. Das hat auch befruchtend für die Zusammenarbeit in den Projekten gewirkt. Das ist wahrscheinlich eine der grössten Errungenschaften der IBK – dass man sich über die Grenzen hinaus und über die verschiedenen Verwaltungen hinweg kennt und dadurch die Zusammenarbeit einfacher wird. Das ist heute vielleicht sogar noch ausgeprägter als es in den Anfängen gewesen ist.

Was prägt die Zusammenarbeit – die Strukturen oder die Personen?

Die Strukturen sind eine wichtige Voraussetzung. Aber die Zusammenarbeit wird massgeblich durch die Köpfe und die Bereitschaft, sich hier einzubringen, geprägt. Dabei habe ich schon Veränderungen gespürt. So hatte beispielsweise der Kanton St.Gallen zu Beginn meiner Tätigkeit in der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit den Vorsitz in fünf Kommissionen der IBK inne. Die entsprechenden Amtsleiter:innen haben das gerne gemacht, weil es für sie eine Art Job-Enrichment gewesen ist. Und gleichzeitig lag der Nutzen in der Vernetzung und dem Benchmarking. In den letzten Jahren ist es hingegen immer schwieriger geworden, Personen zu motivieren, eine solche Verantwortung für eine Kommission zu übernehmen. Das hängt auch damit zusammen, dass die Anforderungen im innenorientierten Bereich nicht kleiner geworden sind. Damit wurde der aussenorientierte Bereich eigentlich immer hinten angestellt. Er ist «nice to have», aber nicht «need to have». Das hat man in der jüngeren Vergangenheit öfters gespürt. Und wenn es darum gegangen ist, Aufwand zu betreiben, hat man zuerst die Frage gestellt: «Was bekomme ich für Ressourcen?», was zu früheren Zeiten weniger vordergründig gefragt worden ist. Diese Ressourcenfrage wird mit Corona und den damit verbundenen Belastungen für die öffentlichen Haushalte in den nächsten Jahren sicherlich nicht leichter.

Was sind Ihrer Meinung nach mögliche Ursachen für diese Veränderungen?

Ich denke, das liegt an den gestiegenen innenpolitischen Anforderungen. Damit hat man weniger Spielraum und Handlungsfreiheit, sich auch noch mit aussenpolitischen Fragestellungen zu befassen. Es fehlt vielfach an den notwendigen Ressourcen für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit. Wenn bei Budgetberatungen Prioritäten gesetzt werden müssen, sind diese nicht immer auf die grenzüberschreitende Kooperation ausgerichtet. Hinzu kommt, dass das Partikulardenken in den letzten Jahren ausgeprägter geworden ist. So konnte man etwa die Initiative für einen Metropolitanraum

Bodensee nicht unter dem Dach der IBK lancieren, da einzelne Mitgliedstaaten hieran nicht mitwirken wollten, was zum Teil auch nachvollziehbar ist. Dann muss man eben ein bisschen variabel sein. Ein weiteres Beispiel ist die Diskussion um ein zusätzliches Fährschiff für die Verbindung Romanshorn – Friedrichshafen. Während sich in den 1990er-Jahren noch alle IBK-Mitglieder an der Finanzierung des Fährschiffs Euregio beteiligt haben, ist dies heute wahrscheinlich nicht mehr möglich. Dann käme der Kanton Zürich und würde sagen: «Wir möchten die Fährverbindung Meilen – Horgen auf dem Zürichsee ebenfalls verdichten. Macht ihr auch mit?» Solche Reflexe gäbe es dann vermutlich.

Welche Rolle spielen übergeordnete Einflüsse, wie «America first», der Bedeutungsgewinn des Nationalstaats und der Rückgang des europäischen Integrationsgedankens?

Die Zusammenarbeit zwischen den Grenzregionen kann man als «kleine Aussenpolitik» bezeichnen. Und Aussenpolitik ist natürlich auch Interessenpolitik. In den Anfangsjahren war die Einstellung zu Kooperationsprojekten: «Gut, wir machen mit. Wir tragen es mit, selbst wenn es uns nichts nützt». Heute ist die Aussage eher: «Wir müssen zusammenarbeiten, das ist wichtig. Aber wir müssen so zusammenarbeiten, dass es möglichst allen nützt.» Ein solches Denken ist sicherlich auch auf der regionalen Ebene ausgeprägter geworden. Das gilt im Übrigen auch innerkantonal. Das spürt man hier im Kanton St.Gallen bei Themen wie der Spitalplanung, bei der Wirtschaftsförderung oder im Tourismus. Hier schaut jede Region in erster Linie zunächst einmal für sich selbst.

Was sind Ihrer Ansicht nach die grössten Herausforderungen, mit denen die Region aktuell und in den kommenden fünf Jahren konfrontiert sein wird?

Ich sehe hier den Bereich Energie und Kilmaschutz, in dem es um Projekte etwa für eine gemeinsame, nachhaltige Energieversorgung geht. Digitalisierung ist auch ein wichtiges Stichwort. Es gibt ein klares politisches Bekenntnis, dass man die Digitalisierung gemeinsam grenzüberschreitend vorantreiben will. Im Bereich Wirtschaft dürfte die Förderung von Elektromobilität eine grosse Bedeutung bekommen. Hierzu kann eine grenzüberschreitende Wissens- und Wirtschaftslandschaft Bodenseeraum viel beitragen.

Welche Strukturen bräuchte es, um diese Themen zu bearbeiten?

Diese Frage führt uns wieder zu den anfänglich geschilderten Stärken und Schwächen der gegenwärtigen Governance-Struktur. Ich glaube nicht, dass wir eine übergeordnete, bodenseeweite Ebene schaffen werden, die im Sinne einer Zwischenebene zwischen Nationalstaat und den Kantonen und Ländern agiert. Also müssen wir mit den Strukturen arbeiten, die wir heute haben. Und dort möglichst danach trachten, dass wir gleichlautend je in eigener Zuständigkeit entscheiden. Dabei gilt es, eine gewisse Variabilität zu nutzen, welche in der IBK Raum greifen muss, damit nicht alle mitmachen müssen, wenn ein Teil der Mitglieder etwas vorantreiben will. So hat das Thema Metropolitanraum Bodensee die Kantone Thurgau und Zürich nicht interessiert, da Zürich ein eigenständiger Metropolitanraum ist und sich auch der Thurgau diesem Raum zugehörig fühlt. Also musste man dieses Thema ausserhalb des IBK-Perimeters bearbeiten. Der Metropolitanraum Bodensee ist jetzt definiert und kommt hoffentlich zum Fliegen.

Steigt damit die Bedeutung einer neuen, projektgebundenen Raumdefinition und problemorientierter, bilateraler Verbindungen?

Ich glaube, das muss so sein. Solche bi- oder trilateralen Projekte sind auch in der Vergangenheit schon durchgeführt worden und werden wahrscheinlich weiter ausgebaut. Zu nennen sind hier zum Beispiel die aktuellen Überlegungen für eine stärkere Zusammenarbeit zwischen der Universität St.Gallen und Vorarlberg. Das ist ein bilaterales Thema zwischen der Regierung Vorarlberg und der Regierung St.Gallen. Und das darf auch so sein, das ist legitim. Genauso wie das Technikum Buchs ursprünglich ein trilaterales Technikum zwischen dem Kanton St.Gallen, dem Fürstentum Liechtenstein und Vorarlberg gewesen ist. Es können nicht alle Themen im gleichen Perimeter bearbeitet werden. Wie gesagt: Es muss also auch in der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit Themen geben können, bei denen Einzelne nicht mitmachen.

Welche Rolle hat dann zukünftig die IBK?

Vermutlich ist das Bild der IBK als Plattform in Zukunft geeigneter als das Bild eines Daches, das wir vorhin angesprochen haben. Unter einem Dach darf das passieren, was alle betrifft, während eine Plattform Raum bietet für unterschiedliche Projektkonstellationen, bei denen nicht unbedingt immer alle Mitglieder beteiligt sein müssen. Es ist aber wichtig, dass man auf dieser Plattform von den Aktivitäten der anderen weiss und sich gegenseitig informiert. Das ist schon ein Gebot der Fairness unter Freunden.

Wie sieht die grenzüberschreitende Zusammenarbeit in 20 Jahren idealerweise aus?

Das ist eine schwierige Frage. Was die Länder und Kantone in der Bodenseeregion eint, ist die Tatsache, dass sie alle von ihren Bundeshauptstädten vergleichsweise weit entfernt liegen. Da ist der Gedanke naheliegend, ein neues Land «Bodensee» zu gründen, das die IBK Gebietskulisse abbildet und mit einer übergeordneten Regierung und einem entsprechenden Unterbau versehen ist, der ein subsidiäres Wirken bis hinunter zur Gemeinde gewährleistet. Natürlich ist das ein utopischer Gedanke. Solange ein Überbau ohne Kompetenzen ist, wie das aktuell bei der IBK der Fall ist, weil diese Kompetenzen in den Drittstaaten oder auf der Mitgliedsebene angesiedelt sind, bin ich der Meinung, dass die Netzwerkstruktur zielführender ist als ein vermeintlicher Zwischen- oder Überbau, welcher faktisch trotzdem nicht das letzte Wort hat. So wie ich die Politik kennengelernt habe, ist die Exekutive bestrebt, vorhandene Kompetenzen zu behalten. Auch die Parlamente wollen mitsprechen, wenn es um grössere Projekte oder Kredite geht. Ich glaube, dass die heutige Form der Zusammenarbeit nach wie vor zielführend ist, weil man Grenzen nicht neu ziehen kann. In diesem Zusammenhang hat Corona, trotz aller negativen Folgen, einen positiven Effekt für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit gehabt. Während der ersten Welle wurde auf Ebene der Nationalstaaten die Grenzschliessung beschlossen. Damit kam es zu einem Grenzzaun zwischen Konstanz und Kreuzlingen. Das war ein Bild, welches man eigentlich nie mehr sehen wollte. Das Positive ist, dass die Nationalstaaten in der Folge verstanden haben, dass man den Grenzregionen zukünftig einen gewissen Handlungsspielraum geben muss, um den grenzüberschreitenden Verkehr und die gesellschaftlichen Kontakte trotzdem zu ermöglichen. Das ist aus meiner Sicht eine wertvolle Erfahrung und Errungenschaft aus der Corona-Krise. Also: Per aspera ad astra!

© Foto Canisius Braun



Canisius Braun



Dr. Martina Büchel-Germann

Abteilungsvorständin Europaangelegenheiten, Amt der Vorarlberger Landesregierung

Was gehört für Sie zur Bodenseeregion? Wo beginnt sie, wo hört sie auf?

Die Bodenseeregion ist für mich der Aktionsradius der Internationalen Bodensee-Konferenz (IBK). Das hängt damit zusammen, dass die IBK zu meinen Aufgaben zählt und diese Gebietskulisse meinem Arbeitsgebiet entspricht. Persönlich fällt es mir – ausserhalb Vorarlbergs – eher schwer zu sagen, ob ein Ort etwas ausserhalb dieses Gebiets noch zur Bodenseeregion zählt oder nicht.



So gehört für mich Liechtenstein – obwohl kein Bodenseeanrainer – zur Bodenseeregion. Bei den Schweizer Kantonen würde ich mich ohne die IBK-Kulisse als Anker schwertun zu entscheiden, ob beispielsweise der Kanton St.Gallen wirklich in der ganzen Ausdehnung Teil des Bodenseegebiets ist. Gehört etwa Rapperswil noch zur Bodenseeregion, oder nicht? Oder der Kanton Zürich: Als IBK-Mitglied ist er für mich Teil der Bodenseeregion. Ebenso ist es auf der deutschen Seite schwierig zu entscheiden, ob nur die Landkreise des IBK-Gebiets dazugehören oder ob eine Ortschaft, die gerade nicht mehr Teil davon ist, noch der Bodenseeregion zuzurechnen ist. Für Vorarlberg, wo ich zu Hause bin, ist es einfacher. Für mich ist ganz

Vorarlberg Teil der Bodenseeregion. Natürlich mag die Orientierung auf den Bodensee etwa in Bludenz nicht mehr so stark sein. Aber für mich aus Bregenzer Sicht gehören Bludenzer:innen trotzdem zur Bodenseeregion. Es ist also eine emotionale Geschichte, wie sehr man (Teil-)Regionen «Bodensee-orientiert» sieht. Die leichteste Lösung ist daher, wenn ich sage, die Bodenseeregion entspricht für mich der IBK-Region.

Bitte vervollständigen Sie: Die Bodenseeregion ist für mich...?

... Heimat! Ich lebe hier, weil ich hier geboren und hier verwurzelt bin.

Mit welchen fünf Adjektiven würden Sie den derzeitigen Zustand der grenzüberschreitenden Kooperation beschreiben?

Diese Adjektive wären für mich: zusammenwachsend, aber doch stagnierend, bemüht, formal und freundschaftlich. «Zusammenwachsend», weil ich im Alltag spüre, dass die Grenzen weniger werden. «Stagnierend», weil das Zusammenwachsen auf Ebene der IBK doch etwas schleppend beziehungsweise verhalten verläuft. So ist zum Beispiel in verschiedenen Bereichen die Bereitschaft zur Zusammenarbeit gering, politisch brisante Problemthemen werden eher ausgespart. «Bemüht», weil sich im Rahmen der IBK dennoch alle anstrengen, etwas zustande zu bringen. «Formal», weil die Verfahren nach meiner Wahrnehmung in der IBK eher bürokratisch ablaufen. Schliesslich würde ich die Kooperation als «freundschaftlich» bezeichnen, da die Zusammenarbeit innerhalb der IBK auf einer sehr guten persönlichen Ebene stattfindet.

Worin liegt der Wert der grenzübergreifenden Zusammenarbeit?

Wir finden im Bodenseeraum einigermassen willkürliche Grenzen vor. Dennoch blicken wir auf eine lange gemeinsame Geschichte zurück, sprechen eine gemeinsame Sprache und sind ein gemeinsamer Kulturraum, stärker als andere Grenzregionen. Und vor diesem Hintergrund trägt die grenzübergreifende Zusammenarbeit in der Bodenseeregion dazu bei, diese Grenzen zu überwinden, die Menschen stärker zusammenzuführen.

Worin sehen Sie die grössten Stärken der heutigen Governance-Strukturen und worin die grössten Schwächen?

Die grosse Vielzahl an grenzüberschreitenden Kooperationen in zahlreichen Themenfeldern im Bodenseeraum ist eine Stärke. Die vielen Kooperationsstrukturen zeigen nämlich, dass der Bedarf an Zusammenarbeit, ganz im Sinne des Subsidiaritätsprinzips, wirklich von unten kommt. Dieses Vertrauen auf subsidiäre Lösungen ist auch ein die Bodenseeregion prägendes Charakteristikum, das die Region stärkt. Die Vielfalt an grenzübergreifenden Strukturen und Aktivitäten ist aber auch eine Schwäche – es passiert sehr viel Verschiedenes ohne gesamthafte Steuerung. Damit besteht zudem ein Bedarf, das Ganze zu ordnen und zusammenzuführen – und es stellt sich die Frage, wer dies leisten kann.

Wie nehmen Sie in diesem Netzwerk die IBK wahr?

Eine wichtige Rolle der IBK ist für mich, dass sie die Führung dabei einnimmt, die vielfältigen Aktivitäten der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit zusammenzuführen beziehungsweise richtungsweisend zu agieren. Diese Rolle hat sie sich in ihrem neuen Leitbild formal gegeben und bis zu einem gewissen Grad auch übernommen. Die IBK könnte aber die Steuerungsfunktion noch intensiver wahrnehmen. Das empfinde ich als eine Schwäche der IBK. Für mich

ist sie die Institution, die auf Regierungsebene die wesentlichen Entwicklungen im Bodenseeraum vorgeben muss, und die – auch im Zusammenspiel mit anderen Organisationen, die in der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit aktiv sind – entsprechende Prioritäten aushandelt und Leitprojekte für diese Themen setzt.

Wie hat sich die grenzüberschreitende Zusammenarbeit in den letzten 20 Jahren verändert?

Ich bin ungefähr seit dem EU-Beitritt Österreichs im Jahr 1995 an der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit beteiligt. Wenige Jahre zuvor hatte sich die Schweiz gegen einen Beitritt zum Europäischen Wirtschaftsraum ausgesprochen. Dieses Nein hatte dazu geführt, dass die Schweiz gerade auf Kantonsebene umso mehr in die grenzüberschreitenden Kleinräume und die dortige Zusammenarbeit investieren wollte. Das hat zu einer gewissen Aufbruchstimmung geführt und Schwung in die grenzüberschreitende Zusammenarbeit gebracht. In der Folge wurde dann auch der Schengenraum zwischen Deutschland und Österreich und danach mit der Schweiz verwirklich. Und dies hat das Zusammenwachsen weiter gefördert und viele Entwicklungen ausgelöst. Dazu beigetragen haben natürlich auch die Interreg-Programme der EU beziehungsweise das Bekenntnis der Schweiz, ebenfalls aktiv daran zu partizipieren. Damit gab es zum ersten Mal eigene Gelder für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit. Das Interreg-Programm gibt es zwar immer noch, aber es hat in den Anfängen die Zusammenarbeit stärker belebt. Und jetzt haben wir einen Stand erreicht, wo sich das Ganze «eingespielt» hat: Die Grenzen sind – von der Sondersituation Corona einmal abgesehen – im Grunde offen. Die institutionellen Rahmenbedingungen und auch die Finanzmittel für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit sind zu einem gewissen Grad vorhanden. Jetzt fehlt etwas, das der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit Schwung gibt. Daher wäre jetzt der Zeitpunkt für etwas Neues, das ein gewisses Momentum entfaltet, damit die Zusammenarbeit nicht stagniert.

Wäre also Stagnation eher ein Rückschritt?

Natürlich kann man sagen, man gibt sich mit dem zufrieden, was man erreicht hat. Aber man muss sich auch bewusst sein, dass sich die externen Rahmenbedingungen verändern. Bis zu einem gewissen Grad muss man auf diese Veränderungen reagieren. Geschieht dies nicht, ist es schon so, dass Stagnation auf dem Niveau, das wir bis jetzt erreicht haben, ein Rückschritt wäre.

Gibt es politische Einflüsse – vielleicht einen Wertewandel oder gesamtgesellschaftliche Veränderungen –, die Einfluss haben auf die grenzüberschreitende Zusammenarbeit in der Bodenseeregion?

Die Entwicklungen auf europäischer Ebene spielen sicherlich eine wichtige Rolle. Etwa die Frage, wie sich die Zusammenarbeit in der Europäische Union gestaltet, oder jene, wie sich die Schweiz, eventuell auch Liechtenstein, gegenüber der EU positionieren. Wenn sich die Zusammenarbeit der EU mit der Schweiz und Liechtenstein intensiviert, erleichtern sich die Rahmenbedingungen für die Kooperation im Bodenseeraum und diese kann «automatisch» an Fahrt aufnehmen. Wenn andererseits die EU-Zusammenarbeit stagniert oder schwieriger wird, müssen wir uns im Bodenseeraum fragen: Wie positionieren wir uns? Machen wir das, was auf einer höheren Ebene nicht mehr funktioniert, bei uns im kleineren Raum durch intensivere Zusammenarbeit wett? Davon abgesehen beeinflussen die weltweiten Herausforderungen die Zusammenarbeit. Das sind gegenwärtig COVID-19, die Wirtschaftsentwicklung oder der Klimawandel.

Was wurde dank der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit erreicht? Was sind die grössten Errungenschaften der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit in den letzten 20 Jahren?

Abgesehen von der IBK, die sich weiter etabliert hat, ist das Paradebeispiel für mich die Internationale Bodensee-Hochschule (IBH). Sie ist ein wirkliches Leuchtturmprojekt des Bodenseeraums – auch in finanzieller Hinsicht, da sie ebenfalls mit den entsprechenden Fördermitteln unterstützt wurde. An diesem Beispiel kann man sehen, dass dort, wo auf Grundlage guter Ideen entsprechend investiert wird, auch interessante Projekte entstehen.

Welche Rolle hat die IBK in den vergangenen 20 Jahren gespielt?

Ich denke, dass die IBK ein Treiber der grenzübergreifenden Zusammenarbeit war beziehungsweise ist. So war beispielsweise die IBK-Kommission Bildung, Wissenschaft, Forschung für das Zustandekommen der IBH verantwortlich. Die IBK-Kommission Wirtschaft setzt Impulse durch Formate wie das Wirtschaftskonzil, das über vier Jahre von der IBK betrieben worden ist oder aktuell durch die neu aufgesetzte Digitalisierungsinitiative. Und dann gibt es natürlich eine ganze Palette von Projekten, die ohne die Unterstützung der IBK oder die Finanzierung durch den Kleinprojektefonds nicht zustande gekommen wären.

Was sind Ihrer Ansicht nach die grössten Herausforderungen, mit denen die Region aktuell und in den kommenden fünf Jahren konfrontiert sein wird?

Da sind, wie bereits angesprochen, als Rahmenbedingungen die Entwicklungen auf globaler, jene auf EU-Ebene und das Verhältnis zwischen Schweiz bzw. Liechtenstein und der EU. Dann gibt es noch

die Herausforderungen, die sich in den einzelnen Politikfeldern stellen: die Wirtschaftsentwicklung, der Klimawandel, aber auch das Thema Verkehr – also die Erreichbarkeit der Bodenseeregion und ein leistungsfähiges und nachhaltiges Mobilitätssystem.

Welche Strukturen bräuchte es, um diese Themen zu bearbeiten?

Im Prinzip passen die gegenwärtigen Strukturen, wenngleich die IBK noch etwas schlagkräftiger werden sollte, um vermehrt grosse und sichtbare Projekte mit entsprechender Finanzausstattung umzusetzen. Auch könnte sie dann in politisch relevanten Themen die «Themenführerschaft» übernehmen. Es würde dazu eines stärkeren Top-down-Ansatzes bedürfen, bei dem nach einem politischen Beschluss über Prioritäten diese von der Verwaltungsebene aufgegriffen und umgesetzt werden. Gewisse strukturelle Weiterentwicklungen der IBK werden dazu gegenwärtig umgesetzt. So wird die Troika – also die Zusammenarbeit zwischen dem IBK-Vorsitz und dessen Vorgänger und Nachfolger – jetzt nochmals gestärkt. Ich habe aber nicht die Erwartung, dass die IBK in Zukunft ganz anders funktionieren wird. Möglicherweise wäre die IBK als «Internationale Organisation» schlagkräftiger. Aber das ist eine blosse Utopie.

Wie sähe Ihre Vision einer Bodenseeregion in 20 Jahren aus?

Als Bürgerin ist mir wichtig, dass es in der Bodenseeregion eine verträgliche und nachhaltige Entwicklung gibt, bei der Umwelt und Natur in einem entsprechenden Gleichgewicht mit der Wirtschaftsentwicklung stehen. Dies bedeutet einerseits, dass Umwelt und Natur, die ja auch die Region auszeichnen, erhalten werden können. Und dass es andererseits eine Wirtschaftsentwicklung gibt, die regionalen Wohlstand schafft, ohne die natürlichen Grundlagen zerstören. Ich hätte auch gerne eine Region, die für Besucher:innen attraktiv ist, aber nicht vom Tourismus überrannt wird. Auf gesellschaftlicher Ebene wünsche ich mir eine Entwicklung, die nicht zu grossen Unterschieden zwischen reich und arm führt, sondern dazu, dass Wohlstand in der Breite vorhanden ist. Und eine Region, die eine gewisse Zuwanderung erlaubt und eine gewisse kulturelle Öffnung oder Vielfalt ermöglicht.

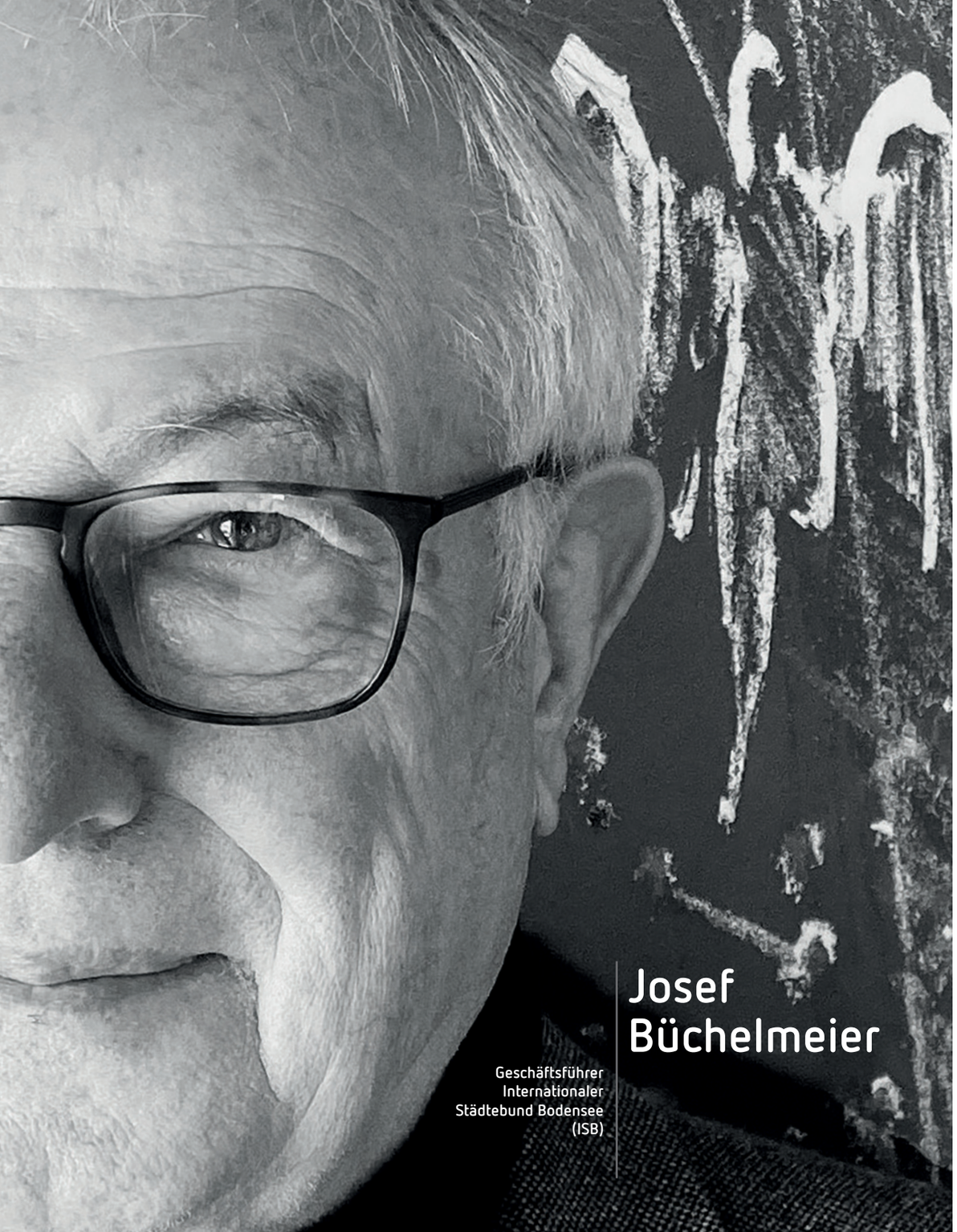
Welche Strukturen bräuchte es, um diese Vision zu erreichen?

Strukturell ist eine Organisation notwendig, die die regionale Entwicklung grenzüberschreitend abstimmt und dabei auch eine steuernde Rolle übernimmt. Damit die IBK diese Rolle ausüben kann, müssen die Prioritäten politisch abgestimmt werden können und es muss klar sein, was wir gemeinsam als Region erreichen wollen. Diese Prioritäten müssen dann auch in den Mitgliedstaaten entsprechend in der Politik «untergebracht» werden. In vielen Bereichen muss man feststellen, dass die grenzüberschreitende Zusammenarbeit wegen nationalstaatlicher Vorgaben und Planungsprozesse gar nicht so ohne weiteres möglich ist. Ein Beispiel dafür ist das Gesundheitswesen. Hier gibt es etwa bei den Krankenhausplanungen praktisch keine Kooperation, da die entsprechenden Planungen auf Länder- oder Kantonsebene erfolgen. Da hat die grenzüberschreitende Zusammenarbeit überhaupt keinen Platz mehr. Daher wäre es für mich notwendig, dass man sich in den einzelnen Politikbereichen überlegt, welchen Beitrag eine grenzüberschreitende Kooperation bringen kann und was auf staatlicher Ebene verändert werden müsste, damit diese grundsätzlich möglich wird und der eingangs formulierte Steuerungsanspruch überhaupt zur Anwendung kommen kann. Es wäre also eine wichtige Aufgabe, verschiedenste Politikbereiche daraufhin zu prüfen, welche Ansätze der grenzüberschreitenden Kooperation auf längere Sicht generell möglich und wünschenswert sind und was dafür auf regionaler Ebene, aber auch in den jeweiligen Nationalstaaten getan werden müsste. Das wäre aus meiner Sicht ein interessanter und lohnenswerter Ansatz.

© Foto Dr. Martina Büchel-Germann



Dr. Martina Büchel-Germann



Josef Büchelmeier

Geschäftsführer
Internationaler
Städtebund Bodensee
(ISB)

Was gehört für Sie zur Bodenseeregion? Wo beginnt sie, wo hört sie auf?

Auf der deutschen Seite grenzt sich für mich die Bodenseeregion entlang der Linie Tuttlingen, Stockach, Pfullendorf bis etwa Ravensburg ab. Weiter östlich gehören dann ein Stück Allgäu und der Bregenzer Wald dazu.



Der Kanton St.Gallen bis zum Toggenburg und nach Appenzell sind für mich Teil der Region, ebenso wie die Ostschweiz bis Wil und Winterthur, und im Nordwesten geht es bis nach Schaffhausen. Den Kanton Zürich würde ich nicht zur engeren Bodenseeregion zählen, obwohl er bei der IBK natürlich einen Sitz hat. Aber das hat andere Gründe.

Bitte vervollständigen Sie: Die Bodenseeregion ist für mich…?

Meine Vorfahren haben schon immer hier in der Gegend von Tettnang und Friedrichshafen gelebt. Ich bin zwar nicht hier aufgewachsen, aber die familiären Bindungen an den Bodensee waren auch in meiner Kindheit immer wichtig. Heute lebe ich gerne hier und geniesse die vielfältigen Möglichkeiten, die der Raum bietet: die Landschaft mit See und Bergen. Abseits von den biografischen Bezügen ist die Region für mich ein Grenzraum mit einer gemeinsamen Sprache, ähnlichen Mentalitäten und engen wirtschaftlichen Verflechtungen. Schon beim Blick in die Geschichte zeigen sich solche engen Verflechtungen: in der Antike bei Kelten und Römern, im Mittelalter mit dem Herzogtum Schwaben und auch später bis ins 19. Jahrhundert. Da teilen wir ein grosses und interessantes historisches Erbe miteinander, und doch gibt es feine und spannende Unterschiede – etwa zwischen Badener:innen, Württemberger:innen oder Vorarlberger:innen. Das alles macht die Region attraktiv und reich. Manchmal denke ich, der Bodensee ist wie so ein schwarzes Loch im Universum. Er zieht die Menschen an und sie wollen dann nie mehr weg!

Mit welchen Adjektiven würden Sie den derzeitigen Zustand der grenzüberschreitenden Kooperation beschreiben?

Das erste Attribut ist für mich «realistisch», da die Kooperation hier immer auf ein Sachthema bezogen ist. Sie ist nicht ideologisch aufgeladen. Dafür steht idealtypisch der Gewässerschutz, mit dem Mitte des letzten Jahrhunderts eine wichtige Kooperation begann. Da war man sehr pragmatisch. Überhaupt zwingt der Bodensee auch in anderen Bereichen zur Zusammenarbeit – etwa bei den Verkehrsverbindungen mit Schiff und Fähre. Hier musste man schon immer zusammenarbeiten. Auf der anderen Seite sehe ich, dass die Kooperation am Bodensee immer wieder vor Hindernissen steht. Ich halte die nationalen Grenzen für das grösste Problem, da sie unterschiedliche Rechts- und Sozialsysteme mit sich bringen. Die

stellen in der Praxis ein grosses Hemmnis dar. Um ein kleines Beispiel zu nennen: Ich engagiere mich beim historischen Dampfschiff Hohentwiel. Da müssen wir in jedem Land beim Ticketverkauf einen anderen Mehrwertsteuersatz berechnen und im Kassensystem hinterlegen. Und die Bordgastronomie muss sich fragen, wie bestimmte Waren verzollt werden müssen, wenn man in eines der drei Länder kommt!

Worin liegt für Sie der Wert der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit in der Bodenseeregion?

Ein wichtiger Mehrwert ist der Erfahrungsaustausch. Es gibt für viele Themen grenzüberschreitende Gremien, zum Beispiel beim Gewässerschutz oder der Fischerei: Da gibt es die Internationale Gewässerschutzkommission für den Bodensee oder einen Fischereiverband aller drei Anrainerstaaten. Wir haben vorher von der Vielfalt gesprochen, die ich immer als eine Bereicherung sehe. Man klärt nicht nur die gemeinsamen Fragen, sondern es findet auch ein enormer Wissensaustausch über praktische Ansätze und Lösungen in den jeweiligen Ländern statt. Das ist ein Austausch und eine Bereicherung, den andere Regionen, die nicht an der Grenze liegen, ganz einfach so nicht haben.

Worin sehen Sie die grössten Stärken der heutigen Governance-Strukturen und worin die grössten Schwächen?

Die Stärke der Strukturen hier am Bodensee ist die Freiwilligkeit. Man arbeitet aufgrund eines konkreten Problems oder Themas zusammen oder es gibt den Wunsch nach einem stärkeren Austausch, der aus Eigeninitiative verfolgt wird. Es gibt keine übergeordnete Organisation. Manche Themen erledigen sich wieder und die entsprechenden Strukturen und Kooperationen können dann auch wieder verschwinden. In meiner Zeit als Oberbürgermeister haben wir oftmals einen Erfahrungsaustausch zu Sachfragen mit anderen Organisationen aus der Schweiz oder Österreich durchgeführt.

Manchmal haben sich daraus konkrete Projekte ergeben und manchmal war es ausreichend, sich wenige Male zu treffen. Ich sehe das als sehr pragmatisch und zielführend an. Auf der anderen Seite liegt in dieser Freiwilligkeit auch eine gewisse Schwäche. Es fehlt dann an der strategischen Orientierung für die Kooperation insgesamt. Natürlich gibt es die IBK und einige weitere Institutionen, die eine gewisse Strategiefähigkeit aufweisen. Grundsätzlich hat die Freiwilligkeit also einen grossen Charme. Aber manchmal fehlt doch eine gewisse Orientierung und der Begriff «grenzüberschreitend» bekommt keine rechte Kontur.

Wie nehmen Sie in diesem Netzwerk die IBK wahr?

Ich nehme die IBK so wahr, dass sie strategisch orientiert ist und immer wieder einen Beitrag zu wichtigen Themen der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit leistet. Sie bietet anderen Interessengruppen wie den Kommunen, den Kammern, den Hochschulen und anderen Anregungen, sich grenzüberschreitend auszutauschen, aber auch deren Belange aufzugreifen. Von daher war die IBK in der Vergangenheit Impulsgeberin für viele Projekte und Aktivitäten im Bereich Kultur, Bildung und in anderen Feldern. Ich greife einmal zwei Beispiele heraus: den Aufbau der Internationalen Bodensee-Hochschule (IBH) und das Internationale Bodenseefestival. Beides wäre ohne die IBK nicht entstanden. Natürlich sind die Entscheidungsprozesse und Aktivitäten der IBK sehr konsensorientiert. Das heisst zwangsläufig auch, dass konfliktbeladene Themen auf der Strecke bleiben.

Wie hat sich die grenzüberschreitende Zusammenarbeit in den letzten 20 Jahren verändert?

Ich stelle fest, dass in der Kooperation der Blick auf den Gesamtraum etwas verloren gegangen ist. Anfang der 2000er-Jahre gab es eine Initiative für eine Internationale Gartenbauausstellung am Bodensee, an der sich über 20 Kommunen rund um den See beteiligen wollten.

Ich war damals als Oberbürgermeister von Friedrichshafen ebenfalls an dieser Initiative beteiligt. Es war eine grosse Begeisterung vorhanden, mit diesem Projekt etwas Gemeinsames zu schaffen, das den ganzen Bodenseeraum verbunden hätte. Auch jetzt gibt es noch viele Kooperationen, aber das sind dann oft kleine Verbünde zu einem sehr speziellen Thema, wie etwa IT in der öffentlichen Verwaltung. Dabei hat man nicht mehr den ganzen Bodenseeraum im Blick. Ein anderes Beispiel sind die Schwierigkeiten im Bereich der Verkehrsplanung. Die Fährverbindung Friedrichshafen – Romanshorn ist ein markantes Beispiel. Hier gab es auf der Schweizer Seite, insbesondere im Kanton Thurgau, schon lange ein grosses Interesse und eine grosse Bereitschaft, in die Verbesserung der Fährverbindung zu investieren. Auf deutscher Seite wurde das Thema aber sehr stiefmütterlich behandelt.

Welche Rolle spielen übergeordnete Einflüsse, wie die europäische Integrationspolitik und die globale Politik?

In den 1990er-Jahren und zu Beginn des neuen Jahrtausends gab es sicherlich eine gewisse Aufbruchstimmung oder Euphorie. Das hing auch mit den Entwicklungen in Europa, dem Mauerfall und der intensiveren Zusammenarbeit mit Osteuropa sowie der EU-Erweiterung zusammen. Da war hier am See mehr in Bewegung; die Kooperationen waren einfacher und es wurde viel erreicht. In den letzten Jahren hingegen haben die nationale Perspektive und entsprechende Alleingänge an Bedeutung gewonnen. Deutschland wollte beispielsweise seine Mautpläne durchsetzen und hat sich nicht darum gekümmert, welche Auswirkungen das für die Mobilität der Nachbar:innen etwa an der Grenze zu Österreich bedeutet. Dann gab es noch die abrupten Grenzschliessungen zu Beginn der Corona-Pandemie. Solche nationalen Alleingänge sorgen hier an der Grenze für Entsetzen, während in den Hauptstädten offensichtlich das Gespür für die negativen Folgen und Auswirkungen auf die Grenzregionen und die Zusammenarbeit fehlt. Ein anderes Beispiel war das Vorgehen während der grossen Migrationswelle im Sommer 2015. Auch da fehlte es an Solidarität zwischen den Ländern.

So sorgte es hier in der Region für Empörung, dass die Schweiz Fernbusse mit Geflüchteten von Italien nach Deutschland einfach so durchgewunken hat. Hinzu kommt eine gewisse Europaskepsis: Die EU selbst ist in den letzten Jahren ebenfalls stärker in die Kritik geraten.

Welche Rolle hat die IBK in den vergangenen 20 Jahren gespielt?

Die IBK hat sich in der Vergangenheit als eine wichtige Plattform erwiesen, da dort auf Regierungsebene die Themen besprochen werden konnten, die die gesamte Bodenseeregion betreffen. Die Gesprächsbereitschaft der Mitglieder war immer vorhanden und es wurden vielfach Vorschläge und Lösungen entwickelt. So hat sich die IBK immer wieder zu Rahmenplanungen für die Bebauung, Verkehrsachsen und weiteren Infrastrukturthemen geäussert und mit anderen abgestimmt. Auch wenn sich, wie eben schon angesprochen, durch die Konsensorientierung nicht alles als machbar oder durchsetzbar erwiesen hat.

Was sind Ihrer Ansicht nach die grössten Herausforderungen, mit denen die Region aktuell und in den kommenden fünf Jahren konfrontiert sein wird?

In den kommenden Jahren stehen der Region tiefgreifende Veränderungen in der Wirtschaft bevor. Das gilt etwa für die Automobilindustrie und alles, was damit für die Zulieferunternehmen zusammenhängt. Dieser Bereich ist gerade hier im Raum Friedrichshafen sehr stark. Im Dienstleistungsbereich besteht vielerorts noch Wachstumspotenzial. Hierzu können auch aus den Hochschulen der Region wichtige Impulse kommen. Beim Thema Mobilität und Verkehrsinfrastruktur sehe ich ebenfalls wichtige Herausforderungen, sowohl bei der überregionalen Anbindung der Bodenseeregion als auch bei den Verkehrsverbindungen rund um den See. Auch im Bereich Arbeitsmarkt wäre es hilfreich, wenn wir eine grössere Harmonisierung erreichen würden. Die Arbeitnehmerfreizügigkeit und das Pendeln über die Grenze funktionieren, aber Arbeitnehmerrechte,

Versicherungen und anderes sind doch sehr verschieden. Insofern wäre es ein spannendes Experiment, wenn sich die Bodenseeregion zu einem Gebiet mit ähnlichen Regelungen entwickeln könnte. Dann wäre ein Umzug von einer Teilregion in eine andere kein Problem mehr. Ein gemeinsames Statut zwischen den Verwaltungen der Region könnte dabei helfen. Ebenso bringt der Klimawandel für die Region mit ihren vielfältigen Naturräumen grosse Herausforderungen mit sich. Der Bodensee muss als Trinkwasserspeicher erhalten und das Gewässermanagement an den Klimawandel angepasst werden. Welche Anforderungen stellt etwa der Obstbau zukünftig an die Bewässerung aus dem Bodensee? Mit dem Klimawandel steigt auch die Notwendigkeit von Klimaschutz in den Städten und Gemeinden. Da könnte ich mir eine Art freiwillige Verpflichtung zwischen den Kommunen rund um den See vorstellen, in denen gewisse Standards für den Klimaschutz vereinbart werden – beispielsweise, was nachhaltige Mobilität oder Gewässermanagement angeht.

Wie sieht die grenzüberschreitende Zusammenarbeit in 20 Jahren idealerweise aus?

Eine wichtige Voraussetzung für ein Stärkung der Region als gemeinsamer politischer Raum wäre, dass auch die Medienlandschaft stärker grenzüberschreitend ausgerichtet wäre. In den einheimischen Medien kommen die Nachbarregionen gegenwärtig kaum vor. Es ist heutzutage fast nicht möglich, die jeweiligen Fernsehsender des/der Nachbar:innen zu empfangen. Erst kürzlich wurde das Schweizer Fernsehen aus dem deutschen Kabelnetz verbannt. Selbst über das Internet sind viele Inhalte wegen Geoblocking nicht mehr abrufbar. Vielleicht könnte die IBK ein Projekt auf den Weg bringen, das eine bodenseeweite Berichterstattung unterstützt. So eine Art Pressedienst, der über interessante Neuigkeiten aus dem ganzen Bodenseeraum informiert – im politischen, aber auch im kulturellen Bereich.

Meine Idealvorstellung wäre, dass sich die Länder und Kantone, die in der IBK vertreten sind, langfristig als eine gemeinsame europäische Bodenseeregion konstituieren. Eine solche Region sollte stark

von unten getragen sein. Dort würde dann auch eine gemeinsame politische Willensbildung stattfinden – etwa durch gemeinsame Volksabstimmungen, die in allen regionalen Teilräumen stattfänden. Als Themen bieten sich Klimaschutz, Mobilität oder andere wichtige Raumordnungs- oder Entwicklungsfragen im Bodenseeraum an. Damit würde das Regionalbewusstsein gefördert und es fände eine stärkere Auseinandersetzung mit Zukunftsfragen statt, die ja im Bodenseeraum mit seinen Verflechtungen gemeinsam gelöst werden müssen.

Einen solchen regionalen und grenzübergreifenden Prozess anzuschieben, hielte ich für eine lohnende Aufgabe für die IBK und deren Partner: innen wie Städtebund, Bodenseerat und andere.



Josef Büchelmeier

©Foto Josef Büchelmeier



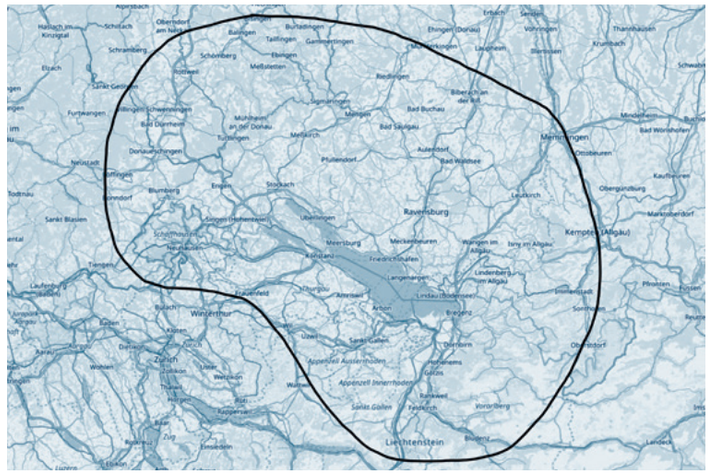
© Foto StudioFasching

Mathias Burtscher

ehem. Geschäftsführer
Industriellenvereinigung
Vorarlberg

Was gehört für Sie zur Bodenseeregion? Wo beginnt sie, wo hört sie auf?

Auf österreichischer Seite gehört für mich das gesamte Land Vorarlberg dazu und in südlicher Richtung reicht sie weiter bis Liechtenstein. Auf der deutschen Seite geht es für mich relativ weit ins Hinterland, weil ich glaube, dass man sich dort noch ein bisschen zum Bodensee zugehörig fühlt.



Auf der Schweizer Seite endet die Bodenseeregion für mich vor Zürich, ohne genau zu wissen, wie stark man sich etwa in Winterthur noch der Region zugehörig fühlt.

Bitte vervollständigen Sie: die Bodenseeregion ist für mich…?

… Heimat und ich lebe hier, weil ich hier geboren wurde, sonst würde ich hier nicht wohnen. So hart das ist, denn trotz der grossen Vorteile hier ist sie zu wenig bekannt. Ich bin sehr seenah aufgewachsen, in Hard bei Bregenz. Die Kombination aus dynamischer

Wirtschaft und hoher Lebensqualität, für die die Bodenseeregion in meinen Augen steht, gefällt mir. Ich habe in Innsbruck studiert und länger in Brüssel und Wien gelebt. Wenn man von den Alpen kommend nach Vorarlberg und dann Richtung Bodensee fährt, habe ich das immer als spektakulär empfunden. Der Auslauf der Alpen Richtung Bodensee und die Öffnung Richtung Norden nach Deutschland grossteils mit Flachland bis zur Nordsee ist für mich symbolisch für unsere wunderschöne Gegend. Traurig finde ich, dass die Bodenseeregion zu wenig bekannt ist. Die Leute wissen nicht, dass man am Bodensee gut leben und arbeiten kann. Ich habe schon viele Freunde aus anderen Landesteilen zu mir nach Vorarlberg eingeladen, und wenn sie das Zusammenspiel von See, dem Ballungsraum im Rheintal und den Bergen sehen, dann finden die das ganz unglaublich. Das hatten sie sich bisher nicht ansatzweise so vorgestellt. Daher glaube ich, dass ich, wäre ich in einem anderen Bundesland geboren worden, wohl nicht hier wäre. Da haben übrigens die Ostschweiz mit der HSG und das deutsche Bodenseeufer mit seinen Universitäten und Hochschulen von überregionaler Bedeutung nochmal eine andere Ausgangslage wie wir hier in Vorarlberg, da diese stärker Studierende von aussen anziehen und mit der Bodenseeregion vertraut machen können.

Mit welchen fünf Adjektiven würden Sie den derzeitigen Zustand der grenzüberschreitenden Kooperation beschreiben?

In fünf Adjektiven würde ich die grenzüberschreitende Kooperation zunächst negativ als lose, unkonkret, pro forma beschreiben, positiv als zukunftsweisend und wissenschaftlich. Der «lose» Zusammenhalt hier ist auch historisch gewachsen. Die Region war schliesslich immer eine Grenzregion und der Bodensee hat eher trennend als verbindend gewirkt. Zudem gab es historisch gesehen nie ein gemeinsames, identitätsstiftendes Projekt – daher komme ich zur Bezeichnung als «unkonkret». Das sehe ich jetzt nicht allein auf wissenschaftlicher Basis, sondern auch im Sinne von etwas Physischem. Es wurden keine gemeinsamen Bauten oder physischen Strukturen errichtet, die die Zusammenarbeit wirklich gefördert hätten. «Pro forma» deshalb, weil es der Politik auf allen Seiten nur darum geht, dabei zu sein, Fördergelder zu geben oder abzuholen, aber insgesamt ist das eher eine PR-Massnahme. Als «zukunftsweisend» sehe ich die grenzüberschreitende Kooperation deshalb an, weil ich im Rahmen meiner Auseinandersetzung mit Strategieprozessen in Vorarlberg auf das äusserst interessante Projekt «Bodensee 2030» gestossen bin, von dem wir einige Ergebnisse aufnehmen konnten.[1] Auf «wissenschaftlich» komme ich deshalb, weil einiges versucht wird, um Innovationen und Wissenskooperationen oder die Zusammenarbeit im Infrastrukturbereich und bei der Raumplanung anzustossen – allerdings ist das oftmals zu wenig praxisorientiert und kommt bei den Menschen nicht an. Mit den Bemühungen um eine bessere Wasserqualität gab es zwar de facto ein gemeinsames Projekt der drei Länder, in den Köpfen der Menschen ist das aber so nicht präsent. Die Österreicher:innen sagen bestimmt, der See ist wegen Österreich sauber, die Deutschen wegen Deutschland und die Schweizer:innen wegen der Schweiz. Heute ist das auch noch so: Bei einem guten Projekt, das für Vorarlberg relevant ist, sagt der/die Vorarlberger Politiker:in: «Wir haben möglichst viel Geld nach Vorarlberg geholt.» Erst im Nachsatz erfährt man, dass es sich um eine grenzüberschreitende Initiative handelt.

[1] Gemeint ist das Projekt «Bodensee 2030», siehe www.zukunft-bodensee.eu

Worin liegt für Sie der Wert der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit in der Bodenseeregion?

Der aktuelle Wert der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit liegt aus meiner Sicht im Erfahrungs- und Wissensaustausch, im Einwerben von Fördergeldern, bei losen Abstimmungen politischer Standardthemen, etwa im Bereich Infrastruktur. Das ist aber derzeit nicht viel. Andererseits bedeutet die Kooperation relativ wenig Aufwand und niedrige Kosten. Könnte man hier mehr Fördermittel verfügbar machen, so wäre das eine Stärke. Meiner Meinung nach gibt es zu wenig und zu wenig Anreiz, damit zu experimentieren. Dass es keinerlei Verpflichtungen gibt, würden viele sicher auch als Stärke ansehen, weil man so die eigene Verantwortung und Kompetenz nicht verliert. Ausserdem ist die Kooperation zu wenig menschennah,

zu wenig emotional; ich kann hier keine wichtigen Persönlichkeiten ausmachen, denen das Thema wirklich ein Herzensanliegen ist. Es bräuchte jemanden seitens der Politik, der Initiativen aus der Wirtschaft unterstützt, für das Thema brennt und es vorantreibt – wie Graf Zeppelin damals. Aber solche Typen fehlen. Damit hängt meiner Meinung nach aber auch der Erfolg von grenzüberschreitenden Projekten zusammen.

Wie nehmen Sie in diesem Netzwerk die IBK wahr?

Ich nehme sie als relativ unbedeutend wahr – sowohl für die Wirtschaft als auch für die Menschen. Es besteht nach meiner Wahrnehmung nur ein geringes politisches Commitment. Wie gesagt liegt der Mehrwert im Erfahrungsaustausch, dem Einwerben von Fördermitteln und der Aussendarstellung. Eigentlich bin ich ein sehr optimistischer Mensch, aber das muss man kritisch ansprechen, denn es wäre viel mehr möglich.

Was sind die grössten Errungenschaften der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit in der Bodenseeregion in den letzten 20 Jahren?

Das ist überschaubar. Ich habe nicht das Gefühl, dass viel erreicht wurde. Anfang der 2000er-Jahre war ich Anfang 20, da bekommt man so gut wie nichts mit – vielleicht ist das auch ganz normal, weil man andere Interessen hat. Die Grenzüberschreitung hat nur eine Rolle gespielt, wenn man in die Schweiz oder nach Deutschland einkaufen gegangen ist. Stand die Währung gerade günstig, hat man Produkte dort gekauft, aber sonst hat man als Normalsterbliche:r aus meiner Sicht nichts mitbekommen. Das Thema scheint mir auch in meinem Umfeld nicht sehr präsent gewesen zu sein. In der jüngsten Vergangenheit war ich Teil der Initiative zur Metropolregion Bodensee, und da entsteht sukzessive was – man möchte keine neuen Strukturen schaffen, aber an grenzüberschreitenden Projekten arbeiten. Es gibt grenzüberschreitende Unternehmer:innentreffen, wir selbst sind im Rheintal engagiert. Trotzdem ist das noch recht überschaubar. Wo allerdings auf einer theoretischen Basis eine gewisse Kraft drin ist, das ist die DenkRaum-Initiative.[2] Hier bleiben Leute wirklich an einem Thema dran. Das ist allerdings nicht mein Schwerpunktthema, so sehr es mich auch persönlich interessiert. Wir als Interessenvertretung bringen uns im grenzüberschreitenden Zusammenhang eher punktuell zu einzelnen Standortthemen ein – etwa zur Infrastrukturpolitik, zur Universitätskooperation, zur Raumplanung oder zum Erfahrungsaustausch im Umgang mit Innovation. In meinen zehn Jahren in Vorarlberg war das Thema grenzübergreifende Zusammenarbeit mit Hochs und Tiefs immer irgendwo im Hintergrund, und es wartet nach wie vor auf einen Energieschub. Der fehlt bislang. Es gibt jetzt vielleicht das Hochwasserschutzprojekt Rhesi am Alpenrhein, aber auch das wird nach meinem Eindruck nicht als gemeinsames grenzüberschreitendes Bodenseeraumprojekt gesehen. Das interessiert die deutsche Seite schon wieder weniger, was da auf Vorarlberger, Schweizer oder Liechtensteiner Seite passiert.

[2] Gemeint ist der DenkRaum-Bodensee, www.denkraumbodensee.org

Welche Rolle spielen übergeordnete Einflüsse, wie die europäische Integrationspolitik und die globale Politik?

Sie spielen eine grosse Rolle, da wir eine prosperierende Region mit vielen exportorientierten Betrieben sind. Ich habe aber leider oft das Gefühl, dass sich Nationalismen auch hier in der Bodenseeregion wieder bemerkbarer machen – und zwar auf allen Seiten. Das muss man selbstkritisch auch n Vorarlberg sagen. Noch drastischer sehe ich das in der Schweiz: Dort gibt es verschiedene Initiativen, sich noch stärker abzuschotten. Das spürt man auch in der Zusammenarbeit. Es gibt dort eine sehr offene Community, der das Grenzüberschreitende in der Wirtschaft – sowohl in Bezug auf Unternehmen als auch in der Wissenschaft – wirklich ein Anliegen ist. Dann gibt es politisch entgegengesetzte Kräfte, die sich der Konsequenzen einer Abschottung zu wenig bewusst sind. Leider wird auch von den Entscheidungsträger:innen zu viel Wert darauf gelegt, wie Fachkräfte zwischen den Nachbarländern abgeworben

werden, anstatt zu überlegen, wie man die Bodenseeregion als Ganzes besser positionieren könnte. Hier werden Nationalismen und Abkapselungen wahrnehmbar. Zumindest innerhalb von Vorarlberg versucht man momentan eher zu verbinden – das zeigt der angestossene Markenprozess ebenfalls. Nur einen Markenprozess für die Bodenseeregion zu fordern, wäre zu wenig, denn es braucht auch wichtigen Entscheidungsträger:innen, die wirklich dahinterstehen müssen.

Was sind Ihrer Ansicht nach, die grössten Herausforderungen, mit denen die Region aktuell und in den kommenden 5 Jahren konfrontiert sein wird?

Als erstes Thema sehe ich hier die gemeinsame Positionierung aus Überzeugung; diese breit getragene Marke unserer Region – wenn das wirklich gewollt ist. Damit hängt insbesondere zusammen, dass qualifizierte Fachkräfte in die gesamte Bodenseeregion kommen. Andere Regionen entwickeln sich gerade dynamischer als unsere; wir schaffen es noch nicht, unsere Wirtschaftskraft und die Lebensqualität besser zu kommunizieren. Als zweites Thema sehe ich das globale Phänomen der Digitalisierung. In diesem Bereich in der Bodenseeregion Kompetenzen aufzubauen, ist allerdings eine grosse Herausforderung. Hier steht man im Wettbewerb mit Online-Riesen. Daran müsste man gemeinsam arbeiten. Auch das hängt wieder stark mit den Menschen zusammen, insbesondere den Jungen, die diesbezügliche Fähigkeiten mitbringen. Ein drittes Thema ist die Infrastruktur, insbesondere die Verkehrsanbindungen. Schon seit Jahrzehnten bemüht man sich darum, dass man innerhalb der Bodenseeregion schneller von A nach B kommt. Aktuell wird erfreulicherweise die Verbindung Zürich – München ausgebaut, andere Regionen haben sich in Sachen Erreichbarkeit aber viel schneller entwickelt. Eine ganz bedeutende Rolle spielt auch, wie sich die Schweiz in Zukunft ausserhalb der Europäischen Union positioniert. Ich sehe da leider ein Gefahrenpotenzial für zukünftige Grenzerschwernisse.

Welche Anforderungen stellen sich an eine zukünftige «erfolgreiche» Governance in der Bodenseeregion, unter besonderer Berücksichtigung der IBK?

Was den Mangel an Fachkräften angeht und die Markenentwicklung, könnte man darauf reagieren, indem es ein klares politisches Commitment dazu gibt und man Budgets zur Schaffung von Leuchtturmprojekten, von identitätsstiftenden Symbolen zur Verfügung stellt. So könnte man auf der internationalen Landkarte wirklich wahrgenommen werden. Das Gleiche gilt für den Hochschulbereich. Vorarlberg hat viele Stärken, aber im Universitätsbereich ist man schwach aufgestellt. Hier würden ganz konkrete Kooperationen Win-win-Situationen ermöglichen. Diese müssten einfacher werden und leicht umgesetzt werden können – es müssen ja nicht bei jedem Thema immer alle zehn Regierungschef:innen unterschreiben, sondern manchmal reicht es auch, wenn zwei, drei mitmachen und etwas probieren. An der Front tut sich aber wenig, zumindest aus Vorarlberger Sicht. Mit dem Metropolitanraum Bodensee schafft man momentan eine Struktur, die vor allem der Schweiz hilft. Wenn man das geschickt aufgleist, könnte es auch Österreich helfen. Deutschland ist hier momentan bis auf den Landkreis Lindau aussen vor; auch da sollte man grösser denken. Die Bodenseeregion ist sowohl für die Schweiz und Österreich wie für Deutschland in Randlage. Mit dem Denken in grösseren Räumen könnte man natürlich verstärkt Gelder von der jeweiligen Bundesebene in die Region holen. Das finde ich einen richtigen Ansatz, und darum unterstützen wir auch die Initiative Metropolitanraum Bodensee explizit. Es wäre doch eine schöne Wunschvorstellung, wenn die Bodenseeregion als das Zentrum zwischen Zürich, München und Stuttgart wahrgenommen würde.

Welche Strukturen bräuchte es, um sich diesem Zukunftsbild anzunähern?

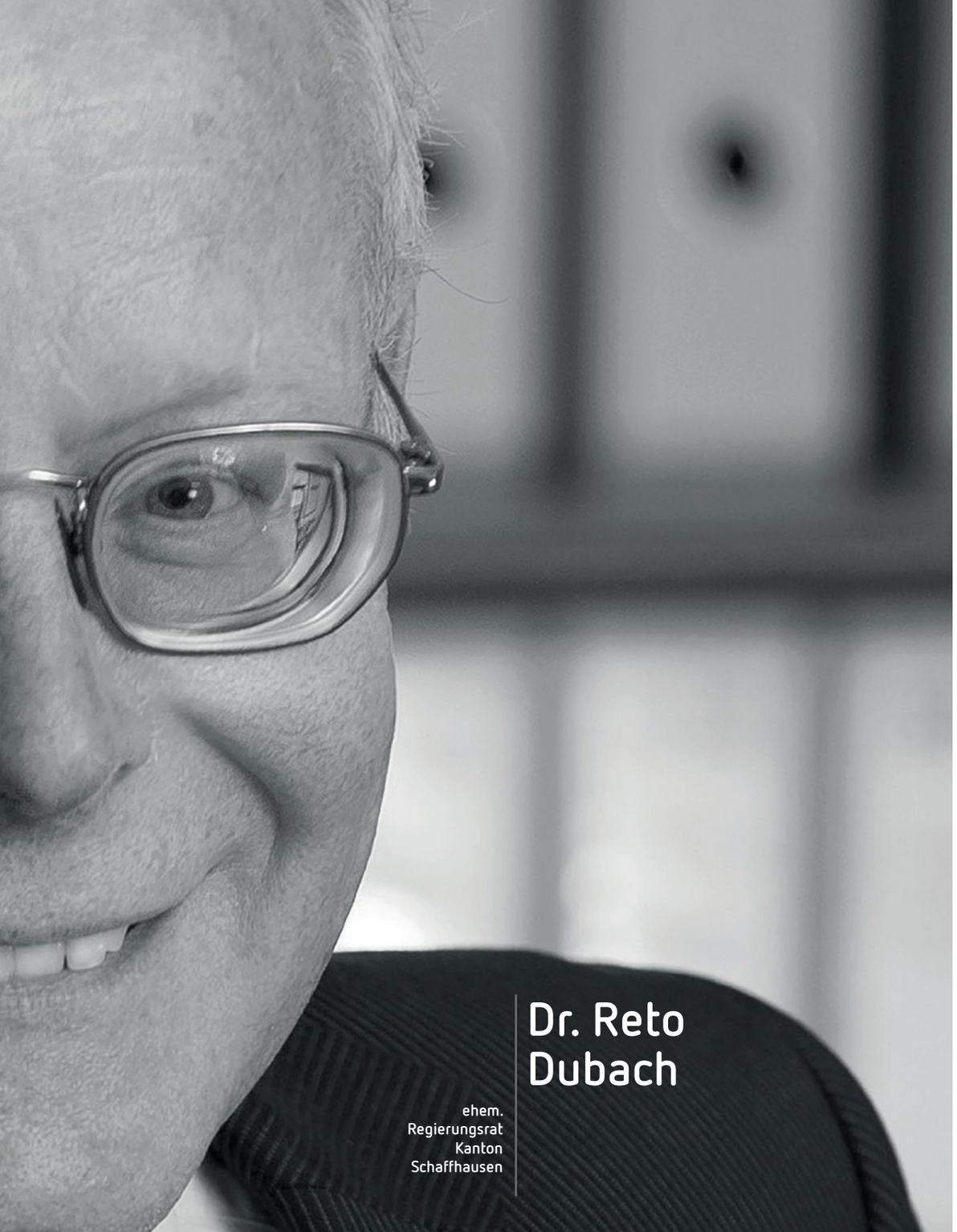
Ich frage mich, ob die IBK mit ihrer Ausrichtung dabei nicht sogar hinderlich ist. Ich kann schwer sagen, wie gross das Commitment der Bundesländer Bayern und Baden-Württemberg insgesamt für die Bodenseeregion ist. Sie ist eben weit entfernt von den Zentren. Auf dem Papier ist die IBK eine machtvolle Struktur, spielt in der Praxis jedoch keine Rolle – nur bei kleinen Projekten.

Wie sieht die grenzüberschreitende Zusammenarbeit in 20 Jahren idealerweise aus?

Ich hoffe, deutlich offener als heute. Nationale Identitäten werden nicht so schnell verloren gehen, aber ein eigenes, schlankes Parlament für die Bodenseeregion mit eigenen Kompetenzen wäre doch eine schöne Wunschvorstellung. Dort könnte man Persönlichkeiten hineinwählen, die diese Region entwickeln, und es gäbe ein Budget, das genau für solche identitätsstiftenden Leuchtturmprojekte, die die Marke Bodenseeregion voranbringen, bereitgestellt wird. Zudem gäbe es eine gemeinsame Repräsentanz der Bodenseeregion bei der Europäischen Union. So würde die Region innerhalb der EU sichtbarer. Ich denke auch an Festivals, an einen Hotspot Bodensee, wodurch die Region wahrnehmbar würde und wo sich alle Menschen – Junge, Junggebliebene, Verrückte, Kreative, Familien und viele mehr – treffen können.



Mathias Burtscher

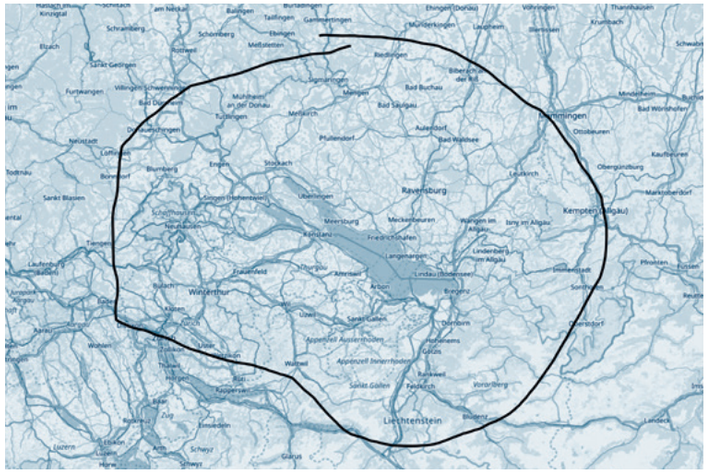


Dr. Reto Dubach

ehem.
Regierungsrat
Kanton
Schaffhausen

Was gehört für Sie zur Bodenseeregion? Wo beginnt sie, wo hört sie auf?

Auf Schweizer Seite umfasst die Bodenseeregion all die Kantone, welche Mitglied der Internationalen Bodensee-Konferenz (IBK) sind, wobei ich bei den grossen Kantonen differenzieren würde. Teile des Kantons Zürich – etwa Winterthur und Bülach – gehören für mich ebenfalls dazu. Beim Kanton St.Gallen würde ich das ähnlich sehen und den südlichen Teil, der an den Kanton Graubünden grenzt, nicht mehr hinzurechnen. Im Hinblick auf die institutionellen Strukturen der Zusammenarbeit in der Region ergibt sich jedoch ein anderes Bild.



Hier sind St.Gallen und natürlich auch Zürich vollwertige und wertvolle Partner, die eine Verbindung des Bodenseeraums zur Metropolitanregion Zürich herstellen. Auf deutscher Seite habe ich den Bodenseeraum relativ grosszügig nach Norden hin abgegrenzt, allerdings kenne ich hier die regionalen Identitäten weniger.

Bitte vervollständigen Sie: Die Bodenseeregion ist für mich...?

... eine sehr attraktive Region, weil wir hier einen vielfältigen Mix an touristischen und kulturellen Highlights, eine bedeutsame Wissensregion mit einer reichhaltigen Hochschullandschaft und einen

sehr lebendigen Wirtschaftsraum mit überregional bedeutsamen Clustern haben. Gerade diese Mischung macht die Attraktivität und Einzigartigkeit des Raums aus. Für mich ist die Region Heimat, aus der ich stamme und in der ich mich wohl fühle. Die Lebensqualität ist hier auf einem so hohen Niveau, dass eine Alternative fast nicht besser sein kann.

Mit welchen fünf Adjektiven würden Sie den derzeitigen Zustand der grenzüberschreitenden Kooperation beschreiben?

Ich muss vorwegschicken, dass ich seit 2017 in diesem Bereich nicht mehr an vorderster Front tätig bin. Insofern kann ich die letzten zwei, drei Jahre schlecht beurteilen. Ich habe die Kooperationen innerhalb der Bodenseeregion, insbesondere natürlich auch innerhalb der Internationalen Bodensee-Konferenz (IBK), zu meiner Zeit in der Schaffhauser Regierung als sehr nützlich und wertvoll empfunden. Der Kontakt mit Vertreter:innen der anderen Kantone und Länder war immer sehr aufrichtig, unkompliziert und direkt. Ich finde, wir haben innerhalb der Bodenseeregion eine sehr gute, offene Gesprächskultur. Das darf allerdings nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Projekte unter anderem aufgrund der unterschiedlichen Gesetzgebungen sehr komplex werden können. Dann gibt es neben den nationalen auch inhaltliche Grenzen. Ein Lehrstück war für mich die Idee eines grenzüberschreitenden Gewerbeparks im Kanton Schaffhausen mit einer deutschen Nachbarkommune. Da hatten sich die Partner schon gefunden, aber weil vor allem auf deutscher Seite das höherrangige EU-Recht sowie das Sozial- und Arbeitsrecht sehr viele Hindernisse mit sich brachten, ist das Projekt am Schluss gescheitert.

Worin liegt für Sie der Wert der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit in der Bodenseeregion?

Es konnten viele gemeinsame Projekte realisiert werden. Ein schönes Beispiel ist für mich der Verbund der Internationalen Bodensee-Hochschule (IBH). Er kommt den Forschenden und Studierenden

in der Region und darüber hinaus zugute. Im Verkehrsbereich würde ich das Bodensee Ticket nennen, von dem die ganze Bevölkerung profitieren kann. Die Geburtsstunde der Internationalen Bodensee-Konferenz (IBK) war ja der gemeinsame Wille, die Wasserqualität des Bodensees zu sichern. Hierzu wurden die verschiedensten Projekte durchgeführt. Seither hat sich der Tätigkeitsbereich der IBK massiv ausgeweitet, was angesichts neuer Herausforderungen richtig und wichtig ist. Im Zentrum steht aber auch heute noch der Wille, gemeinsam die Verantwortung für diesen Lebens- und Wirtschaftsraum wahrzunehmen. Wichtig ist dabei, dass die Grenze nicht separiert, sondern dass man versucht, das Gemeinsame zu zeigen und gemeinsam nach Lösungen zu suchen. Was ich immer als sehr wertvoll angesehen habe, ist der Erfahrungsaustausch und das Lernen voneinander, beispielsweise durch den Austausch von Best Practice. Auch deswegen habe ich die Kontakte über die Grenze hinweg immer ausserordentlich geschätzt. Man schafft damit gegenseitiges Verständnis für teilweise unterschiedliche Standpunkte. Durch diesen direkten, unkomplizierten Austausch über die Grenze hinweg entsteht gegenseitiges Vertrauen. Ich glaube, Zusammenarbeit in der Krise ist nur möglich, wenn man Vertrauen in den/die Partner:in hat. Ist das nicht vorhanden, ist eine Zusammenarbeit, gerade in Krisenzeiten, ausserordentlich schwierig.

Worin sehen Sie die grössten Stärken der heutigen Governance-Strukturen und worin die grössten Schwächen?

Ich glaube, der Vorteil liegt darin, dass wir etwa mit der Internationalen Bodensee-Konferenz (IBK) eine vergleichsweise lockere Organisation haben, die vom gegenseitigen Willen zur Zusammenarbeit geprägt ist. Für die Schweiz benutzen wir den Begriff der Willensnation. Dieser Begriff passt wohl sinngemäss sehr gut für den Bodenseeraum, da die Organisation und Zusammenarbeit vom gemeinsamen Willen geprägt ist, Verantwortung für die Region zu übernehmen, was der Schweizer Mentalität entgegenkommt. Diese Mentalität hat auch den Vorteil, dass sie nicht allzu bürokratisch ist und auf gegenseitigem Vertrauen aufbaut. Hierin sehe ich eine sehr

gute und starke Grundvoraussetzung für die Zusammenarbeit. Sie ist nicht künstlich, sondern organisch und mit Herz gewachsen. Zwar hatte ich gegen Ende meiner Amtszeit das Gefühl, dass es immer komplizierter wird. Allerdings haben sich auch die Herausforderungen geändert – etwa mit dem technologischen Wandel und der Digitalisierung. Ein Nachteil der bestehenden Strukturen mag sein, dass sie Einstimmigkeit erfordern. Das ist ein Punkt, der die Entscheidungsfindungen erschwert. Ich habe jedoch festgestellt, dass bei klaren Mehrheitsverhältnissen fast immer Lösungen gefunden werden konnten.

Wie nehmen Sie in diesem Netzwerk die IBK wahr? Welche Rolle nimmt sie für die Zusammenarbeit ein, und worin sehen Sie ihren Mehrwert?

Die IBK ist für mich die zentrale Organisation in der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit. Das liegt schon an ihrer Zusammensetzung: In der Regierungschefkonferenz ist die Exekutive vertreten. Und die Wahrnehmung der Aussenbeziehungen ist eine klassische Exekutivfunktion.

Wie hat sich die grenzüberschreitende Zusammenarbeit in den letzten 20 Jahren verändert?

In den 1990er-Jahren haben die Aussenbeziehungen in den Ländern und Kantonen einen grösseren Stellenwert erhalten. Ein gutes Beispiel dafür ist mein Kanton Schaffhausen: Hier spielt die extreme Grenzlage eine wesentliche Rolle. 150 der 180 Kilometer Grenze teilen wir uns mit Deutschland und nicht mit der Schweiz. Von daher ist bei uns immer mehr die Einsicht gewachsen, dass wir die grenzüberschreitende Zusammenarbeit forcieren müssen. Das hatte auch organisatorische Folgen; so wurde für die Aussenbeziehungen innerhalb der kantonalen Verwaltung eine bei der Staatskanzlei angesiedelte Koordinationsstelle geschaffen. Zur gleichen Zeit ist der Kanton Schaffhausen der Hochrheinkommission beigetreten, in

der sich der Kanton Aargau und die beiden deutschen Landkreise Waldshut und Lörrach zusammengetan hatten. Zudem haben wir uns stärker in die IBK eingebracht sowie in die Randenkommission, der neben dem Kanton Schaffhausen die drei angrenzenden Landkreise Konstanz, Schwarzwald-Baar und Waldshut angehören. Insofern gab es seinerzeit schon eine gewisse Aufbruchstimmung. Die Themen der Zusammenarbeit im Bodenseeraum haben sich wie bereits erwähnt, im Lauf der Zeit geändert. Während am Anfang die Gewässerfragen grossen Raum einnahmen, gab es anschliessend eine Phase, in welcher der Kultur- und Bildungsbereich eine wichtige Rolle gespielt haben – etwa mit dem Förderpreis der IBK, der Organisation von Künstler:innenbegegnungen oder der Gründung der Internationalen Bodensee-Hochschule (IBH). Danach rückten Wirtschaftsfragen und der Verkehrsbereich in den Fokus. Gleichzeitig nahmen etwa zwischen 2010 und 2015 die finanziellen Möglichkeiten gerade für die Schweizer Kantone deutlich ab, da die Haushalte unter grossem Sparzwang standen. Diese Sparpakete haben innerhalb der Kantone die politischen Debatten vielerorts geprägt und vermehrt zu einer nutzenorientierten Argumentation geführt. In einem Klima, in dem man bei vielen Projekten den Rotstift angesetzt hat, sind die Aussenbeziehungen und zunehmend auch konkrete Vorhaben in der Bodenseeregion unter Druck geraten, denn bei grenzüberschreitenden Projekten profitiert mal der eine mehr und mal die andere. Wenn man bei Sparprogrammen nur noch das einzelne Projekt isoliert betrachtet, kommen diejenigen Projekte unter die Räder, die im Einzelfall eine etwas ungünstigere Nutzenbilanz aufweisen. Hinzu kam zu dieser Zeit eine gewisse Ernüchterung, dass sich einige Projekte nicht im gewünschten Umfang realisieren liessen.

Welche Rolle spielen übergeordnete Einflüsse, wie die europäische Integrationspolitik und die globale Politik?

Strömungen wie «America first» gibt es heutzutage überall; in der Schweiz kommen die europaskeptischen Tendenzen gewisser Kreise hinzu. Das wird gerne als Argument gegen grenzüberschreitende Kooperationen ins Feld geführt.

Was sind Ihrer Ansicht nach die grössten Herausforderungen, mit denen die Region aktuell und in den kommenden fünf Jahren konfrontiert sein wird?

Ziel sollte es sein, in den nächsten Jahren Projekte zu realisieren, welche für die Einwohner:innen der Bodenseeregion direkt oder zumindest indirekt mit einem Mehrwert verbunden sind. Von den Themen her sehe ich die Digitalisierung als eine wesentliche Herausforderung. Ich glaube, es wird nötig sein, dass wir uns dieses Themas annehmen und eine bodenseeweite Digitalisierungsinitiative in die Wege leiten. Auch der Bereich Verkehr und Mobilität ist angesichts der Problemlagen, wie sie teilweise rund um den Bodensee zu beobachten sind, ein wichtiges Thema. Eine ungelöste Herausforderung bleibt für mich der Umgang mit konfliktbehafteten Themen wie Fluglärm, grossflächiger Einzelhandel oder die Endlagerung von radioaktiven Abfällen. Zu meiner aktiven Zeit sind diese Themen innerhalb der IBK nicht in grossem Umfang bearbeitet worden. Es ist schon bilateral ausserordentlich schwierig, darüber zu sprechen, da es selbst zwischen Kantonen zu erheblichen «Verwerfungen» kommen kann. Deshalb ist das Konstrukt der IBK mit der geforderten Einstimmigkeit für Beschlüsse weniger geeignet, um über Themen zu sprechen, bei denen starke Interessengegensätze existieren.

Wie sieht die grenzüberschreitende Zusammenarbeit in 20 Jahren idealerweise aus?

Insgesamt haben sich die Strukturen bewährt. Zahlreiche Vorhaben konnten verwirklicht werden. Die nationalen Grenzen im Bodenseeraum bestehen; umso wichtiger ist und bleibt die grenzüberschreitende Zusammenarbeit, zumal die Regionen immer mehr zusammenwachsen. Die IBK als Konferenz der zuständigen Regierungschef:innen wird deshalb für die weitere Entwicklung des Bodenseeraums auch in Zukunft eine wichtige Rolle spielen. Vielleicht sollte man hier, um in Zukunft vermehrt konfliktbeladene Themen ebenfalls bearbeiten zu können, einen «Streitschlichtungsmechanismus» einbauen.



© Foto Dr. Reto Dubach

Dr. Reto Dubach



Andrea Kaufmann

Bürgermeisterin Stadt Dornbirn, Vorsitzende Internationaler Städtebund Bodensee (ISB)

Was gehört für Sie zur Bodenseeregion? Wo beginnt sie, wo hört sie auf?

Die Bodenseeregion ist für mich das Gebiet rund um den Bodensee. Dornbirn liegt zwar nicht direkt am Bodensee, aber wir sind trotzdem aufgrund der relativen Nähe Mitglied im Internationalen Städtebund Bodensee (ISB). Auf deutscher Seite erstreckt sich die Region für mich etwa bis nach Ravensburg und in der Schweiz etwa bis Winterthur. Weiter entfernt fühlen sich die Leute nicht mehr der Bodenseeregion zugehörig.



Das Verbindende in der Bodenseeregion sind für mich die gemeinsame Sprache und Kultur. Vieles ist dabei auf die Geschichte zurückzuführen. Die europäische Integration hat uns nach der Bildung der Nationalstaaten wieder näher zusammenrücken lassen und wir erkennen diese Gemeinsamkeiten im täglichen Austausch wieder mehr. Die Menschen in der Region – vor allem der jüngeren Generation – bewegen sich heute ganz selbstverständlich grenzüberschreitend. Es ist aber auch wichtig, dass wir mit Institutionen wie dem Internationalen Städtebund Bodensee (ISB) die Zusammenarbeit strukturiert fördern.

Bitte vervollständigen Sie: Die Bodenseeregion ist für mich …?

Das Besondere der Bodenseeregion ist für mich ihre Lage im Dreiländereck. Das haben wir besonders im Zuge des Bewerbungsprozesses Dornbirns zur europäischen Kulturhauptstadt gemerkt. Hier war nicht nur die Region Vorarlberg dabei, sondern wir haben die Fühler auch in die Nachbarregionen wie die Schweiz, Deutschland und Liechtenstein ausgestreckt. In allen vier Ländern wird die gleiche Sprache gesprochen, sodass die Verständigung kein Problem ist. Das ist europaweit einzigartig, denke ich. Deutschland, Österreich, die Schweiz und Liechtenstein sind jedoch unterschiedlich organisierte Staaten mit divergierenden Kompetenzregelungen. Das Nebeneinander von EU-Mitgliedstaaten und EU-Ausland macht die Zusammenarbeit in der Region herausfordernd und sehr speziell. Die Sprache ist ein wichtiges verbindendes Element, und der See an sich kann sowohl trennen als auch verbinden. Landschaftlich ist die Region durch den Bodensee etwas Besonderes. Wir haben in Vorarlberg den See und die Berge in unmittelbarer Nähe. Wir können gleichzeitig den See mit seinen Freizeitmöglichkeiten und die Berglandschaft als Wander- und Skigebiet geniessen. Zumindest im nördlichen Vorarlberg ist der See ein wichtiger Bestandteil der Freizeitgestaltung. Die Region ist für mich mit einer besonderen Lebensqualität verbunden und der Bodensee ist ein wichtiger Teil meiner Heimat.

Worin liegt für Sie der Wert der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit in der Bodenseeregion?

Ich bin ein Fan von Kooperation, Zusammenarbeit und von Vernetzung insgesamt, weil ich auch überzeugt bin, dass man ganz viel voneinander lernen kann. Aber ich habe das Gefühl, dass die Bevölkerung nicht wirklich merkt, ob eine Zusammenarbeit über die Grenzen hinweg passiert. Im Alltag nimmt man eher den Einkaufstourismus wahr, man geht mal nach Lindau am See spazieren oder nach St.Gallen zum Stadtbummel. Aber dass es auf der politischen

Ebene oder zwischen Verwaltungen eine intensive Zusammenarbeit gibt, nimmt die Bevölkerung kaum wahr. Ich selbst habe die grenzüberschreitende Kooperation das erste Mal kennengelernt, als ich 2009 in die Vorarlberger Landesregierung eingetreten bin. In meiner Funktion als Landesrätin habe ich mich auch in der Zusammenarbeit im kulturellen Bereich engagiert, beispielsweise im Rahmen der IBK. Diese Zusammenarbeit hat für mich eine grosse Relevanz. Sie hat sich aber nach meiner Wahrnehmung auf einer relativ hohen Flughöhe, eben zwischen den Ländern, bewegt. Diese Zusammenarbeit auf Künstler:innen und Kulturschaffende auszudehnen oder für die Bevölkerung spürbar zu machen, muss unser Ziel für die kommenden Jahre sein.

Worin sehen Sie die grössten Stärken der heutigen Governance-Strukturen und worin die grössten Schwächen?

Die Zusammenarbeit, die für die Bevölkerung spürbar ist, passiert vor allem auf Gemeindeebene. Daher müssen wir diese Kooperationen stärker von der Landes- auf die Gemeindeebene bringen. Mit dieser Motivation engagieren wir uns seitens der Stadt Dornbirn beim Internationalen Städtebund Bodensee (ISB) und haben dort auch die Zusammenarbeit mit der IBK verstärkt. Es gibt, was den inhaltlichen Austausch angeht, noch eine grosse Lücke zwischen der IBK und dem ISB. Und auch was im ISB im Austausch zwischen den Städten passiert, wird zu wenig in die Gemeinden weitergetragen. Das müsste zukünftig noch besser verankert werden. Auf der anderen Seite ist es uns in den vergangenen Jahren im ISB gelungen, die Zusammenarbeit zwischen den Städten länderübergreifend zu stärken.

Welche Rolle nimmt die IBK für die Zusammenarbeit ein, und worin sehen Sie ihren Mehrwert?

Der grenzüberschreitende Erfahrungsaustausch zwischen den Städten hat bei vielen Themen sehr gut funktioniert – beispielsweise was den Austausch zum Umgang mit Geflüchteten oder die Themen

Digitalisierung der Verwaltung, Stadtentwicklung, Wohnraumentwicklung und gemeinnützigen Wohnbau oder auch Bildung angeht. Welche Ansätze gibt es auf der deutschen, österreichischen oder Schweizer Seite, und wie werden diese Themen angegangen? In diesem Zusammenhang haben wir schon viele Grenzen erkannt, weil die Kompetenzen sehr unterschiedlich geregelt sind und sich die gesetzlichen Grundlagen unterscheiden. Und trotzdem hat ein solcher kommunaler Erfahrungsaustausch einen Mehrwert, weil man praktische Beispiele kennenlernt und dabei voneinander lernt. Wir haben daher viele Dinge übernehmen können. Aber es ist auch auf der Gemeindeebene Knochenarbeit und mitunter mühsam und umso schwieriger auf der Ebene der IBK. Ich denke, im universitären Bereich funktioniert die grenzüberschreitende Kooperation mit der Internationalen Bodensee-Hochschule (IBH) und den vielen Kooperationsprojekten schon gut. Aber das ist, wie gesagt, auf einer Flughöhe, wo die Menschen, die in der Region leben, davon zu wenig spüren.

Wie nehmen Sie in diesem Netzwerk die IBK wahr?

Die IBK-Gremien sind, beispielsweise im Kulturbereich, sehr aktiv. Aber als Bürgermeisterin muss ich sagen, ich wüsste wenige Kolleg:innen, die etwas davon wissen oder bei denen Impulse aus der Länderebene auf kommunaler Ebene ankommen. Daher habe ich mich bemüht, das besser zu verknüpfen und dazu beizutragen, dass die Zusammenarbeit auch zwischen Gemeinden und Ländern besser wird. Es liegt vermutlich daran, dass die IBK ein in sich geschlossener Kreis auf Länder- und Kantonsebene ist und der Städtebund wiederum auf der Städteebene. Dazwischen ist noch viel ungenutzter Raum für eine bessere Zusammenarbeit. Als die IBK ihr neues Leitbild formuliert hat, haben wir von kommunaler Seite versucht, die Rolle der Gemeinden für die Umsetzung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit dort stärker zu verankern. In den Kommunen spielt sich schliesslich das Leben ab und daher müssen diese im Prozess der Kooperation mitgenommen werden. Ich denke, dass dies erkannt wurde und es jetzt schon in die richtige Richtung geht, aber auch zukünftig weiter eine Aufgabe bleiben wird.

Wie hat sich die grenzüberschreitende Zusammenarbeit in den letzten 20 Jahren verändert?

Ich habe festgestellt, dass sich die Zusammenarbeit in den vergangenen Jahren zwischen den Kommunen im Internationalen Städtebund Bodensee (ISB) verbessert hat. Hier gehen wir das Thema offensiver an und wollen mehr vernetzen. Grundsätzlich habe ich das Gefühl, dass viel in die Kooperation investiert wird und es sehr viele Akteur:innen gibt, die sich darum bemühen. Aber der Output an echter Zusammenarbeit oder Kooperation ist im Verhältnis noch gering. Mit grenzüberschreitenden Projekten, etwa zum Thema digitale Verwaltung, gehen wir einzelne Themen an, aber es ist sicherlich noch mehr möglich. Aktuell hat uns Corona zurückgeworfen. Für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit ist Corona nach meiner Wahrnehmung ein riesiger Rückschlag. Wenn man die Grenze nicht überschreiten darf, wird die Kooperation natürlich im Keim erstickt. Da hoffen wir, dass das wieder besser wird.

Was sind die grössten Errungenschaften der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit in der Bodenseeregion in den letzten 20 Jahren?

Da fällt mir zuerst die Bewerbung Dornbirns zur Europäischen Kulturhauptstadt ein. Wie bereits angesprochen, haben wir im Bewerbungsprozess sehr gute Kontakte in die Schweiz oder nach Deutschland geknüpft. Das übergreifende Thema der Bewerbung war, wie wir in 20 Jahren in der Bodenseeregion leben wollen und wie man das gemeinsam mit allen Städten und Regionen rund um den Bodensee voranbringen kann, beispielsweise mit einem gemeinsamen Kulturkalender. Wir wurden während der Bewerbung oft gefragt, warum wir uns auf diesen aufwendigen Prozess eingelassen haben. Da konnten wir deutlich machen, dass das für uns eine gute Gelegenheit war, ausserhalb des Alltagsgeschäfts über den Tellerrand zu schauen, den Blick zu weiten und eine gemeinsame

Vision zu entwickeln. Im Alltag gelingt es oft nicht, diese Flughöhe zu erreichen und über den engen, eigenen Aufgabenbereich hinaus grösser zu denken. Ein solches Vorgehen könnte meines Erachtens auch ein Ansporn und ein Mehrwert für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit sein.

Welche Rolle spielen übergeordnete Einflüsse, wie «America first», der Bedeutungsgewinn des Nationalstaats und der Rückgang des europäischen Integrationsgedankens?

Solche Entwicklungen haben sicherlich einen Einfluss. In Vorarlberg haben wir aber eine Sondersituation innerhalb Österreichs, gerade durch die geografische Lage im äussersten Westen. Vorarlberg hat sich schon immer stärker auf seine westlichen Nachbarn und die Bodenseeregion fokussiert als in Richtung Osten. So gab es beispielsweise während meiner Zeit in der Landesregierung regelmässige Regierungstreffen mit St.Gallen und Liechtenstein, aber nie mit Tirol oder Salzburg. Auf der anderen Seite nehme ich deutlich wahr, dass die Grenze mitunter als Barriere wahrgenommen wird, die auch das Alltagsverhalten prägt – und das gilt nicht nur in Corona-Zeiten. Von meinem Wohnort Dornbirn sind es mit dem Auto gerade einmal fünf Minuten bis zur Schweizer Grenze. Dennoch kommt es selten vor, dass ich in der Freizeit in die Schweiz fahre – von gelegentlichen Bergtouren abgesehen. Auch der Rhein wirkt hier als Barriere. Ein bisschen anders ist es vielleicht beim Einkaufsverhalten. Aus Vorarlberger Perspektive spielen in der Schweiz das Einkaufszentrum Rheinpark oder vielleicht St.Gallen eine gewisse Rolle, und die Schweizer Bevölkerung kommt ebenfalls zu uns. Insgesamt hat die Grenze also eher eine psychologische Wirkung. Man ist noch nicht so weit, dass man selbstverständlich im Grenzraum unterwegs ist. Das gilt nach meiner Wahrnehmung für alle Seiten. Ein weiteres Beispiel, das diesen Grenzeffekt illustriert, ist die Wahl des Studienortes. Ich habe beispielsweise seinerzeit in Konstanz studiert, rund eine Stunde von meinem Heimatort Dornbirn entfernt, und habe in vier

Jahren keinen einzigen Studierenden aus Vorarlberg getroffen. Fast alle Studienwilligen aus Vorarlberg gehen nach Innsbruck. Das ist schon bezeichnend!

Welche Rolle hat die IBK in den vergangenen 20 Jahren gespielt?

Wäre ich nicht in der Landesregierung gewesen, wüsste ich wahrscheinlich gar nicht, dass es die IBK gibt. Das geht wahrscheinlich vielen so. Jetzt, als Bürgermeisterin, verfolge ich auch nicht mehr alles, was in der IBK passiert – bis auf das, was ich vom Internationalen Städtebund Bodensee (ISB) mitbekomme. Hier haben wir einen sehr engen Austausch: Der IBK-Vertreter ist immer bei uns in den Sitzungen präsent und auch umgekehrt. Wir versuchen zu verstärken, aufeinander zuzugehen und zu schauen, dass man die Aktivitäten besser abgleicht. Wir als Städte, Bürgermeister:innen beziehungsweise Stadtpräsident:innen haben festgestellt, dass die Verantwortlichen der IBK in den letzten zwei, drei Jahren wesentlich bemühter waren, die Städte und Gemeinden einzubinden. Das haben alle als sehr positiv empfunden. Es geht im Prinzip ja nur gemeinsam. Man sollte diesen Weg weitergehen und die Aktivitäten noch stärker miteinander verknüpfen. Zu schauen, dass man wirklich zwischen Gemeinden und Städten gemeinsam grenzüberschreitende Projekte entwickelt, weil hier viele Fragen konkret umgesetzt werden können. Daher bin ich überzeugt, dass die Betonung der kommunalen Ebene für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit richtig ist. Das wird auch im neuen Leitbild der IBK klarer zur Sprache gebracht.

Was sind Ihrer Ansicht nach die grössten Herausforderungen, mit denen die Region aktuell und in den kommenden fünf Jahren konfrontiert sein wird?

Das sind einmal die unterschiedlichen Voraussetzungen zwischen den Ländern, auch was die Kompetenzen angeht. Das sieht man bei gemeinsamen Projekten. Wenn es im Detail um die Umsetzung geht,

merkt man, dass es dann an vielen Stellen hakt und pragmatische Lösungen gefragt sind. Kooperation funktioniert immer dann, wenn Menschen sich gut verstehen. Das ist eine alte Weisheit. Man kann sich in der Theorie die schönsten Kooperationen ausdenken, aber wenn die Menschen nicht wollen und sich nicht zusammenfinden, wird nichts passieren. Wenn man initiative Menschen auf beiden oder auf allen drei Seiten hat, kann sehr viel entstehen. Daher lassen sich Herausforderungen allgemein schwer formulieren. Es braucht eben immer aktive «Zugpferde», die Kooperation auch voranbringen und mit Herzblut dabei sind.

Könnten strukturelle Rahmenbedingungen das Ganze befördern?

Es kommt zwar immer auf die Strukturen an, aber es ist schwierig, zuerst Strukturen zu schaffen und dann zu hoffen, dass inhaltlich mehr passiert. Im Prinzip wäre der Idealfall, dass viel passiert. Aktuell passiert so viel, dass man Strukturen schaffen muss, um die Nachhaltigkeit zu sichern. Aber braucht es wirklich noch mehr Strukturen? Ich finde, wir haben schon relativ viele Strukturen, was IBK, ISB, etc. betrifft. Ich denke, auf der Ebene der IBK selbst funktionieren diese Rahmenbedingungen auch ganz gut. Aber wenn man von der Ebene der Länder und Kantone ein bisschen mehr zu den Kommunen oder der Bevölkerung durchdringen will, dann muss man sich wahrscheinlich neue Wege und Formate überlegen. Die Frage ist ja, was der Anspruch der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit ist. Was will man gemeinsam im Bodenseeraum erreichen und was kann man vielleicht auch nicht erreichen? Diese Fragen sind wichtig zu beantworten, bevor man Strukturen ändert und versucht, die richtigen Leute zusammenzubringen.

Was sind für Sie die wichtigsten Themen der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit in der Bodenseeregion?

Für mich spielt der Kulturbereich eine wichtige Rolle, um die Menschen über die Grenzen hinweg zusammenzubringen. Es geht um bessere Vernetzungen – auch zwischen den Gemeinden, was wir

jetzt schon versuchen. Wichtig erscheint mir ebenfalls die Zusammenarbeit im Bereich der Wissenschaft und der Hochschulen. Wir haben herausragende Universitäten rund um den Bodensee, die in der IBH vernetzt sind. Und es geht darum, die Bodenseeregion als Lebens- und Arbeitsort zu stärken. Die Bodenseeregion bietet eine einzigartige Lebensqualität und ist auch als Wirtschaftsstandort extrem attraktiv. Es müsste ein gemeinsames Ziel sein, sich als Zuzugsgebiet gerade auch für junge Menschen zu positionieren. Dazu braucht es natürlich entsprechende Angebote im wirtschaftlichen Bereich; innovative Firmen, die Arbeitsplätze anbieten. Es gehört zudem eine breite Palette an weichen Standortfaktoren dazu – von der Familienfreundlichkeit bis zu einem breit gefächerten kulturellen und sportlichen Angebot. Bei dieser Frage ist doch manchmal ein Konkurrenzdenken zwischen den einzelnen Regionen im Bodenseeraum spürbar und das gemeinsame Ziel, die gesamte Region weiterzubringen, steht zu wenig im Vordergrund. Wir haben das schon oft unter den Städten besprochen. Eigentlich wäre es ja richtig, bei Betriebsansiedlungen zu sagen: es ist völlig egal, wo in der Bodenseeregion sich ein Unternehmen niederlässt, weil jeder Ort in einer halben bis einer Stunde Fahrtzeit erreichbar ist. Hauptsache ist, dass wir einen tollen Betrieb für die Region gewonnen haben, denn das stärkt die Region insgesamt. Aber diese regionale Perspektive ist schwierig vor Ort zu vermitteln, schon innerhalb der Vorarlberger Gemeinden. Wahrscheinlich ist das in Deutschland oder der Schweiz nicht anders. Und grenzüberschreitend ist diese Argumentation noch schwieriger. Da muss man wahrscheinlich noch viele Barrieren abbauen. Wir benötigen ein gemeinsames Ziel, eine gemeinsame Vision, wie diese Region in zehn Jahren dastehen soll, die auch benennt, welchen Beitrag jeder dazu leisten kann. Damit würde man wahrscheinlich auf einen gemeinsamen Weg kommen.

Wie könnte so eine Vision aussehen? Welche Merkmale hätte sie Ihrer Wunschvorstellung nach?

Ohne einem solchen Prozess jetzt vorgreifen zu wollen: Die Region muss als Wohn- und Arbeitsort attraktiv sein und die entsprechenden Angebote vorweisen. Dazu gehört etwa, dass die

jungen Menschen nach ihrem Studium, beispielsweise in Wien, gerne wieder in ihre Heimat zurückkehren, wenn sie einen Job suchen oder eine Familie gründen. Wir müssen etwas gegen den Braindrain von akademisch gebildeten Menschen ausrichten. Obwohl wir schon sehr attraktiv sind, bin ich mir sicher, dass wir erfolgreicher sein könnten, wenn uns der Zusammenschluss über den Bodensee noch besser gelingt.

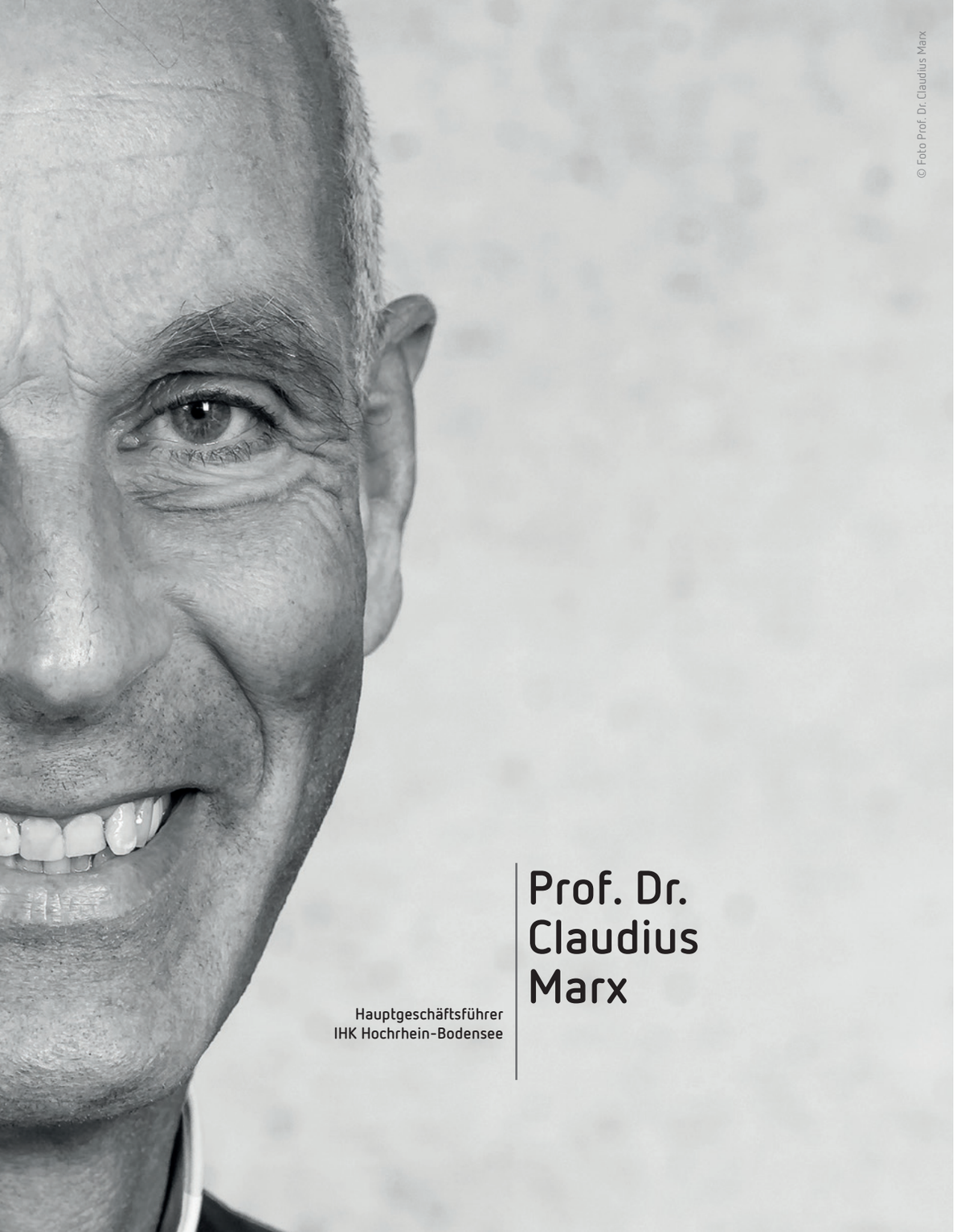
Welche Strukturen bräuchte es, um sich diesem Zukunftsbild anzunähern?

Ich habe mich in den vergangenen Jahren stark für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit engagiert und immer versucht, viel zu vernetzen und möglichst viel zu geben. Aber dieses Interesse ist eben nicht bei allen Akteur:innen gleich. Ich denke, man müsste die Menschen, die sich für die Region, für Europa interessieren und engagieren, zusammenbringen. Wahrscheinlich braucht es in den verschiedenen Handlungsfeldern überzeugende Pilotprojekte, die wirklich etwas bewegen, Vorbildcharakter haben und zur Nachahmung einladen. Ein konkretes Thema, über das wir im Kreis der Kommunen schon nachgedacht haben, ist die Mobilität. Hier gibt es noch viele Verbesserungsmöglichkeiten – etwa eine bessere Abstimmung und neue Angebote im Bahnverkehr. Oder der Schiffsverkehr: Gäbe es Schnellschiffverbindungen über den Bodensee, etwa zwischen Bregenz und Konstanz, würden sich viele neue Möglichkeiten ergeben und der Austausch innerhalb der Region würde befördert. Aktuell ist es doch oft mühsam, auf der anderen Seite der Grenze ein Event zu besuchen oder einen Besuch zu machen, selbst wenn der Ort nur wenige Kilometer entfernt ist. Ich bin mir sicher: Eine leichtere Erreichbarkeit innerhalb der Region würde eine gemeinsame Identität und das Zusammengehörigkeitsgefühl im Bodenseeraum stärken.



© Foto StudioFasching

Andrea Kaufmann



© Foto Prof. Dr. Claudius Marx

Prof. Dr. Claudius Marx

Hauptgeschäftsführer
IHK Hochrhein-Bodensee

Was gehört für Sie zur Bodenseeregion? Wo beginnt sie, wo hört sie auf?

Die entscheidende Determinante bei dieser Frage ist für mich die Geografie. Sie bestimmt die Verkehrswege, die Siedlungs- und die Wirtschaftsentwicklung – und nicht etwa umgekehrt. Das gilt für die historische Entwicklung der Region, aber auch für die Gegenwart. Meine Karte der Bodenseeregion ist in der Folge etwas kleiner als die IBK-Gebietskulisse. Da gehören für mich die unmittelbaren Bodenseeanrainer dazu – also die Kantone Appenzell, St.Gallen und der Thurgau und auf deutscher Seite die Landkreise Konstanz, Bodenseekreis und Lindau.



Die zweite Grösse ist dann der Rhein: Das Vorarlberger Rheintal und der beginnende Hochrhein. An den Rändern ist es nach meinem Empfinden ein bisschen eher gewollt als gegeben. Das sind der Kanton Schaffhausen, der Landkreis Sigmaringen, das Allgäu mit Kempten. Und die schwierigste Frage ist der Kanton Zürich. Ist das noch Bodenseeregion, oder ist das nicht eher etwas, was wir uns wünschen, dass es auch Bodenseeregion sein möge? In dem Moment, wo ich Zürich, den Kanton und die Stadt Zürich zum Bodensee

dazuzähle, sehen alle Zahlen und Parameter für diese Region schlagartig anders aus. Da muss man aufpassen, dass man nicht so denkt, wie man es gerne hätte, sondern so, wie es wirklich ist.

Bitte vervollständigen Sie: Die Bodenseeregion ist für mich…?

… das nördliche Pendant zu den oberitalienischen Seen und dem wirtschaftlich extrem erfolgreichen Gürtel von Turin über Mailand bis Venetien. Da gibt es nach meiner Wahrnehmung eine Parallele. Die beiden Voralpenregionen südlich und nördlich des Alpenhauptkamms – das sind kulturell, wirtschaftlich, geografisch, klimatisch gesegnete Gegenden. Im Süden Deutschlands sind das eben unsere Region und Bayern und in Italien ist es dieser nördliche Bogen von Turin bis nach Venedig, von dem wir wissen, dass er im Grunde ganz Italien am Laufen hält. Das ist eine extrem produktive und prosperierende Region, was nach meinem persönlichen Empfinden auch etwas mit Geografie zu tun hat. Das sind einfach mit die schönsten und die besten Gegenden, die es nach meiner Erfahrung gibt. Zu Ihrer Frage, warum ich hier lebe, habe ich mir deshalb mit einem zwinkernden Auge notiert: Ich lebe hier, weil es mit Oberitalien und dem Tessin nicht geklappt hat [lacht].

Mit welchen Adjektiven würden Sie den derzeitigen Zustand der grenzüberschreitenden Kooperation beschreiben?

Da würde ich vier Attribute nennen: Die ersten beiden lauten «motiviert» und «engagiert» und die zweiten heissen «kompliziert» und «durchaus ausbaufähig». Das erste Doppel mache ich an der Vielzahl von grenzüberschreitenden Initiativen und Netzwerken fest. Man kann den Willen überall spüren. Wenn man selbst in diesem Metier unterwegs ist, trifft man durchweg auf motivierte Gegenüber. Es mangelt also nicht an gutem Willen, es mangelt auch nicht am Engagement. Es wird an vielen Stellen gebohrt und auch mit einer grossen Resilienz gearbeitet, weil ja vieles von dem, was wir machen, sich als zäh und widerspenstig darstellt. Es ist jedoch nicht

so, dass die Akteur:innen resigniert hätten – deswegen: «motiviert und engagiert». Aber aufgrund der politischen Unterschiede ist die Zusammenarbeit eben auch kompliziert. Wir haben im Grunde das komplette Sammelsurium. Wir haben die EU und eine EU-Aussengrenze, den EWR und die EFTA. Wir haben unterschiedliche Währungen, unterschiedliche Rechts- und Steuersysteme. Wir haben also die fast maximal denkbare Komplexität an rechtlichen und wirtschaftlichen Gegebenheiten und tun uns deswegen schon schwer, diese Handicaps zu überwinden oder zumindest unproblematischer zu gestalten. Deswegen ist eben beides wahr. Es gibt ein grosses Engagement, einen guten Willen. Es gibt eine hohe Ausdauer im Umgang mit diesen Dingen. Aber es ist auch ein Schwimmen gegen den Strom.

Worin liegt für Sie der Wert der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit in der Bodenseeregion?

Es gibt eine schöne Formulierung, die leider nicht von mir ist, die ich aber schon angetroffen habe, als ich in die Region und in den Job kam. Es ist nach wie vor eine schöne Formulierung, die besagt, dass es darum geht, aus mehreren Peripherien eine neue Zentralität zu formen – also das Handicap nationaler Randlagen umzuformen in eine internationale, grenzüberschreitende Zentralität. Mit der Folge, dass sich jede/r Einzelne nicht am Ende seines Landes fühlt, sondern im Mittelpunkt einer Region. Es geht also um den Dualismus zwischen einer Vielzahl von Peripherien und auf der einen Seite und dem Zielbild eines einheitlichen, regionalen Selbstverständnisses auf der anderen Seite. Das ist für mich der Mehrwert, den es zu erreichen und zu erhalten gilt.

Worin sehen Sie die grössten Stärken der heutigen Governance-Strukturen und worin die grössten Schwächen?

Der Unterschied der Bodenseeregion zu anderen Grenzräumen, etwa dem Dreiländereck Basel, würde ich so beschreiben: Aufgrund der unmittelbaren Grenznähe der Metropole Basel und der stärker ausgebildeten und frequentierten Verkehrswege mit der Rheinschifffahrt oder der Gotthard-Linie gab es dort schon immer eine stärkere Vernetzung. Ich glaube, wir sind da einfach nicht von derselben Nulllinie gestartet. Im Markgräflerland sagen die Menschen «Ich gehe in die Stadt» und meinen damit Basel, ohne das explizit zu sagen. Wenn hier jemand sagt: «Ich gehe in die Stadt», dann meint er nicht Zürich. Man ist also im Dreiländereck Basel aufgrund der wirtschafts- und siedlungsgeografischen Entwicklung viel stärker vernetzt, ohne dass man das politisch erst hätte anschieben müssen. Hier ist das nicht so. Hier sind wir ein bisschen später gestartet. Ich komme noch mal auf Zürich zu sprechen. Zürich hat sich, glaube ich, die längste Zeit nicht als Grenzkanton verstanden, sondern als Binnenkanton. Erst durch die zunehmende wirtschaftliche Verflechtung ist man sich sozusagen nähergekommen. Und da sind wir wieder bei der ersten Frage: Zählt Zürich zur Bodenseeregion, oder nicht? Da besteht vielleicht auch eine gewisse Dynamik. Im kontraproduktiven Sinne kann man das am Flughafen und dem leidigen Fluglärmstreit ablesen. Aus Schweizer Perspektive hat man diesen Flughafen lange Zeit als einen Inlandsflughafen gesehen, der ja weit genug weg ist von der Landesgrenze. Man tat sich sehr schwer, ihn als eine Verkehrsinfrastruktur zu sehen, die sowohl im Nutzen als auch in den Belastungen grenzüberschreitend wirkt. Daran krankt der Diskurs im Grunde bis heute! Wir haben dieselben Chancen wie andere Grenzregionen auch, müssen aber mit einer etwas höheren Komplexität umgehen, als das vielleicht zwischen Nordrhein-Westfalen und den Niederlanden der Fall ist. Daher starten wir im zeitlichen Längsschnitt nicht aus der ersten Reihe, wie das vielleicht andere Grenzregionen getan haben.

Wie nehmen Sie in diesem Netzwerk die IBK wahr? Welche Rolle nimmt sie für die Zusammenarbeit ein, und worin sehen Sie ihren Mehrwert?

Die IBK ist ein ganz interessantes Konstrukt, weil sie mit den Bundesländern und Kantonen die mittlere Staatsebene zusammenbringt. Weder die Ebene der nationalen Regierungen noch die kommunale Ebene sind hier Mitglied, deswegen hat die IBK in meiner Wahrnehmung eine natürliche Mittlerfunktion zwischen beiden. Vieles, was die grenzüberschreitende Zusammenarbeit bedingt und begrenzt, sind Rahmenbedingungen, die auf nationaler Ebene geregelt sind. Welche Regeln an nationalen Aussengrenzen gelten und wie diese operationalisiert werden, wird in Berlin, Bern oder Wien entschieden. Da ist die IBK nicht die unmittelbar entscheidungsbefugte Ebene. Aber der Alltag findet vor Ort in den Kommunen und Landkreisen statt, und in dieser Zwischenebene der Länder- und Kantonschef:innen liegen die Chance und das Handicap der IBK zugleich. Negativ gesehen würde man sagen, dass die Mitglieder der IBK alles, was sie regeln sollten, nicht aus eigener Macht regeln können, und dass alles das, was sie selbst machen können, nicht reicht. Das wäre die pessimistische Perspektive. Die positive Perspektive ist, dass die IBK genau die Verbindungen bietet, die es braucht, da unsere Grenzregion in den Hauptstädten nicht die Aufmerksamkeit bekommt, die wir uns wünschen würden. Wir dürfen nicht davon ausgehen, dass man sich in Berlin täglich Gedanken macht, wie man in Weil am Rhein über die Grenze kommt oder wie Kreuzlingen und Konstanz miteinander verbunden sind. Die suchen uns manchmal auf der Landkarte. Und manchmal hat man in Berlin jemanden am Telefon, der glaubt, Konstanz liege in Bayern. Und dann müssen sie das erst mal aufklären. In der Schweiz ist das nach allem was ich höre ähnlich. Wir haben gerade im letzten und in diesem Jahr mit Corona und dem Grenzregime die Erfahrung gemacht, dass es schwierig war, in Berlin Verständnis zu generieren für das, was sich hier tatsächlich auf der untersten Ebene abspielt. Das ging damit los, dass man mir gesagt hat, man würde die Grenze zur Schweiz gar nicht isoliert betrachten, sondern es würden dieselben Entscheidungen getroffen, die man

zu Frankreich treffe. Man hat die Schweizer Grenze praktisch als kleines Anhängsel gesehen und Frankreich als den wichtigen Nachbarn Deutschlands. Man hat sich mit Frankreich ausgetauscht, wie man die Pandemie in den Griff bekommt und welche Massnahmen notwendig sind, und dann festgestellt, es gibt ja noch ein Stückchen Schweizer Grenze – das packen wir einfach dazu. Die Vorstellung, dass man das vielleicht differenziert betrachten müsste und hier am Bodensee und am Hochrhein andere Bedingungen herrschen, die ein anderes Grenzregime rechtfertigen würden, haben wir gar nicht transportiert bekommen. Das ist symptomatisch dafür, dass es auch eine/n politische/n Fürsprecher:in und eine Plattform braucht, auf der diese Spezifika der Region thematisiert und in geeigneter Form in die Nationalstaaten transportiert werden müssen, wenn man die grossen Rahmenbedingungen beeinflussen und zugunsten der Region ändern möchte.

Ist die gegenwärtige Arbeitsweise der IBK geeignet, diese Funktion zu erfüllen?

Wenn sich alle zehn Regierungschef:innen einig wären, dann schon. Ich habe heute[3] eine Resolution an die Schweizer Regierung unterschrieben, in der die Handelskammern beiderseits der Grenze darum bitten, nicht mit Testverpflichtungen den Wirtschafts- und Pendlerverkehr zum Erliegen zu bringen. Das ist ein Beispiel, wo die untere Ebene von sich aus tätig wird, weil sie sich Sorgen macht über das, was da passiert. Aber das, was da passiert, sind nationale Regeln. An der Stelle könnte ich mir auch eine IBK vorstellen. Das würde dann aber verlangen, dass sie reaktionsschnell ist und in der Lage, solche Themen fast über Nacht aufzugreifen und auch zu formulieren. Es bleibt die Frage, ob sie das leisten kann oder ob sie dafür zu träge oder zu wenig in der Region verwurzelt ist.

[3] Das Interview wurde im März 2021 geführt.

Wie hat sich die grenzüberschreitende Zusammenarbeit in den letzten 20 Jahren verändert?

Aus der Anfangszeit ist mir eine gewisse Euphorie in Erinnerung geblieben. Ich habe die Jahre um die Jahrtausendwende so in Erinnerung, dass man damals das Gefühl hatte, wir sind auf einem

guten Weg, in absehbarer Zeit mehr oder minder Binnenmarktkonforme Verhältnisse zu schaffen. Dass wir ohne EU-Beitritt, ohne EWR-Beitritt mit der Schweiz so, wie sie ist und zusammen mit Österreich in dieser Bodenseeregion quasi einen Binnenmarkt schaffen – über viele kleine Schritte, über bilaterale Verträge, das jeweilige Grenzregime und zahlreiche gemeinsame Projekte. Wir waren zuversichtlich, dass dieser Weg in Richtung einer Angleichung an die Binnenmarktverhältnisse der EU führt. Man muss sagen, dass diese optimistische Stimmung mittlerweile gelitten hat. Es sind in der jüngeren Vergangenheit keine grossen Meilensteine mehr erreicht worden, welche die Situation im Grenzraum spürbar verändert hätten, so wie seinerzeit der gemeinsame Schengen-Raum. Das Rahmenabkommen zwischen der Schweiz und der EU wirkt, auch wenn es kommt, etwas zäh und wenig inspiriert. Es bleibt eher der Eindruck, dass die Vertragsparteien im besten Fall einen Modus Vivendi erreichen wollten; Begeisterung kann ich da weder auf der einen noch auf der anderen Seite erkennen.

Was sind die grössten Errungenschaften der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit in den letzten 20 Jahren?

Natürlich gibt es die Internationale Bodensee-Hochschule (IBH), eine Euregio-Tageskarte für den ÖPNV und anderes mehr. Aber die Summe einzelner Projekte macht noch nicht das grosse Ganze aus, das man sich erhofft hatte. Ironisch formuliert: Man ist mit der grossen Vision des einheitlichen Wirtschafts- und Lebensraums Bodensee gestartet und bei einem grenzüberschreitenden Fahrradweg gelandet. Nehmen wir das Beispiel IBH: Vor 20 Jahren hätte ich die Erwartung formuliert, dass heute die Hochschullandschaft so offen und miteinander vernetzt ist, die Abschlüsse so kompatibel und die Zulassungsvoraussetzungen so flexibel sind, dass Studierende im Bodenseeraum vollkommen problemlos ein Semester in St.Gallen, ein Semester in Konstanz und eines in Basel studieren können, und dass das auch gemacht wird. Und wenn man jetzt, 20 Jahre später, auf den Marktplatz gehen und die Menschen fragen würde: «Was ist die Internationale Bodensee-Hochschule?», dann würde man lange brauchen, bis einem jemand sagen kann, was das ist, was die macht und welche Vorteile sie für den/die Einzelne:n generiert.

Das beschreibt für mich die Lücke zwischen der Vorstellung, mit der man angetreten ist, und dem, was man bis heute erreicht hat. Auch im Kontext der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit ist es so, dass Prozesse oft länger dauern, mühsamer und komplexer sind und dass Visionen Gefahr laufen, zwischen den Steinen des Alltags kleingerieben zu werden. Das gehört wohl dazu. Wenn man auf einen grösseren Zeitraum schaut, hängt der Fortgang solcher Prozesse und die Realisierung solcher Visionen oft auch an einzelnen Personen und Persönlichkeiten, die das zu ihrer Sache gemacht haben. Es ist manchmal ein glücklicher Zufall, wenn in einer Ära zwei, drei, vier Player existieren, die die grenzüberschreitende Zusammenarbeit zu ihrer persönlichen Agenda gemacht und noch das Glück haben, im jeweiligen Nachbarland ein Alter Ego zu finden, mit dem man zusammen diesen Karren ziehen kann. Es gibt im politischen Kontext manchmal Phasen, wo das einfach nicht hinhauen will, weil eine/r, der den Karren gezogen hat, in Ruhestand gegangen oder verstorben ist und es sich eben keine/r findet, der das mit demselben Willen macht.

Welche Rolle spielen übergeordnete Einflüsse, wie die europäische Integrationspolitik und die globale Politik?

Es gibt die politische Grosswetterlage und die nationalen Reflexe. Diesen Rückzug auf das Nationale nehmen wir alle wahr. Wenn man das biologistisch erklären möchte, würde man sagen, wenn die Umweltbedingungen schwierig werden, neigen Organismen dazu, sich zurückzuziehen und die Peripherie dichtzumachen. Im Winter bekommt man kalte Finger, weil sich das Blut ins Zentrum zurückzieht, um die lebenswichtigen Organe zu schonen. Solche Reflexe gibt es. Und die haben wir während der Corona-Pandemie jetzt auch gesehen. Alle sind sich einig, dass diese Pandemie entscheidend davon beeinflusst wird, wie Menschen sich verhalten. Sie wird nicht davon beeinflusst, wo sie sich aufhalten oder davon, welche Staatsbürgerschaft sie haben. Ob sich jetzt ein/ Deutsche:r in Kreuzlingen unvernünftig verhält oder ein/e Schweizer:in in Konstanz, ist im Grunde irrelevant. Und deswegen sollten diese Massnahmen erstens in den Ländern homogen sein und zweitens unabhängig davon, wer

sich wo aufhält. Und was machen wir? Wir machen das Gegenteil! In dem Moment, wo es eng wird, kommt automatisch der Reflex, die Grenzen dichtzumachen. Da war die Corona-Pandemie symptomatisch. Die gleichen Reaktionsmuster gibt es aber, mutatis mutandis, in anderen Zusammenhängen – ob das jetzt der Arbeitsmarkt ist, das Flüchtlingsthema oder was auch immer. Wenn es schwierig wird, heisst es schnell: «Macht die Grenzen zu»! Und das tut der Region natürlich nicht gut.

Was würden Sie ändern, um eine optimale und zukunftsfähige Struktur für die grenzüberschreitende Governance in der Bodenseeregion zu schaffen?

Wenn ich Napoleon wäre – also im Sinne von unbegrenzter Gestaltungsmacht –, würde ich natürlich radikal agieren: Dann würde ich alle Schlagbäume abräumen, eine gemeinsame Währung einführen und die Grundfreiheiten des Binnenmarktes durchsetzen. Dann würde ich die Hochschulen so vereinheitlichen, dass man sich als Studierender frei zwischen ihnen bewegen kann. Ausserdem würde ich auch Dinge verordnen, die den Alltag spürbar verändern – etwa ein einheitliches Mautsystem für alle Autobahnen und Strassen aller Länder. Ein einheitliches Halbtags-Abo für den ÖPNV aller Länder, ein Verbot unterschiedlicher Handytarife. Damit könnten sich die Menschen, die in der Region leben, wirtschaftlich und rechtlich leichter bewegen und sich dadurch auch stärker vernetzen. Ich habe das statistisch nie verifiziert, aber meine gefühlte Wahrnehmung ist, dass es in meinem Bekanntenkreis relativ wenige grenzüberschreitende Ehen gibt. Ich habe Freunde, die mit Amerikaner:innen, Französ:innen und Brasilianer:innen verheiratet sind, aber nicht mit Schweizer:innen oder Österreicher:innen. Ich glaube, wenn man das näher untersuchen würde, wäre die Kontaktintensität in der Bevölkerung vergleichsweise gering. Das wird dadurch überdeckt, dass wir dort Skifahren gehen und sie hier zum Einkaufen kommen, aber das ist ja keine wirkliche Vernetzung. Solange das so ist, fallen bei den Menschen auch nationale Reflexe auf fruchtbaren Boden. Wenn sich die IHK aktuell für die Offenhaltung der Grenzen einsetzt, haben

wir in der Bevölkerung wenig Rückhalt. Und unsere Heimatzeitung bildet Autos mit Schweizer Kennzeichen ab und fragt, wie es sein könne, dass in Konstanz immer noch Autos mit Schweizer Nummer herumfahren. Solche Befindlichkeiten gäbe es weniger, wenn die Bevölkerung stärker miteinander vernetzt wäre, statt den/die Nachbar:in nur als Bedrohung wahrzunehmen.

Wie sieht die grenzüberschreitende Zusammenarbeit in 20 Jahren idealerweise aus?

Die Zukunft ist wirklich offen. Idealerweise sieht sie so aus, dass wir uns ungeachtet der Komplexität, der nationalen Reflexe und der internationalen Entwicklungen vom Pfad der Integration der Bodenseeregion nicht abbringen lassen. Dass wir überzeugt sind, dass es dieser Region im Saldo besser geht, je mehr sie miteinander vernetzt ist. Das gilt für alle Bereiche: den Konsum, den Arbeitsmarkt, die Verkehrspolitik und vieles mehr. Wenn ich morgen die Grenze zumache, freut sich vielleicht ein Mitgliedsunternehmen, seine/n Mitarbeiter:in nicht an die Schweiz zu verlieren. Aber auf lange Sicht haben natürlich die Arbeitsplätze, die die Menschen hier in der Region in der Schweiz finden, unseren Arbeitsmarkt enorm stabilisiert. Nur wenn man diesen Blick aufs Ganze nicht verliert, verliert man auch nicht die Überzeugung, auf dem richtigen Weg zu sein. Das ist im Alltag nicht selbsterklärend, denn in Einzelfragen kann es sogar so aussehen, als ob die Kooperation kontraproduktiv wäre. Genau diese falsche Optik muss überwunden werden. Wenn man das ausser Acht lässt, hangelt man sich von Einzelfall zu Einzelfall und trifft auch schon mal die falsche Entscheidung. Und hier ist die Verbindung zu dem, was ich vorhin gesagt habe: Es braucht Personen, die diese grenzüberschreitende Perspektive verkörpern und kommunizieren. Es reicht nicht, dass sie irgendwo in einem Leitbild gedruckt steht, von dem man nicht mal weiss, wer es geschrieben hat. Da braucht es Menschen und Gesichter, die dieses grosse Ganze permanent kommunizieren, die sich hinstellen und sagen, dafür stehe ich und das ist meine Überzeugung. Ich finde, daran fehlt es im Moment ein wenig.


© Foto Marx Mende

Prof. Dr. Claudius Marx

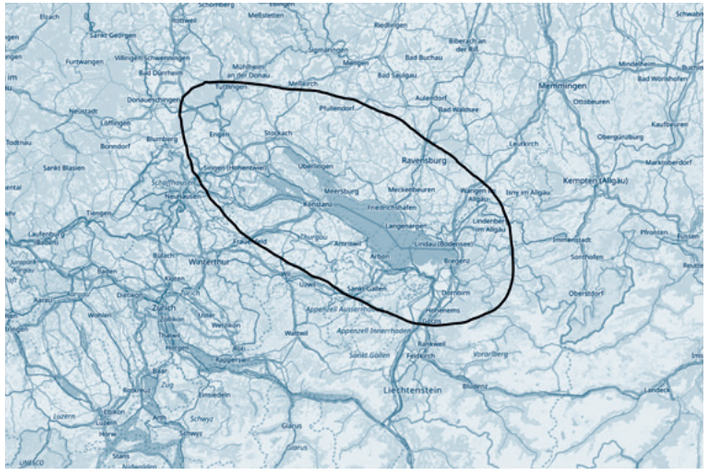


Andrea Ruf

Geschäftsführerin der Schweizerischen Bodensee Schifffahrt AG (SBS)

Was gehört für Sie zur Bodenseeregion? Wo beginnt sie, wo hört sie auf?

Ich habe die Bodenseeregion auf der Karte relativ eng abgegrenzt. Auf den zweiten Blick denke ich nun, dass ich den Perimeter an der einen oder anderen Stelle doch grösser ziehen würde.



So ist für mich die Ostschweiz bis nach Winterthur noch Teil des Bodenseeraums. Und wahrscheinlich würde ich auch auf der deutschen Seite noch ein bisschen weiter gehen, bis etwa Ravensburg. Auf österreichischer Seite gehört für mich ganz Vorarlberg dazu.

Bitte vervollständigen Sie: Die Bodenseeregion ist für mich…?

… eine wundervolle Region, die sehr viel Lebensqualität und eine interessante Mischung zwischen Stadt und Land bietet. Man ist schnell in der Natur und hat im engen Umkreis viele Freizeitmöglichkeiten. Auch die Internationalität ist für mich ein wichtiger Faktor. Die Bodenseeregion hat also viel mehr zu bieten, als man von aussen vielleicht denkt.

Mit welchen fünf Adjektiven würden Sie den derzeitigen Zustand der grenzüberschreitenden Kooperation beschreiben?

Aus meiner Perspektive empfinde ich die Zusammenarbeit eher als schwierig und ein bisschen zäh. Teilweise sind die Strukturen und Prozesse auch etwas unübersichtlich. Es gibt so viele Institutionen, die sich mit grenzüberschreitenden Aktivitäten beschäftigen, aber man weiss oft nicht so genau, wer welche Ziele verfolgt. Es gibt viele praktische Probleme bei der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit. Beispielsweise arbeiten gegenwärtig die Schifffahrtsbetriebe am Bodensee im Rahmen eines Digitalisierungsprojekts zusammen, um ein grenzüberschreitendes Ticketing zu ermöglichen. Dabei zeigt sich, dass die eingesetzten Systeme teilweise nicht kompatibel sind und Lösungen über Grenzen hinweg auch sehr kostspielig werden können.

Worin liegt für Sie der Wert der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit in der Bodenseeregion?

Die Zusammenarbeit über Grenzen hinweg erlaubt es uns in vielen Bereichen, Kräfte zu bündeln, stärker zu werden und an Ausstrahlungskraft zu gewinnen – gerade auch gegenüber anderen Regionen. Im Tourismus ist es offensichtlich, dass wir als gemeinsame Destination mehr zu bieten haben als die einzelnen Urlaubsregionen allein. Das Schweizer Bodenseeufer profitiert beispielsweise davon, wenn seine Urlaubsgäste unkompliziert Attraktionen auf der deutschen Seite besuchen können. Aber auch im Bildungs- und Forschungsbereich, etwa bei der Vernetzung der Hochschulen, oder in der Wirtschaft können die Beteiligten von der Zusammenarbeit profitieren.

Worin sehen Sie die grössten Stärken der heutigen Governance-Strukturen und worin die grössten Schwächen?

Auf der einen Seite ist es gut, dass es so viele grenzüberschreitende Verbände und Institutionen gibt. Andererseits sind diese Strukturen meist lose Verbindungen, die dann auch wenig verbindlich sind. Deshalb passiert wahrscheinlich teilweise zu wenig. Für den Erfahrungsaustausch sind diese Strukturen geeignet, aber wenn es darum geht, Themen aufzunehmen und umzusetzen, fehlen Akteur:innen mit ausreichend Kraft und den notwendigen Ressourcen.

Wie nehmen Sie in diesem Netzwerk die IBK wahr? Welche Rolle nimmt sie für die Zusammenarbeit ein, und worin sehen Sie ihren Mehrwert?

Gerade während der Corona-Pandemie ist für mich sehr deutlich gewesen, dass es eine intensive Abstimmung auf oberster Ebene gebraucht hat, um die jeweiligen nationalen und regionalen Regelungen miteinander in Einklang zu bringen. Das war auch für die Schifffahrtsunternehmen im Sommer 2020 sehr wichtig. Von daher braucht es die IBK sicherlich als eine Plattform, auf der sich die Regierungen austauschen und man sich gegenseitig unterstützen kann. Ich könnte ansonsten aber aktuell wenig konkrete Bereiche nennen, in denen ich die Arbeit der IBK wahrnehme.

Wie hat sich die grenzüberschreitende Zusammenarbeit in den letzten 20 Jahren verändert?

In den rund zwölf Jahren meiner Tätigkeit bei der Bodenseeschifffahrt habe ich wahrgenommen, dass die Fördermöglichkeiten für grenzüberschreitende Projekte ein wichtiger Motivationsfaktor für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit sind. Eine solche

Finanzierung kann neue Projekte anstossen. Da haben sich in den letzten Jahren die Bedingungen vielleicht etwas verschlechtert und die Euphorie für diese Aktivitäten ist etwas zurückgegangen.

Was sind die grössten Errungenschaften der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit in den letzten 20 Jahren?

Aus Perspektive der Schifffahrt lässt sich feststellen, dass die Schweizerische Bodensee Schifffahrt AG (SBS) in den letzten Jahren erfolgreich einen Sanierungsprozess durchlaufen hat und in den letzten zehn Jahren 33 Millionen Franken investieren konnte. Wichtige Meilensteine waren dabei die Modernisierung unserer Flotte und der Ausbau der Gastronomie im Hafen Romanshorn. Früher war das Unternehmen finanziell nicht so erfolgreich aufgestellt und stärker von verschiedenen Seiten abhängig. Mit dem Unternehmenserfolg ist auch das Selbstbewusstsein und die Anerkennung gewachsen und so werden wir heute auch in der grenzüberschreitenden Kooperation als ebenbürtiger Partner:innen wahrgenommen. Von daher gab es in den letzten Jahren doch einen erheblichen Wandel. Über den Bereich der Schifffahrt hinaus würde ich als wichtige Errungenschaft festhalten, dass sich durch die verschiedenen Aktivitäten der Zusammenarbeit das gegenseitige Verständnis verbessert hat. Ohne jetzt alle Themenfelder im Detail zu kennen, würde ich meinen, dass bei der Zusammenarbeit im Bildungsbereich am meisten erreicht werden konnte.

Welche Rolle spielen übergeordnete Einflüsse, wie die europäische Integrationspolitik und die globale Politik?

Ich sehe nicht, dass es eine starke Rückbesinnung auf den eigenen Nutzen gegeben hat. In meinem Arbeitsalltag nehme ich nicht wahr, dass jede Seite nur an sich selbst denkt. Gerade während der Corona-Pandemie haben eigentlich alle die Notwendigkeit für eine gute Abstimmung über die Grenze gesehen. Etwa um die Regelungen für den Grenzübertritt zu vereinheitlichen. Da gab es anfangs schon Verwirrung, wenn etwa Schweizer Fahrgäste sich nur für 24 Stunden

in Deutschland aufhalten durften, Deutsche jedoch 72 Stunden in der Schweiz. Das Interesse war gross, jeweils vom anderen zu erfahren: Wie handhabt ihr das jetzt in der Schweiz? Wenn es Probleme gab, dann haben eigentlich immer alle Hand geboten, um eine Lösung zu finden.

Was sind Ihrer Ansicht nach die grössten Herausforderungen, mit denen die Region aktuell und in den kommenden fünf Jahren konfrontiert sein wird?

Verkehr wird ein wichtiges, grenzüberschreitendes Thema bleiben, auch wenn es die Region schon lange beschäftigt. Wir haben ja kürzlich das 150-jährige Jubiläum der Seelinie Konstanz-Rorschach und des Trajektverkehrs auf dem Bodensee feiern können. Aber noch immer gibt es Potenzial, die grenzüberschreitenden Verbindungen zu verbessern, wovon wir alle touristisch profitieren könnten. Auch im Tourismus sehe ich noch Möglichkeiten, grenzüberschreitend mehr zu erreichen. So könnte man die Gäste auf der deutschen Seite noch stärker für Tagesausflüge auf Schweizer Seite begeistern. Leider gibt es hier noch vielfach Vorbehalte. Dabei würde so mancher Gast feststellen, wieviel es dort noch zu entdecken gibt und vielleicht einen erneuten Aufenthalt in Betracht ziehen. Hier bietet auch die veränderte Mobilität viele Chancen. Viele Fahrgäste auf der Fähre von Deutschland nach Romanshorn sind mit dem E-Bike unterwegs und entdecken beispielsweise das Appenzellerland. Sie sind dann ganz angetan, dass es dort oft weniger touristisch zugeht als am deutschen Ufer und kommen gerne wieder. Daher bin ich mir sicher: wenn Touristiker rund um den See mehr grenzüberschreitende Angebote fördern würden, hätten am Ende alle ein grösseres Stück vom Kuchen.

Welche Strukturen bräuchte es, um sich dieser Themen anzunehmen?

Für viele Fragen der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit ist es wichtig, dass es auf der politischen Ebene ein ownership für ein Thema gibt. Das kann ich aus Erfahrung bei den Planungen der

Schiffsverbindungen am Bodensee sagen. So wurden unsere neuen Querverbindungen über den See vom Schweizerischen an das deutsche Ufer stark infrage gestellt – obwohl sie aus unserer Sicht ganz im Interesse der Fahrgäste sind, die ja in einer überschaubaren Zeit attraktive Ziele erreichen wollen. Wenn der politische Rückhalt fehlt, lässt sich jedoch wenig bewegen. Dann ist es etwa wichtig, mit der Internationalen Bodensee Tourismus GmbH (IBT) eine Organisation zu haben, die bei solchen Diskussionen kompetent aus einer Gesamtperspektive die Kundenbedürfnisse einbringen kann.

Wie sieht die grenzüberschreitende Zusammenarbeit in 20 Jahren idealerweise aus?

Ich denke nicht, dass wir noch mehr grenzüberschreitende Institutionen und Organisationen brauchen - im Gegenteil: Vielleicht wäre eine gewisse Bündelung der Kräfte hilfreich, um etwas besser ausgestattete und schlagkräftigere Institutionen zu haben. Ich hatte es eben schon angesprochen: Im Mai 2019 haben wir die 150-Jahre-Jubiläen Seelinie und Trajektverkehr in den grossen Städten rund um den Bodensee gemeinsam gefeiert. Die Eventfähre Euregia, die die SBS gemeinsam mit den deutschen Bodensee-Schiffsbetriebe (BSB) besitzt, ist dabei zwischen Romanshorn, Friedrichshafen, Lindau und Bregenz gefahren und hat so die drei Länder miteinander verbunden. Diese Zusammenarbeit war wirklich von grossem gemeinsamem Engagement und Enthusiasmus geprägt und ein schönes Erfolgserlebnis für alle Beteiligten, ganz ohne «Gärtli-Denken». Ich würde mir mehr solche Initiativen wünschen. Aber sie müssen eben immer von irgendwo angestossen und koordiniert werden. Von daher ist es wichtig, eine gemeinsame Plattform wie die IBK zu haben, die Projekte auch mit einer Anschubfinanzierung ins Rollen bringen kann und dafür sorgt, dass zumindest mittel- und langfristig der Nutzen für alle Partner:innen ungefähr gleich ist. Zumindest für die Schifffahrt und den Tourismus kann ich feststellen: Im Vergleich zu anderen Grenzregionen in Europa, etwa zur Situation am Lago Maggiore oder am Luganer See, ist die Zusammenarbeit am Bodensee schon auf einem hohen Niveau!



© Foto Andrea Ruf

Andrea Ruf



Horst Schädler

Regierungssekretär,
Regierung des
Fürstentums
Liechtenstein

Was gehört für Sie zur Bodenseeregion? Wo beginnt sie und wo hört sie auf?

Wenn ich vom Bodenseeraum spreche, ist das vor allem eine Frage der Zugehörigkeit. Das lässt sich kaum territorial oder rechtlich herleiten. Die Antwort ist vielmehr auf der Sinnesebene zu suchen:



«Ich sehe den Bodensee, also bin ich in der Bodenseeregion.» Der Bodensee bildet den Mittelpunkt, und das Gebiet, das für mich ungefähr mit diesem Kreis abgedeckt ist, bildet die Bodenseeregion

Bitte vervollständigen Sie: Die Bodenseeregion ist für mich…?

… ein Teil meiner Heimat. Ich lebe hier, weil ich mich hier geborgen fühle. Die Region ist stark von der Landschaft geprägt. Sie bietet auf engem Raum eine faszinierende Vielfalt: Berge und See, das Ländliche und das Städtische, sehr traditionell geprägte Landstriche und andererseits Hightech-Zentren. Eine Region, die Vielfalt in sich vereint. Das passt zu mir.

Wie nehmen Sie die aktuelle Situation in Bezug auf die grenzüberschreitende Kooperation in der Bodenseeregion wahr?

Meinem Eindruck nach gibt es zwar ein mit Herzblut vorangetriebenes Engagement für die Region – allerdings könnte dieses noch mehr abgestimmt sein. Es fehlt momentan an einer erkennbaren und sichtbaren Zuständigkeit für die Region. Sowohl in der Wirtschaft als auch in der Verwaltung ist eine positive Grundhaltung und Einstellung zur Region festzustellen, was sich beispielsweise an der Dichte an Institutionen und Organisationen mit regionalem Fokus zeigt. Aber es ist oft unklar, wer für was verantwortlich zeichnet – die Mechanismen, wie die Region funktioniert, lassen sich nur schwerlich erkennen. Die Prozesse in der grenzüberschreitenden Kooperation laufen vielfältig, parallel, einander überschneidend und gleichzeitig ab. Ich nehme die Bodenseeregion zwar als extrem leistungsfähig, aber als zu wenig abgestimmt und koordiniert wahr. Da lässt sich mehr draus machen.

Wie nehmen Sie in diesem Netzwerk die IBK wahr? Welche Rolle nimmt sie für die Zusammenarbeit ein, und worin sehen Sie ihren Mehrwert?

Die IBK wurde mit dem Bodensee als Kernaufgabe vor gut 50 Jahren gegründet und diesbezüglich kontinuierlich weiterentwickelt. Als Konferenz fördert sie vor allem den Austausch unter den Mitgliedern. In den ersten drei Jahrzehnten war es richtig, sich in einem politisch stabilen Umfeld auf Projekte zu konzentrieren, die in grenzüberschreitender Zusammenarbeit umgesetzt wurden. Die letzten Jahre zeigen, dass sich die Gesellschaft wie auch die Wirtschaft in einem gleichzeitigen, fundamentalen und in hohem Tempo fortschreitenden Wandel befinden – sei es die Digitalisierung, die Demografie, der Klimawandel oder die Globalisierung.

Will man die Region unter diesen Vorzeichen positionieren, wäre die IBK in eine stringentere Struktur zu bringen und hätte sich auf wenige zentrale Themen zu fokussieren. Dafür benötigt es aber eine ordnende Kraft, um die erforderliche Abstimmung zu erreichen. Im Moment gibt es wohl zu viele Akteur:innen ohne verpflichtende Regeln. Die IBK könnte das politische Dach der Region sein und damit die Federführung für die ordnungspolitische Entwicklung der Region übernehmen.

Dies würde bedeuten, die prioritären Entwicklungsthemen zu benennen, Kooperationshindernisse auszuräumen und den Informationsfluss zwischen den Behörden in den IBK-Kommissionen und weiteren Akteur:innen sicherzustellen.

Wie hat sich die grenzüberschreitende Zusammenarbeit in den letzten 20 Jahren verändert?

Wir leben heute in Zentraleuropa in einem noch nie dagewesen Wohlstand. Damit geht Vielfalt und Individualismus einher. Daher sehe ich zwei Aspekte: Erstens sind heute die Themen und Lösungen schwieriger zu definieren, da zunehmend mehr Interessen zu berücksichtigen sind. Thematischen Handlungsbedarf zu definieren, war vor Jahren leichter, weil es Lücken zu schliessen gab. Man orientierte sich an dem, was fehlte. Zum Beispiel die soziale Absicherung, ein Spital oder eine Hochschule. Zweitens hat sich das Selbstverständnis der Politik verändert. Sie sieht sich zunehmend als Themen-Managerin. Damit wird der Staat immer mehr als Unternehmen geführt. Unternehmerische Grundsätze gehören auch in die Verwaltung, keine Frage. Aber der Staat hat primär die Aufgabe, das Funktionieren der Wirtschaft sowie der Gesellschaft in ihren unterschiedlichen Bereichen sicherzustellen, und zwar nach einem kollektiven Werteverständnis. Eine zu sehr unternehmerisch orientierte Sichtweise erschwert heute die grenzüberschreitende Arbeit. Zu sehr und zu oft scheint die ökonomische Frage «Was ist mein Profit?» oder die Nutzenfrage im Vordergrund zu stehen. Das macht das Ganze komplex.

Eine Schwierigkeit liegt also in der Komplexität der Themenstellungen?

Komplex heisst nicht kompliziert. Klar, Themen stehen in Abhängigkeit verschiedener Interessen. Das macht es komplex. Und damit ist es auch anspruchsvoll, die Grundlagen für grenzüberschreitende Zusammenarbeit zu legen. Oft bedarf es hierzu des Abbaus von nationalen Hindernissen. Und der Politik würde ich mehr mutige Visionen wünschen.

Welche Rolle spielen übergeordnete Einflüsse, wie die europäische Integrationspolitik und die globale Politik?

Ohne Zweifel geben übergeordnete Einflüsse den Rahmen für den Handlungsspielraum einer Region vor. So hatten auch die «America first»-Politik oder die Chinapolitik der letzten Jahre Einfluss auf die Region. Diese Abhängigkeiten bestehen. Die Frage ist viel mehr, welche Auswirkungen solche Abhängigkeiten haben und wie damit umgegangen wird.

Der Bodenseeraum hat meines Erachtens diesbezüglich eine gute Ausgangslage: Es handelt sich um eine Vierländerregion inmitten Europas. Das gibt der Region eine entsprechende Stabilität. Ich glaube, nur ausserordentliche Ereignisse könnten sie ins Wanken bringen. Denkt man an die Corona-Pandemie, hat man diese Krise hier angesichts der starken Betroffenheit Europas bislang gut gemanagt. Das ist auch der gut funktionierenden Verwaltungen der IBK-Mitglieder zu verdanken.

Was sind Ihrer Ansicht nach die grössten Herausforderungen, mit denen die Region aktuell und in den kommenden fünf Jahren konfrontiert sein wird?

Die Liste an Herausforderungen ist gross: Digitalisierung, soziale Fairness, Nachhaltigkeit, Klimawandel, Demografie, Wohlstandssicherung, etc. etc.

Die Grundfrage ist, ob die anstehenden Herausforderungen in den bestehenden Modellen oder Lehren angegangen werden können oder ob es für gute Lösungen eine neue Ausrichtung braucht. Beispielsweise stellt sich die Frage, ob der Klimawandel mit der bestehenden Wirtschaftsideologie bewältigt werden kann. Oder müssen wir vom Primat Wirtschaftswachstum wegkommen?

Müssen wir die Herausforderungen nicht nur sachlich und materiell, sondern vermehrt auch philosophisch und werteorientiert beurteilen? Der Bodenseeraum könnte als Modellregion agieren. Losgelöst vom wirtschaftsorientierten Denken könnte man zu einem neuen Wohlstandsdenken gelangen, wo solche Aspekte mehr Raum bekommen. Das ist auch eine Frage der politischen Vorgabe. Mit dem DenkRaumBodensee kann man sich vorsichtig in diese Richtung eindenken. Als zentrale Herausforderungen erachte ich die Wahrung des sozialen Friedens, den Umgang mit Daten und die Weiterentwicklung des Bildungswesens.

Wie sieht die grenzüberschreitende Zusammenarbeit in 20 Jahren idealerweise aus?

Das Ziel sollte nach wie vor sein, regionale Themen regional zu lösen. Ein solches Vorgehen dient allen. Ich habe dafür ein ganz bestimmtes Bild im Kopf: Nach einer IBK-Regierungskonferenz verkünden die zehn Regierungschef:innen der IBK-Mitglieder ihre politischen Entscheidungen. Ein solcher Medienaufritt wäre ein starkes Signal für die Region; davon bin ich überzeugt.

Zudem werden die Vertreter:innen der Mitglieder des Ständigen Ausschusses und der Kommissionen mittels einer Art Akademie ausgebildet. Dort werden sie auf die Arbeit in der IBK vorbereitet und ihnen werden Möglichkeiten einer grenzüberschreitenden Zusammenarbeit aufgezeigt. Damit erhält die IBK eine Schlüsselfunktion für die Entwicklung der Bodenseeregion. Sie wäre somit das politische Dach der Region.

Könnten Sie diese Ideen für die zukünftige Arbeitsweise der IBK an einem Beispiel erläutern?

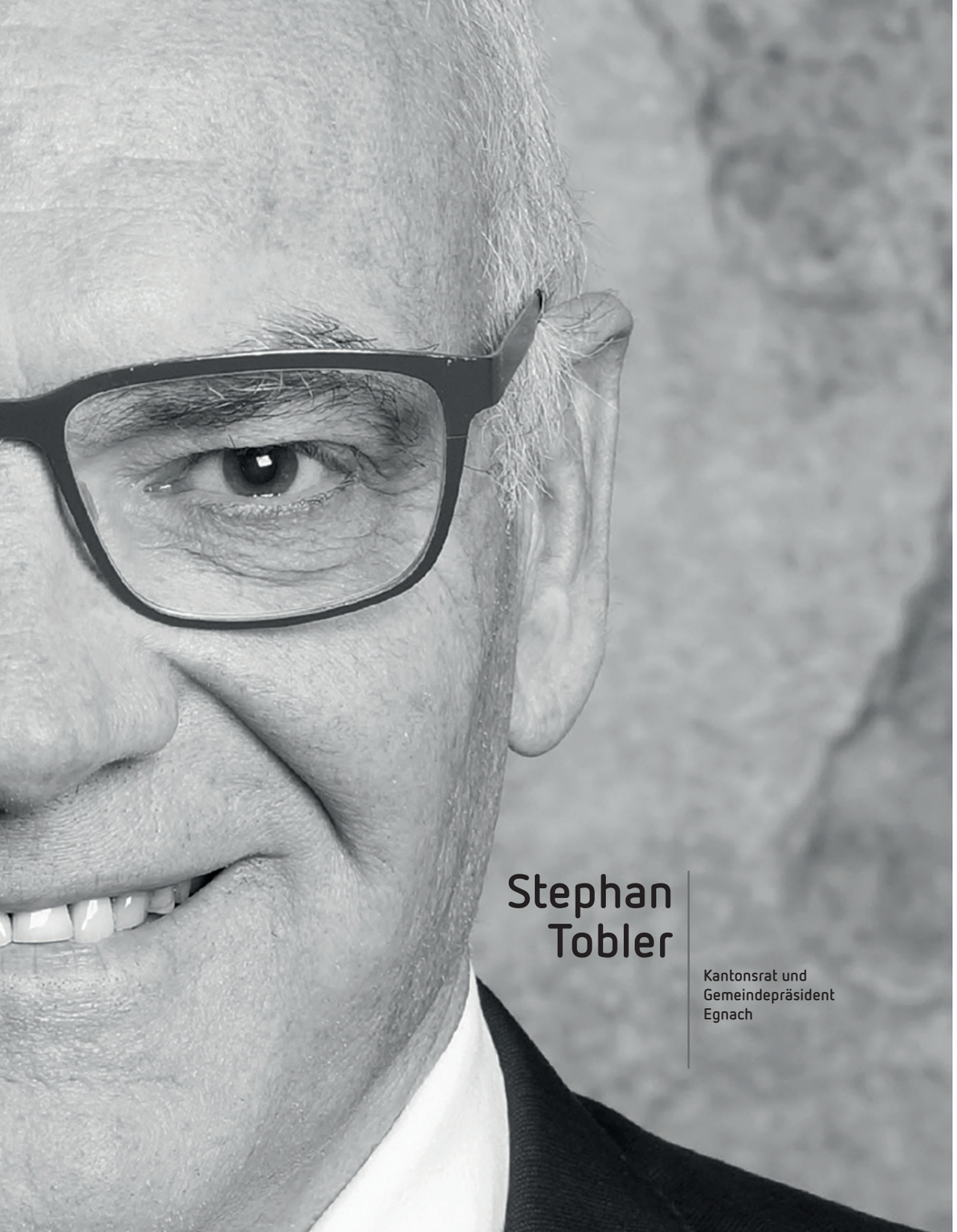
Die zehn Regierungschef:innen des Bodenseeraums gehen in eine Klausur, in der sie sich offen über ihre Vorstellungen zu einem drängenden Zukunftsthema, etwa der Digitalisierung, austauschen. Grundlagen wären die Regierungsprogramme der einzelnen IBK-Mitglieder. Aus den Regierungsprogrammen wäre der übereinstimmende Konsens in diesem Thema zu identifizieren. Damit reduziert sich die Vielfalt an möglichen Themen und man erhält eine Vorstellung, in welchen Bereichen ohnehin die Bereitschaft besteht, im eigenen Zuständigkeitsbereich politisch etwas zu bewegen. In der Folge wäre festzulegen, wie beim entsprechenden, alle Regionen betreffenden Thema regional zusammengearbeitet werden kann.

Selbst wenn es letztlich in diesem Thema unterschiedliche Standards bei den Mitgliedern gäbe, würde dieses Vorgehen die grenzüberschreitende Zusammenarbeit vereinfachen. Meiner Meinung nach eignen sich zwei grosse Themen dazu: Bildung und Gesundheit. Bildung ist einem permanenten Wandel unterworfen. Ich wünsche mir, dass sie noch mehr eine selbstbewusste gesellschaftliche Führungsrolle einnimmt. Was die Gesundheit betrifft, so glaube ich, dass wir mit einer stark leistungs- und wachstumsorientierten Denkweise die Leute überfordern – nicht nur körperlich, sondern auch mental. Dies schlägt sich in verschiedensten Krankheitsbildern nieder. Beides – Gesundheit und Bildung – stärkt die Resilienz einer Gesellschaft. In den nächsten 30 bis 40 Jahren wird es stetige und, vor allem fundamentale Veränderungen in einem immer höheren Tempo geben. Damit wird die Resilienzstärkung der Bevölkerung die zentrale Herausforderung.



© Foto Horst Schädler

Horst Schädler

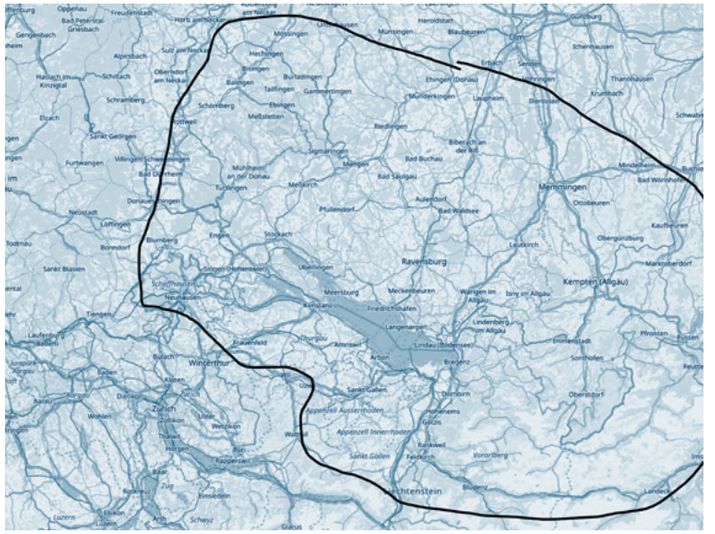


Stephan Tobler

Kantonsrat und
Gemeindepräsident
Egnach

Was gehört für Sie zur Bodenseeregion? Wo beginnt sie, wo hört sie auf?

Auf der Schweizer Seite gehören Schaffhausen, der Thurgau, St.Gallen und Appenzell Ausserrhoden zur Bodenseeregion. Appenzell Innerrhoden würde ich schon nicht mehr dazuzählen. Auch der Kanton Zürich ist für mich vom Bodensee zu weit weg und gehört für mich gefühlsmässig nicht mehr dazu.



Ich glaube nicht, dass in Zürich irgendjemand sagen würde «Ich fühle mich zur Bodenseeregion zugehörig», obwohl die Distanz ja klein ist. Auf deutscher Seite habe ich einen relativ breiten Landstrich dazu genommen. Im Osten sind es Vorarlberg und Liechtenstein.

Bitte vervollständigen Sie: Die Bodenseeregion ist für mich …?

… Heimat. Ich lebe hier, weil ich hier geboren wurde und aufgewachsen bin. Ich habe noch nie an einem anderen Ort gewohnt, bin aber schon ziemlich viel gereist. Hier fühle ich mich wohl und das ist für mich meine Heimat. Hier werde ich auch bis zu meinem Lebensende bleiben.

Mit welchen Adjektiven würden Sie den derzeitigen Zustand der grenzüberschreitenden Kooperation beschreiben?

Die Kooperation ist nach meiner Wahrnehmung von einer freundlichen Stimmung geprägt, jedoch auch wenig tiefgreifend und durch eine gewisse Gleichgültigkeit gekennzeichnet. Daher ist sie aus meiner Sicht ausbaufähig. In vielen Fällen stelle ich fest: Wenn es aufwendiger wird, schwindet schnell das Interesse. Wir leben zwar in einem kleinräumigen Raum, die physischen Wege sind wegen des Sees aber trotzdem recht lang. Friedrichshafen liegt beispielsweise etwa vierzehn Kilometer von meinem Wohnort weg, mit der Fähre oder dem Auto brauche ich dennoch über eine Stunde. Eine Zusammenarbeit bewirkt eine Bündelung der Kräfte, nach dem Motto «Gemeinsam sind wir stärker». Ich bin Präsident der Region Oberthurgau. Dort sind alle Gemeinden des Bezirks Arbon zusammengeschlossen. Wenn wir beim Kanton etwas durchsetzen wollen, müssen wir gemeinsam auftreten. Hierin sehe ich einen grossen Mehrwert, wenn die Zusammenarbeit und die Kooperation funktionieren.

Worin liegt für Sie der Wert der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit in der Bodenseeregion?

Eine Stärke der Region ist sicher der Austausch in kulturellen und gesellschaftlichen Belangen – etwa im Raum Kreuzlingen/Konstanz, wo man wirklich nahe beisammen ist. Besonders richtungsweisend

ist die Wirtschaft; hier ergibt die Kooperation einen Mehrwert für Menschen und Firmen. Die Problematik sehe ich darin, dass die Bodenseeregion zu drei unterschiedlichen Nationalstaaten gehört und aus deren Zentren betrachtet jeweils in der Peripherie liegt. Besonders dort muss man schauen, dass man Partner:innen findet, mit denen man wirklich zusammenarbeiten kann, um Stärken zu nutzen. In den Bereichen Kultur, Gesellschaft, Wirtschaft funktioniert die Kooperation gut. Wichtig sind aus meiner Sicht die zahlreichen Gemeindepartnerschaften. Die Partnerschaft zwischen Romanshorn und Friedrichshafen gibt es ja schon sehr lange. Arbon–Langenargen seit der Seegfrörni 1963, auch meine Heimatgemeinde Egnach und Eriskirch, die Nachbargemeinde von Friedrichshafen, sind partnerschaftlich verbunden. Das sind gute Beispiele für die Zusammenarbeit. Mit Friedrichshafen und Langenargen oder Konstanz und Kreuzlingen ist das genauso. Bodenseeweit ist für die kommunale Ebene der Internationale Städtebund Bodensee (ISB) wichtig. Man kann zwischen den Städten und Gemeinden in Sachen Kultur und gesellschaftliche Entwicklung voneinander lernen. Das ist eine Stärke, und davon profitiert die Persönlichkeitsentwicklung aller, die involviert sind. Wenn man recherchiert, findet man eine fast endlose Liste von Kollaborationen, von denen ich vielfach noch nie gehört habe. Aber die oben aufgeführten sind mir präsent, und die empfinde ich als sehr gute Beispiele von funktionierender Zusammenarbeit um und über den See.

Welche Rolle spielen die grenzüberschreitenden Institutionen, insbesondere die IBK?

Die IBK sehe ich als politisches, verwaltungstechnisches Führungsgremium. So ist es in ihren Statuten festgehalten. Als interessierter Politiker nehme ich die IBK stark wahr und sehe ihre Vorteile: Sie koordiniert, lanciert und fördert Zusammenarbeit über die Grenzen hinweg. Ein wesentlicher Mehrwert liegt in ihrer Aktivität per se – im Netzwerk und in den Kontakten auf der anderen Seite der Grenze, die massgeblich dazu beitragen, dass viele kleinere und grössere Probleme gar nicht erst entstehen oder direkt und ohne grosses

Aufhebens gelöst werden können. Ich glaube, hier unterstützt die IBK stark. Als Bürger hingegen nehme ich die IBK kaum wahr und spüre auf Bevölkerungsebene wenig Effekte dieser Zusammenarbeit. Auch der Mehrwert für Wirtschaft und Gesellschaft ist schwer zu erkennen. Ich denke, Grenzgänger:innen oder Einkäufer:innen über die Grenze hinweg wissen vielfach überhaupt nicht, dass es die IBK gibt; es tangiert sie zudem nicht. Ohne die IBK wären wir heute nicht da, wo wir sind. Sie schob vieles an und zeigte Möglichkeiten auf. Ich glaube, die Politiker auf Regierungsebene in den Kantonen und Bundesländern haben das auch erkannt. Von diesen Drahtziehern oder besonderen Persönlichkeiten war vieles abhängig. Wie überall braucht es Leute, die etwas in Bewegung setzen. Wenn jemand aus Überzeugung identitätsstiftend vorwärtszieht, kommt man auch vorwärts. Würde man diese Zusammenarbeit weiter intensivieren, könnten alle davon profitieren. Im Moment sehe ich leider Wenige, die das wirklich machen wollen und können. Alle sind mit sich selbst beschäftigt, selbst Konstanz und Friedrichshafen haben keinen starken Willen zur Zusammenarbeit über den See hinweg. Das hat sich durch die Corona-Krise noch weiter verstärkt; jetzt kümmert man sich akut um finanzielle Herausforderungen, überlaufene Spitäler etc.

Welche Veränderungen seit 2000 haben Sie wahrgenommen?

Früher war wirklich vieles anders. Da gab es eine ziemliche Euphorie in Sachen grenzüberschreitende Zusammenarbeit, und die Werbetrommel wurde gerührt. Man wurde in den Gemeinden und im Kanton über Interreg-Projekte informiert und sprach darüber. Es schien, fast alles könne über Interreg finanziert und realisiert werden. Ich war sehr oft bei der Geschäftsstelle der IBK in Konstanz und habe verschiedene Veranstaltungen besucht, um mich zu informieren, wie man Projekte beantragen kann. In meiner Erinnerung kam der Schwung insbesondere aus dem Dreiländereck um Basel, wo Interreg offenbar schon früher in Bewegung kam und viele Jahre erfolgreich gelebt und umgesetzt wurde.

Was sind die grössten Errungenschaften der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit in der Bodenseeregion in den letzten 20 Jahren?

Eine wichtige Errungenschaft ist sicherlich, dass der Bodensee als Trinkwasserspeicher bewahrt werden konnte. Der Bodensee war damals in einem ziemlich schlechten Zustand. Heute werden die Abwässer gut gereinigt und der Bodensee kann weiterhin als Trinkwasserspeicher genutzt werden. Das hat etwas mit der hervorragenden Zusammenarbeit über den See hinweg zu tun. Mir fällt noch der internationale Seeradweg rund um den Bodensee ein, der durch unsere Gemeinde führt. Es gibt zwar auch immer wieder kleinere Komplikationen, weil manchmal tausend bis zweitausend Personen an einem Tag mit dem Fahrrad vorbeikommen, aber diese Route schafft auch schöne Begegnungen. Ich wohne in der Nähe des Seeradwegs und spreche die Fahrradfahrer:innen gern an, die oftmals aus Deutschland kommen. Dabei ergeben sich immer wieder spannende Gespräche. Im Tourismusbereich ist die Tageskarte Euregio Bodensee zu nennen. Im Bildungsbereich ist die Internationale Bodensee-Hochschule (IBH) wichtig. Dann sind da noch die Renaturierungsprojekte des Alpenrheins, bei denen meiner Meinung nach gut zusammengearbeitet wird. Das ist höchst interessant und ich denke auch wirkungsvoll. Man darf gespannt sein, ob die gemeinsam geplante Renaturierung zwischen Österreich, Liechtenstein und der Schweiz realisiert werden kann.

Wie hat sich die grenzüberschreitende Zusammenarbeit in den letzten 20 Jahren verändert?

Das ist für mich schwer zu sagen. Unser Leben hat sich generell verändert – ich denke da vor allem an die Digitalisierung. Man hat jetzt die Möglichkeit, online miteinander zu sprechen. Vor 20, 30 Jahren wäre man persönlich zusammengekommen. Ich bin mir

nicht sicher, ob uns die Digitalisierung in der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit weitergebracht hat und ob sie dadurch intensiver geworden ist. Es ist einfacher, digital zu kommunizieren, man kommt leichter zusammen, aber vielleicht ist es auch oberflächlicher. Ich würde sagen, die Art, wie die Menschen in der Bodenseeregion aufeinander zugehen, hat sich aber verbessert. Wir sind sehr freundlich, verständnisvoll und hilfsbereit miteinander. Das bemerke ich immer wieder, wenn ich mit dem Fahrrad unterwegs bin. Sobald ich irgendwo absteige und in die Karte schaue, kommt jemand und fragt: «Kann ich Ihnen helfen?» Man ist immer sehr aufmerksam. Ich glaube schon, dass die Euphorie, die es ursprünglich bei den Interreg-Projekten gab, etwas verflogen ist. Man hört nicht mehr viel davon. Vielleicht sind sie auch zu kompliziert, zu aufwendig. Es gibt längst viele andere Möglichkeiten und Programme, etwas anzugehen. Das Angebot ist sehr gross, und dann macht man das, was am einfachsten ist. Was die Fährverbindungen angeht, gab es in den 1990er-Jahren eindeutig ein Gemeinschaftsgefühl; man wollte sie gemeinsam verbessern. Unser Gebiet liegt ja nahe an der Fähre, und ein Fährbetrieb im Halbstundentakt von Romanshorn nach Friedrichshafen wäre aus meiner Sicht sehr förderlich und ein wichtiges Projekt. Es existiert aber wohl nicht mehr die gleiche Solidarität unter den Mitgliedern der Internationalen Bodensee-Konferenz (IBK). Diese Argumentation findet sich in vielen politischen Diskussionen. Wir haben in der Region Oberthurgau 60’000 Einwohner:innen und sind trotzdem das einzige Gebiet im Kanton Thurgau ohne eigenes Hallenbad. Das wollen wir ändern. Die Arboner:innen sagen aber: «Wir können ja auch nach St.Gallen schwimmen gehen. Warum sollen wir uns in der Region engagieren?» Solche Ausreden hört man heute, weil wir offenbar alles haben und zufrieden sein können.

Welche Rolle spielen übergeordnete Einflüsse, wie die europäische Integrationspolitik und die globale Politik?

Ich habe schon den Eindruck, dass die «America first»-Politik auch hier in gewisser Weise spürbar ist; dass jeder sich wieder eher auf sein direktes Umfeld besinnt, bevor er zu den Nachbar:innen schaut.

Das finde ich persönlich sehr schade. Ich lebe sehr für die Region Ostschweiz, die Leute scheinen sich aber vielfach zu fragen, ob sie es überhaupt nötig haben, mit anderen zusammenzuarbeiten. Vielleicht ist das administrativ zu kompliziert aufgrund der verschiedenen Systeme. Man müsste sich erst mühsam einarbeiten, wie Dinge etwa in Deutschland oder in Österreich gehandhabt werden. Die Schweizer:innen haben das Gefühl, dort sei alles viel komplizierter. Auch der Staat hat eine andere Stellung als bei uns. An einen direkten Einfluss der amerikanischen oder chinesischen Politik glaube ich eher weniger, es geht mehr um die allgemeine Haltung. Der Bedeutungsgewinn des Nationalstaates hat meiner Meinung nach einen sehr grossen Einfluss. Das hat auch die Corona-Situation mit den Grenzschliessungen ziemlich deutlich gezeigt. Solche Veränderungen müssen wir zur Kenntnis nehmen und damit leben. Zudem sind die Schweizer:innen generell skeptisch gegenüber der EU und ihrer Politik. Auf die persönliche Ebene der Zusammenarbeit rund um den Bodensee hat das jedoch wenig Einfluss, denn die Menschen mögen einander grundsätzlich. Aber die Situation zwischen den verschiedenen Nationalstaaten und die Gesetzeslage wirkt sicher hemmend. Ich glaube nicht, dass wir konkurrieren; wir ergänzen uns im Grunde. Auch glaube ich, dass der Integrationsgedanke in Europa nicht unbedingt rückläufig ist, ausser vielleicht in Staaten wie Ungarn oder Polen. Vor 20 Jahren hat der Schweizer Bundesrat ein Gesuch für den EU-Beitritt gestellt, und verschiedene Parteien haben das unterstützt. Heute ist die Haltung in allen Parteien eine andere; eine Integration der Schweiz wird abgelehnt. Das muss man wohl einfach zur Kenntnis nehmen und das Beste daraus machen.

Was sind Ihrer Ansicht nach die grössten Herausforderungen, mit denen die Region aktuell und in den kommenden fünf Jahren konfrontiert sein wird?

Die Kooperation sollte nicht nur auf politischer und verwaltungstechnischer Ebene gelebt und forciert werden, sondern auch die Bevölkerung und insbesondere die Wirtschaft miteinbeziehen. Ich

denke, die Wirtschaft rund um den Bodensee arbeitet nicht gross zusammen, konkurriert aber auch nicht. Weitere Herausforderungen sehe ich in Verkehrsfragen, insbesondere beim ÖPNV, wo es meines Erachtens keine wirkliche Zusammenarbeit gibt. Auch der motorisierte Individualverkehr ist schlecht bis gar nicht koordiniert. Er funktioniert in jedem Abschnitt für sich. Konkret sollte beispielsweise ein Halbstundentakt für die Fähre Romanshorn – Friedrichshafen eingerichtet werden. Aus meiner Sicht ist das einfach ein Muss. Wichtig wäre zudem die Sicherung eines artgerechten Fischbestands im Bodensee und das Thema Tourismus. Zudem beschäftigen uns globale oder nationale Probleme hier in der Region – zum Beispiel Klima, Energie, Umwelt, Wirtschaftsentwicklung, Sicherung der Altersvorsorge, Finanzen, Soziales. Gerade im sozialen Bereich müsste etwas passieren, um überall ähnliche Verhältnisse zu schaffen – obwohl wir auf der Südseite wie auf der Nordseite des Bodensees sozial insgesamt einen recht guten Ausgleich haben. Aber das ist nicht der Verdienst der Zusammenarbeit, sondern der einzelnen Staaten – von Deutschland, der Schweiz und Österreich. Landesgrenzen sind wie Kantonsgrenzen immer ein gewisses Hindernis; allein schon die Gemeindegrenzen! Aber Grenzen gibt es eben, und die haben immer Vor- und Nachteile. Entweder ist man in der Peripherie, dann ist es ein Nachteil, weil alle anderen weit weg sind und die Zusammenarbeit schwierig ist. Oder man profitiert vom Handel über die Grenzen hinweg. Der Bodensee ist auch eine natürliche Grenze. Wir sind in der Peripherie und profitieren daher wenig. In Kreuzlingen, Konstanz, vielleicht noch im Rheintal, beim Seerhein, in Diessenhofen, Stein am Rhein – da ist das einfacher, weil die Wege kürzer sind.

Wie sieht die grenzüberschreitende Zusammenarbeit in 20 Jahren idealerweise aus?

Ich denke, die IBK müsste einen anderen Status erhalten und aktiver werden können. Im Moment basiert sie auf Freiwilligkeit, einstimmigen Entscheidungen und hat keine hoheitlichen Kompetenzen. Ohne diese wird sie aus meiner Sicht nie mehr machen können als heute. Sie müsste zur Zusammenarbeit aufrufen, vielleicht Projektgelder aus den verschiedenen Budgets der Kantone, Landkreise und

Bundesländer sprechen. Aber auch das ist schwierig. Die Beiträge der Mitglieder an die IBK sind relativ gering. Bei den bestehenden Strukturen mit dem Bund und den Kantonen in der Schweiz, dem Bundesstaat, dem Land Vorarlberg und den verschiedenen Gemeinden in Österreich, Liechtenstein mit seinen Gemeinden, Deutschland mit Bund, Bundesländern, Landkreisen, Gemeinden ist das wirklich schwierig. Überall gibt es Behörden mit anderen Gesetzen, Grundlagen und Strukturen sowie mit anderen Kompetenzen. Ich bezweifle, dass das in Zukunft anders strukturiert werden kann. Mein Eindruck ist, dass grenzüberschreitende Zusammenarbeit oftmals nur passiert, wenn genug Leidensdruck da ist, um ein gemeinsames Problem zu lösen. Dann ist sie eine mühsame Angelegenheit, die mit viel Arbeit verbunden ist und die man nur in Angriff nimmt, wenn man eine Lösung vor Augen hat, die einen weiterbringt. Es geht oft weniger darum, etwas gemeinsam anzugehen und von den Nachbar:innen zu lernen. Da besteht noch Potenzial. Das passiert jedoch alles auf freiwilliger Basis; dafür braucht es eigentlich keine Strukturen. Man muss einfach Interesse daran haben, zusammenzukommen und miteinander zu diskutieren. Ich weiss heute, wie zum Beispiel eine Gemeinde und die Landkreise funktionieren und die Bundesländer in Deutschland, weil mich das einfach interessiert. Aber es gibt wahrscheinlich sehr wenige Leute, die sich wirklich damit auseinandersetzen. Wenn wir etwas verändern wollen, müsste man alles strukturell vereinfachen. Eine Diskussion auf Augenhöhe wäre notwendig. Ich denke, auch in der Schweiz verlieren wir die Subsidiarität immer mehr aus den Augen. Aufgaben werden dort gelöst, wo das am effizientesten und günstigsten geht. Bei uns gibt es eine zentralistische Tendenz, ähnlich wie in Deutschland und in Österreich mit dem Bundesstaat. Wenn man Bern und Berlin und Wien abholen muss, wird alles extrem kompliziert. Macht man etwas auf einer niedrigeren Ebene, gibt es dort wenig hoheitsrechtliche Kompetenzen und es läuft mehr auf freiwilliger Basis. Das funktioniert, aber es bewirkt wenig. Je höher Entscheidungen angesiedelt sind, desto akademischer und theoretischer kommen sie daher und werden weniger begriffen von der Bevölkerung, die am Schluss betroffen ist. Ich denke, die interkantonale Zusammenarbeit auf Regierungsstufe funktioniert grundsätzlich. Aber schon bei uns gibt es zwischen dem

Kanton Thurgau und dem Kanton St.Gallen eine Kantonsgrenze. Da sind Unterschiede vorhanden, und die Zusammenarbeit ist sehr schwierig. Frauenfeld ist wiederum Richtung Zürich orientiert. Es gab die Diskussion zum Metropolitanraum Bodensee – ursprünglich hiess das mal Ostschweiz. Das war schwierig, weil alle mehr auf sich schauen und egoistischer werden. Das ist eine Erfahrung, die wir in unseren Funktionen laufend machen.

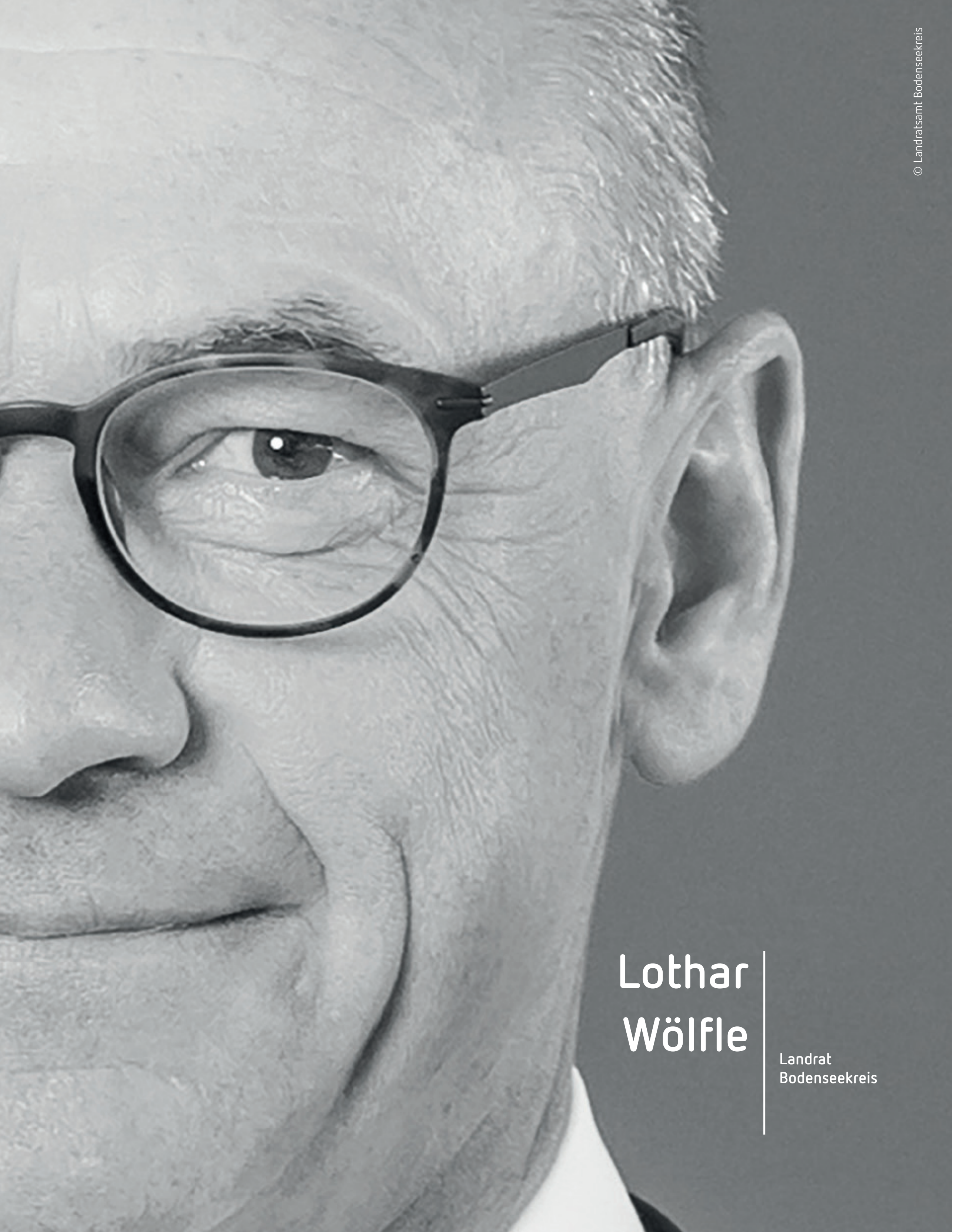
Welche Strukturen bräuchte es, um sich diesem Zukunftsbild anzunähern?

Ich glaube, wir sollten die Zusammenarbeit zukünftig wirklich forcieren und dafür die Strukturen vereinfachen. Die sind aus meiner Sicht aktuell einfach zu kompliziert. Ich erhoffe mir, dass die Strukturen in 20 Jahren einfacher sind, damit die grenzüberschreitende Zusammenarbeit besser wird. Und ich wünsche mir, dass wirklich jede Institution, die Teil der IBK ist, eine Stelle hätte, die die Zusammenarbeit auch nach aussen kommuniziert. Wenn ich Napoleon wäre und frei entscheiden könnte – obwohl ich mit so einer Perspektive als Schweizer naturgemäss meine Probleme habe – würde ich diese Themen bevorzugt behandeln. Wenn ich die Region neu organisieren könne, gäbe es einen Kanton Bodensee, der selbstverständlich zur Schweiz gehört [lacht], weil ich von unserem System einfach überzeugt bin. Flächenmässig wäre er, zusammen mit Graubünden, der grösste Kanton in der Schweiz und im Hinblick auf Bevölkerung und Wirtschaftskraft etwa so stark wie der Kanton Zürich. So gesehen wäre diese Region ein ganz starker Partner in einem starken Nationalstaat. Ich könnte mir Konstanz gut als Hauptstadt vorstellen. Damit wären wir dort angelangt, wo Konstanz im Mittelalter schon einmal war, als weltbekannte Hauptstadt. Das wäre meine Wunschvorstellung!



© Foto Stephan Tobler

Stephan Tobler



© Landratsamt Bodenseekreis

Lothar Wölfle

Landrat
Bodenseekreis

Was gehört für Sie zur Bodenseeregion? Wo beginnt sie, wo hört sie auf?

Das hängt für mich davon ab, in welchem Kontext wir uns bewegen. In unserem Landratsamt gibt es beispielsweise das Amt für Wasser- und Bodenschutz. Da betrachten wir das gesamte Einzugsgebiet des Rheins als Hauptzufluss des Bodensees. Dieses Gebiet reicht weit bis nach Graubünden hinein. Wenn ich die Bodenseeregion unter touristischen Gesichtspunkten sehe, sind die Grenzen deutlich enger; da gehört etwa der Bregenzerwald nicht mehr zur Destination Bodensee.



Und die Gebietskulisse der IBK liegt irgendwo zwischen diesen beiden Polen. Der Kanton Zürich ist zwar Mitglied der IBK, doch das habe ich immer als etwas problematisch wahrgenommen, da ich den Eindruck habe, dass dort einfach andere Parameter gelten. Zürich ist eine Metropole, und das ist ja genau das, was wir ansonsten politisch im Bodenseebereich nicht haben. Das hat man auch an der etwas unglücklich verlaufenen Diskussion um das Projekt Vierländerregion Bodensee gesehen.

Bitte vervollständigen Sie: Die Bodenseeregion ist für mich …?

… zunächst einmal meine Wahlheimat. Ich komme aus Donaueschingen, und das gehört für mich nicht mehr zur Bodenseeregion. Als Vierländerregion ist der Bodenseeraum für mich aufgrund seiner Vielfalt sehr spannend. Es macht mir Spass, in meiner Funktion als Landrat Kontakte in die Nachbarländer zu halten. Diese Vielfalt hat nicht nur mit staatlichen Grenzen zu tun, sondern auch mit der reichen historischen Vergangenheit. Allein im Bodenseekreis haben wir mit den Württembergern, den Badenern und den Fürstenbergern drei Adelshäuser des europäischen Hochadels.

Mit welchen Adjektiven würden Sie den derzeitigen Zustand der grenzüberschreitenden Kooperation beschreiben?

Die beiden Attribute «vielfältig» und «spannend» habe ich ja bereits angesprochen. Trotz gleicher Sprache haben wir, etwa aus Verwaltungssicht, völlig andere Rahmenbedingungen und Vorgehensweisen. Dazu kommen sehr unterschiedliche Interessen der Mitgliedsländer. In Zürich schaut man, glaube ich, anders auf die Bodenseeregion als wir, die wir direkt am See sind. Das macht die Kooperation manchmal etwas zäh. Ein Beispiel aus meiner Arbeit ist die Internationale Bodensee Tourismus GmbH (IBT). Auf der Schweizer Seite haben wir halb öffentlich und halb privat getragene Tourismusorganisationen. Auf der deutschen Seite sind sie im Wesentlichen nur öffentlich getragen. Die Entscheidungsabläufe unter einen Hut zu bekommen, kann manchmal schon sehr, sehr zäh sein. Zu den nationalen Eigenheiten kommt noch hinzu, dass in der Organisation unterschiedliche Rationalitäten aus der Verwaltung und der Privatwirtschaft zusammenkommen.

Worin liegt für Sie der Wert der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit in der Bodenseeregion?

Es ist immer gut, über den Tellerrand zu schauen, was andere machen. Am Bodensee ist das eine Riesenchance, da wir auch Nachbarinnen und Nachbarn haben, die nach anderen Rechtsgrundlagen arbeiten. Ich nenne als Beispiel den öffentlichen Nahverkehr, bei dem vor allem die Schweiz, aber auch Österreich uns hier in Deutschland meilenweit voraus sind. Hier haben wir eine einfache Möglichkeit, uns Einblicke zu verschaffen. Wir machen mit unserem Kreistag seit vielen Jahren einen sogenannten «Tag unter Freunden». Da gehen wir entweder in einen Schweizer Kanton oder nach Vorarlberg oder nach Liechtenstein. Dabei haben wir immer drei Programmpunkte: Einen politischen Teil, in der Regel einen Empfang durch ein Regierungsmitglied, einen wirtschaftlichen Teil, beispielsweise einen Firmenbesuch, und einen kulturellen Teil. Dieser Anlass ist für unsere Kreisrätinnen und Kreisräte hochspannend. Obwohl wir eine direkte Fährverbindung nach Romanshorn haben, weiss man im Grunde wenig über die dortigen Gegebenheiten. Und wenn man neben neuen Ideen die Selbsterkenntnis mitnimmt, dass man zu Hause gar nicht so schlecht aufgestellt ist, kann das durchaus auch helfen.

Worin sehen Sie die grössten Stärken der heutigen Governance-Strukturen und worin die grössten Schwächen?

Wir haben hier am Bodensee eine grosse Vielfalt ganz unterschiedlicher Institutionen, die sich in der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit engagieren. Eine grosse Stärke dieser Vielfalt ist aus meiner Sicht, dass es dadurch gelingt, viele Menschen in diese grenzüberschreitende Zusammenarbeit einzubeziehen. Ich bin als Landrat in verschiedene Organisationen eingebunden – etwa in der IBK, beim Bodenseerat und im Tourismus als Vorsitzender der IBT-Gesellschafterversammlung. Hierbei treffe ich immer wieder auf unterschiedliche Personen. Darin sehe ich den grossen Vorteil, dass es durch diese Vielfalt an Organisationen, mehr oder weniger starr organisiert, einfach gelingt, ganz viele Menschen an der Kooperation zu beteiligen. Das hätte ich in ausschliesslich festen Strukturen so nicht. Gleichzeitig ist das natürlich auch ein Nachteil, wenn ich beispielsweise an die Vierländerregion Bodensee denke. Ich durfte das Projekt seinerzeit bei einer Regierungschefkonferenz der IBK in Bad Ragaz vorstellen und habe das OK bekommen, das Projekt weiterzuverfolgen. Diesen Beschluss dann in der Praxis umzusetzen, war schwierig. Es hat sich gezeigt, dass in den Arbeitsgruppen auf Schweizer Seite eher die Arbeitsebene vertreten war, auf deutscher Seite eher die politische Ebene und seitens Vorarlberg war es eine Mischung von beiden. Es hat einfach nicht funktioniert, das Vorhaben in allen vier Ländern einschliesslich Liechtenstein so auf die politische Ebene zu bringen, dass es von allen mitgetragen wird. Der Nachteil der eingangs gelobten Vielfalt ist also, dass es keine einheitliche Plattform gibt, auf der das dann tatsächlich auch funktioniert. Aber unter dem Strich funktionieren die Governance-Strukturen nach meinem Eindruck ganz gut.

Wie nehmen Sie in diesem Netzwerk die IBK wahr? Welche Rolle nimmt sie für die Zusammenarbeit ein, und worin sehen Sie ihren Mehrwert?

Die IBK ist sicherlich die verbindlichste Institution, weil sie mit Mitteln ausgestattet ist und die Länder und Kantone dahinterstehen. Insbesondere zur Anfangszeit war ein grosser Gestaltungswille spürbar. Mittlerweile erlebe ich die Zusammenarbeit zunehmend als schwierig. Man verliert sich teilweise in Kleinigkeiten. Ein Beispiel der jüngsten Vergangenheit waren die vergeblichen Bemühungen, unter Vorarlberger Vorsitz während der Corona-Pandemie ein einheitliches Schreiben zum Thema Grenzschliessungen an die Landesregierungen in Stuttgart, München und an die Bundesregierungen in Bern, Wien und Berlin zu formulieren. Briefentwürfe gingen unzählige Male zwischen allen möglichen Beteiligten hin und her. Es ist letztlich nicht gelungen, dieses Schreiben zu verfassen. Die Leitidee «Wir sind eine Region und wollen das auch nach aussen vertreten» hat nach meinem Eindruck etwas an Dynamik verloren.

Wie hat sich die Zusammenarbeit in der aktuellen Corona-Pandemie bewährt?

Als Reaktion auf die plötzlichen Grenzschliessungen im März 2020 ist die Abstimmung über die Grenze enger geworden und bezieht nun auch die nationale Ebene mit ein. Seit etwa einem halben Jahr gibt es wöchentliche Video-Schalten zum Thema grenzüberschreitender Personenverkehr in Corona-Zeiten, immer montags um 14 Uhr. Der Schweizer Botschafter in Berlin ist jedes Mal zugeschaltet, ebenso Vertreterinnen und Vertreter der Deutschen Botschaft in Bern, der Regierungspräsidien in Freiburg und Tübingen und der Kantonsverwaltungen von Basel bis St.Gallen und auf der deutschen Seite die Landkreise. Da tauschen wir uns über die Frage aus, in welchen Bereichen es ganz konkret hakt und welche Lösungen möglich sind. So hat beispielsweise der Schweizer Botschafter in der Runde unterstrichen, dass es für die Gesundheitsversorgung in der

Schweiz verheerend wäre, wenn die Pendlerinnen und Pendler aus Deutschland nicht mehr einreisen könnten. An diesem Beispiel zeigt sich, dass sich diese Region immer wieder bemerkbar macht – gegenüber Berlin, Wien und Bern. Auch die 24-Stunden-Regelung für den kleinen Grenzverkehr, die jetzt[4] in Kraft ist, geht ganz wesentlich auf diese Telefon-Schaltkonferenz zurück. Diese Abstimmungen hatten also ganz konkrete Folgen für den Alltag an der Grenze.

[4] Das Interview wurde im Januar 2021 geführt.

Wie hat sich die grenzüberschreitende Zusammenarbeit in den letzten 20 Jahren verändert?

Zu Beginn meiner Mitwirkung bei der IBK, also vor rund 14 Jahren, war das übliche Vorgehen folgendes: Man hat ein Thema eingebracht mit dem Ziel, dass es auf der Plattform IBK weiterverfolgt wird. Von den anderen Partnerinnen und Partnern wurde das mitgetragen, weil wir selbst auch bereit waren, deren Interesse in anderen Bereichen zu vertreten. In den letzten Jahren habe ich das Gefühl, dass die Eigeninteressen stärker in den Vordergrund geraten sind und die Projektideen der anderen Partnerinnen und Partnern kritischer hinterfragt werden. Es wird mehr diskutiert, was einem die Idee, die aus der Schweiz oder Österreich kommt, mir in Baden-Württemberg nützt und weniger gefragt, ob das etwas Positives für die gesamte Bodenseeregion ist. Die endlosen Bemühungen um einen Halbstundentakt auf der Fähre Friedrichshafen–Romanshorn sind ein Thema, bei dem die Veränderungen deutlich werden. Hier fehlt es auch an Engagement auf der baden-württembergischen Seite. Selbst kleine Summen sind mittlerweile nur noch schwer zu mobilisieren. Im Übrigen beobachte ich diese stärkere Orientierung auf den Eigennutz auch bei der Zusammenarbeit in der Region Bodensee-Oberschwaben oder im Gespräch mit Bürgerinnen und Bürgern.

Welche Rolle spielen übergeordnete Einflüsse, wie die europäische Integrationspolitik und die globale Politik?

Ich glaube, dass diese Tendenzen einer gewissen EU-Skepsis und einer Rückbesinnung auf die eigene Nation oder die eigene Region sich auch in der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit niederschlagen. Da muss jeder sein eigenes Verhalten überprüfen und sich kritisch hinterfragen. Ich bin mir nicht sicher, ob wir bei konfliktreichen Themen, wie etwa der Fluglärm-Problematik im Umgang mit den Nachbarinnen und Nachbarn immer den richtigen Ton anschlagen.

Was sind Ihrer Ansicht nach die grössten Herausforderungen, mit denen die Region aktuell und in den kommenden fünf Jahren konfrontiert sein wird?

Das Thema Wasser ist ein Dauerthema und wird auch in fünf Jahren noch wichtig sein. Schlicht und einfach, weil der Bodensee der grösste Trinkwasserspeicher Europas ist. Auch das Thema Verkehr wird wichtig bleiben. Auf deutscher Seite – das habe ich bereits angesprochen – haben wir gegenüber der Schweiz und Vorarlberg noch einen grossen Nachholbedarf. Aber immerhin tut sich etwas: Die Elektrifizierung der Südbahn läuft, der Ausbau der Bodensee-Gürtelbahn ist zumindest in Planung. Auch die Fähre Friedrichshafen–Romanshorn wird ein Thema bleiben. Dann sehe ich eine grosse Herausforderung darin, die Schweiz und die EU so beieinander zu halten, dass die vorhandenen Hürden nicht höher werden.

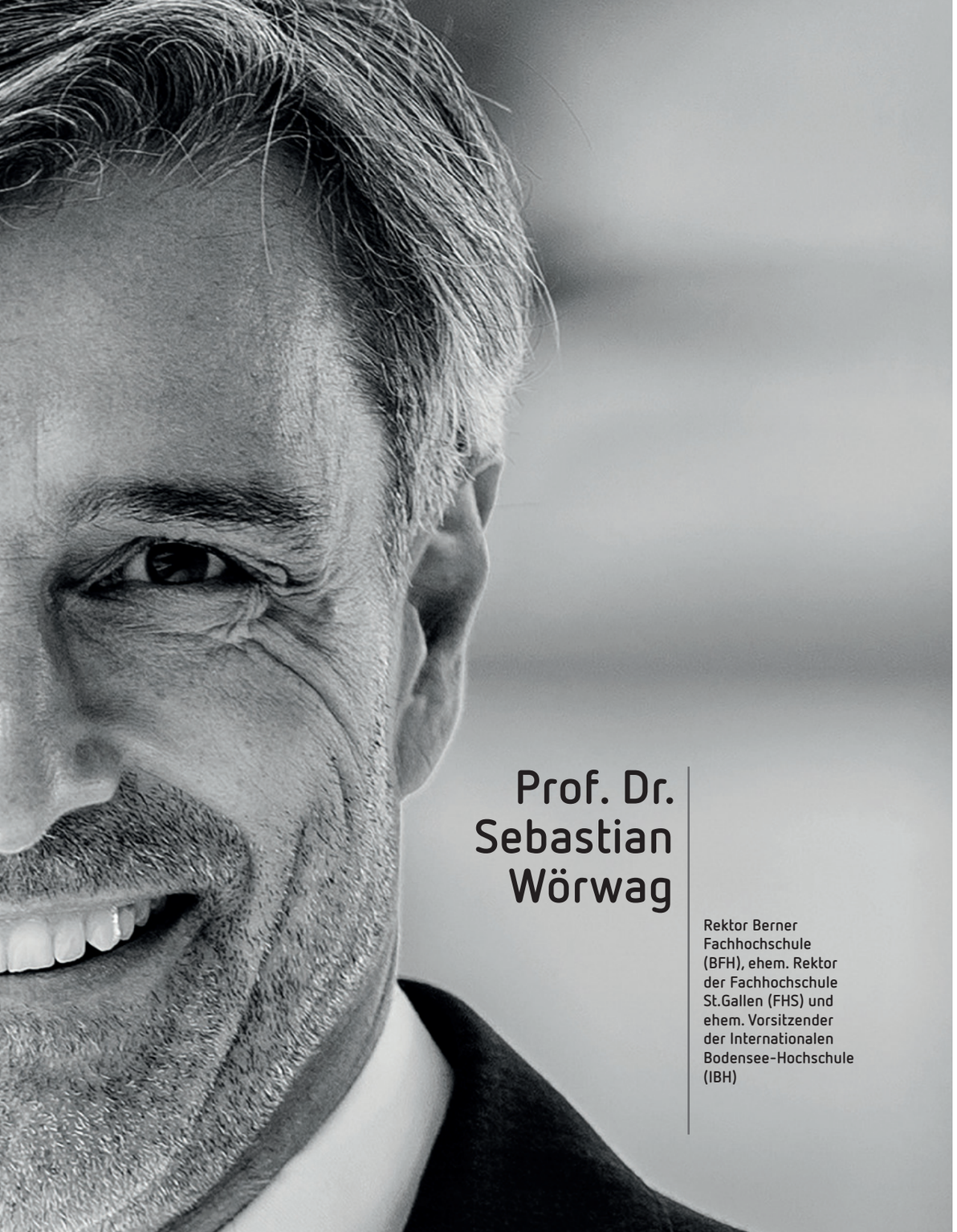
Welche Strukturen bräuchte es, um sich dieser Herausforderungen anzunehmen?

Es gab einmal vor ein paar Jahren in der lokalen Presse eine nicht ganz ernst gemeinte Umfrage. Damals hat man ein Land Alemannien zur Abstimmung gestellt, das die Ostschweiz, Vorarlberg, Liechtenstein, den Landkreis Lindau und das südliche Baden-Württemberg vereint. Dieses Konstrukt hat damals eine hohe Zustimmung erfahren. Wir haben bereits darüber gesprochen, dass Grenzen auch immer die Chance beinhalten, voneinander zu lernen. Wenn es die Grenzen nicht mehr gäbe, würde diese Chance nicht bestehen. Ich würde also, selbst wenn ich es könnte, die Grenzen nicht beseitigen. Ich denke, dass es jenseits von Strukturen immer auch auf die handelnden Personen und ihre Einstellung ankommt. Es wäre schön, wenn es gelänge, ein wenig die Euphorie der Anfangsjahre der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit wieder aufleben zu lassen. Zwei Dinge wären aus meiner Sicht überlegenswert: Erstens wäre ein regionales Budget seitens der Länder für Vorhaben der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit sinnvoll. Diese Finanzmittel würden in der Region verwaltet, um vor Ort wirklich etwas zu bewegen – etwa bei Verkehrsprojekten wie der Fähre. Zweitens bräuchte es eine vernünftige staatsvertragliche Regelung zwischen den vier Ländern, als Basis für die Zusammenarbeit. Dann hätte diese eine noch höhere Verlässlichkeit.



© Landratsamt Bodenseekreis

Lothar Wölfle



Prof. Dr. Sebastian Wörwag

Rektor Berner Fachhochschule (BFH), ehem. Rektor der Fachhochschule St.Gallen (FHS) und ehem. Vorsitzender der Internationalen Bodensee-Hochschule (IBH)

Was gehört für Sie zur Bodenseeregion? Wo beginnt sie, wo hört sie auf?

Für mich wäre das etwa der Raum zwischen Winterthur und Liechtenstein im Süden und Tuttlingen über Sigmaringen bis nach Wangen im Norden. Wichtige Kriterien für die Abgrenzung sind für mich zum einen die Identität, aber auch funktionale Bezüge – etwa aufgrund von Verkehrsachsen, und zu einem gewissen Grad auch Verwaltungsgrenzen. So orientiert sich etwa Winterthur, obwohl im Kanton Zürich gelegen, nach meiner Wahrnehmung auch zur Ostschweiz hin. Das zeigt sich z.B. bei den Verkehrsanbindungen in Richtung St.Gallen oder Konstanz, die ja über Winterthur führen. Zürich hingegen würde ich nicht mehr zur Bodenseeregion zählen. Das ist für mich eine eigene Agglomeration, ein eigener Metropolraum.



Im Hinblick auf die Verwaltungsstrukturen gehören natürlich die Bodenseeanrainerkantone und -staaten, wie Vorarlberg, aber auch Liechtenstein, dazu. Der Bregenzerwald ist nach meiner Wahrnehmung stark bodenseeorientiert. Kempten hingegen ist von der Identität her Bayern. Insgesamt würde ich den Bodenseeraum also ein bisschen kleiner ziehen als sich etwa der heutige Raumzuschnitt der Internationalen Bodensee-Hochschule (IBH) darstellt.

Bitte vervollständigen Sie: Die Bodenseeregion ist für mich…?

… ein Kulturraum. Es ist tatsächlich der Bodensee selbst, der nicht nur den Raum, sondern auch dessen Identität prägt. Die Region ist ein Kulturraum mit einer gemeinsamen Geschichte und einer hohen Attraktivität. Die besondere Lebensqualität der Region ergibt sich für mich aus der Vielfalt und Nähe der unterschiedlichen Landschaften und Erholungsräume, die sie vereint. Da ist der Bodensee einerseits und die Berge in unmittelbarer Nachbarschaft andererseits. Daraus ergibt sich eine hohe touristische Attraktivität. Zur Lebensqualität trägt auch bei, dass es hier nicht das eine Zentrum mit einer hohen Verkehrsdichte gibt, sondern sich Bevölkerung und Aktivitäten relativ gut im Raum verteilen. Trotz einer gemeinsamen Geschichte weist die Bodenseeregion eine hohe Diversität auf. Man merkt das, wenn man die Grenze überschreitet – etwa aufgrund der Verschiedenheiten in der Architektur, der unterschiedlichen Dialekte, beim Konsumverhalten und so weiter. Und ich würde meinen, dass sich die Region auch durch gute Grenznachbarschaften auszeichnet. Das konnte man nicht zuletzt während der Corona-Epidemie etwa zwischen Konstanz und Kreuzlingen sehen.

Worin liegt für Sie der Wert der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit in der Bodenseeregion?

Für mich hat die grenzüberschreitende Zusammenarbeit einen sehr hohen Wert, weil sie Grenzen physisch und symbolisch überwinden hilft. Grenzen versperren den Weg, verhindern Begegnungen, im Kleinen wie im Grossen. Jede Art von Grenze ist mit einer Ausgrenzung verbunden. Unter einer auch humanistischen Perspektive dürfen wir solche Ausgrenzungen nicht hinnehmen. Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit oder der grenzüberschreitende Austausch ist für die Stärke des «alten Europa» als einer Grossregion

im globalen Kontext zunehmend ausschlaggebend. Gerade in einer Welt, in der sich die grossen Wirtschaftsblöcke und Kulturräume immer mehr voneinander abgrenzen, gewinnt die grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Bodenseeraum – inmitten von Europa – an Bedeutung. Sie kann dazu beitragen, dass innerhalb unseres Kontinents die grenzüberschreitende Kohäsion und auch der kulturelle «Fit» zunehmen.

Worin sehen Sie die grössten Stärken der heutigen Governance-Strukturen und worin die grössten Schwächen?

Als grösste Stärke erachte ich das Bekenntnis zu einer gemeinsamen Willensgemeinschaft. Die Regierungen reden miteinander und suchen grenzüberschreitend nach gemeinsamen Interessenlagen. Auf der anderen Seite finde ich die Governance-Strukturen teilweise redundant, überlappend und zu fragmentiert. Es gibt eine hohe Fragmentierung auf Ebene der Organisationen, auch in funktionaler Hinsicht. Die Tourismusakteur:innen bringen ein anderes Raumverständnis mit als beispielsweise die Standortförderungen oder die Hochschulen. Das ist in Summe zu fragmentiert und teilweise zu wenig auf ein gemeinsames, übergeordnetes Raumziel bezogen. Die Koordination von Strategien, aber auch gemeinsame Identifikationsanker werden aktuell noch zu wenig grenzüberschreitend abgestimmt. Der Standortwettbewerb wird noch viel zu kleinräumig gedacht. Und das führt dann im Ergebnis zu überlappenden und teilweise widersprüchlichen Raumdefinitionen.

Wie nehmen Sie in diesem Netzwerk die IBK wahr? Welche Rolle nimmt sie für die Zusammenarbeit ein, und worin sehen Sie ihren Mehrwert?

Die IBK könnte die Rolle spielen, diese Fragmentierung im Sinne von übergeordneten Zielsetzungen, aber auch übergeordneten Strukturen stärker zu konsolidieren. Ein Beispiel ist die Steuerung der IBH durch die IBK. Eine ähnliche Rolle könnte sie zudem in anderen Bereichen, zum Beispiel im Tourismus, spielen. Dort müsste es darum gehen, die touristische Destination Bodensee grenzübergreifend zu entwickeln. Die Zusammenarbeit scheint aber teilweise schon innerhalb der Teilräume, Länder und Kantone schwierig, wenn Tourismus und Standortwettbewerb miteinander vermischt werden. Ein anderes Themenfeld ist die Raum- und Verkehrsplanung. Man könnte etwa bei der Entwicklung von Industrieräumen oder der Ansiedlungspolitik stärker grenzüberschreitend denken. Ich glaube, es gibt in vielen Funktionsbereichen ein grosses Potenzial für grenzüberschreitende Zusammenarbeit. Ein Hinderungsgrund ist oftmals das kleinräumige Denken und der Blick auf die eigenen Vorteile. Teilweise mangelt es auch an der geeigneten Struktur. Hier könnte man aus dem Beispiel IBH lernen, wie solche Strukturen aufgebaut werden könnten.

Wie hat sich die grenzüberschreitende Zusammenarbeit in den letzten 20 Jahren verändert?

Auf der einen Seite konnte man in den letzten Jahren in der Region – unabhängig von Corona – eine Zunahme von territorialstaatlichem Denken beobachten. Das heisst, in der Tendenz grenzt man sich stärker ab und besinnt sich mehr auf das eigene Territorium oder den Nationalstaat. Auf der anderen Seite stelle ich noch immer eine hohe Gesprächsbereitschaft und ein starkes Interesse auch am grenzüberschreitenden Austausch von Erfahrungen und Praktiken bei den Akteur:innen fest. Im Bereich der Hochschulkooperation, also

in der Internationalen Bodensee-Hochschule (IBH), ist nach meiner Erfahrung der Geist der Zusammenarbeit sehr stark vorhanden: In der Anfangsphase war viel Wille zur Zusammenarbeit bei gleichzeitig wenig Strukturbildung beobachtbar. Danach folgten der Aufbau und die Professionalisierung der Strukturen und Verfahren, wodurch die Zusammenarbeit etabliert und gefestigt werden konnte. Grosse gemeinsame Projekte, wie die IBH-Labs, stehen stellvertretend für die Kraft einer gemeinsamen Vision. In den letzten Jahren führten aber auch bei Trägerkantonen und -ländern zunehmend finanzpolitische Nutzenüberlegungen zu einer etwas brüchigeren Willensgemeinschaft. Insofern steht die IBH in Zukunft vor einem Scheideweg: Schafft sie es, den Geist einer Willensgemeinschaft zu festigen und damit zu einem Rollenvorbild für europäische Zusammenarbeit zu werden? Oder läuft sie Gefahr, dass territoriale Grenzziehungen und Kleinräumigkeit die Oberhand gewinnen? Bei alledem sollten wir uns immer wieder unserer gemeinsamen kulturellen Verbundenheit bewusst werden.

Was sind Ihrer Meinung nach mögliche Ursachen für diese Veränderungen?

Eine Rolle spielen sicherlich neue gesellschaftliche Herausforderungen, die sich zunehmend auch regional abbilden. So war vor wenigen Jahren das Thema Migration und die damit herausgeforderte Flüchtlingspolitik auch eine Frage von regionalen Zuteilungen. Die Willkommenskultur in Deutschland beispielsweise hat dazu geführt, dass über Nacht einzelne Regionen stark gefordert waren. Aktuell führt die Corona-Pandemie ebenfalls zu einer stärkeren regionalen Orientierung. Regionale Schutzkonzepte und die anfänglich spärliche Koordination der Pandemiebekämpfung sind ein Stück weit ein Zeichen, dass selbst innerhalb der Länder und Kantone die Solidarität abnimmt. Blickt man ins Ausland, so zeigen sich immer mehr Narrative, die eine Rückbesinnung auf das eigene Territorium beinhalten. So ist 2016 «America first» eben nicht nur ein Wahlslogan geblieben. In anderen Ländern hört man ähnliche Töne – Tendenzen zur Abgrenzung und Abschottung. Regionalisierung mag vielleicht als Grundtendenz unserer Zeit, vielleicht auch als Gegenbewegung zur Globalisierung gesehen werden.

Welche Rolle hat die IBK in den vergangenen 20 Jahren gespielt?

Für den Hochschulbereich gilt sicherlich, dass sowohl die IBK als auch das Interreg-Programm Voraussetzungen dafür waren, dass eine Form von Zusammenarbeit so möglich war, wie wir sie mit der Internationalen Bodensee-Hochschule (IBH) erreicht haben. Bestimmt hätten auch ohne IBK oder Interreg einzelne Hochschulen zu bilateralen Kooperationen gefunden. Der Ansatz der IBH, gesamthaft und raumübergreifend zusammenzuarbeiten, wurde aber erst möglich durch die normative Setzung der IBK. Diese klare politische Willensbekundung «Wir wollen das» seitens der Träger der Hochschulen – denn diese sind ja in der IBK zusammengeschlossen – war sehr wichtig. Aber auch die Fördermöglichkeiten durch Interreg waren gerade zu Beginn als finanzieller Anreiz bedeutend. Zumindest in der Anfangsphase war die IBH ein Stück weit auch eine «Beutegemeinschaft». Die Fördermittel haben die Zusammenarbeit ermöglicht. Diese Instrumente hätten wir sicher stärker für den grenzüberschreitenden Erfahrungsaustausch nutzen können – etwa in Form des Vergleichs der jeweiligen regionalen Systeme im Bereich der Hochschulbildung und -forschung.

Was sind die grössten Errungenschaften der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit in der Bodenseeregion in den letzten 20 Jahren?

Da würde ich die grenzüberschreitende Wissenschaftskooperation nennen. Diese wäre ohne die entsprechenden Institutionen der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit wahrscheinlich so nicht realisiert worden. Sie stellt einen Mehrwert für die Region dar. Mit ihr ist ein gemeinsamer Hochschulraum entstanden, der ein Stück weit auf einer Kohäsion der unterschiedlichen Kulturen und einem Verständnis von etwas Gemeinsamen, einem gemeinsamen Nenner basiert. So ist bei den beteiligten Hochschulen die Einsicht gewachsen, dass man nicht nur auf die eigene Hochschule und den eigenen kleinen Markt schauen sollte, sondern wirklich in Kooperationen die Vorteile des Miteinanderdenkens von Themen erreicht. Für mich ist die IBH daher schon ein Vorzeigebeispiel.

Ein anderes Beispiel ist die Zusammenarbeit beim Gewässermanagement. So hat sich im Lauf der Jahre die Wasserqualität des Bodensees dank des Zusammenspiels der unterschiedlichen Anrainerstaaten verbessert. Gerade hier konnte das «Sankt-Florians-Prinzip», also «Heiliger Sankt Florian / Verschon mein Haus, zünd andre an!», durchbrochen werden. Die Gefahr von Grenzräumen ist ja, dass die Entwicklungen, die hinter der Grenze passieren, nicht so interessieren. Ich glaube, da haben diese übergeordneten Institutionen wie IBK und Interreg einen wesentlichen Beitrag zu einem Bewusstseinswandel geleistet. Zukünftig kann eine solche Herangehensweise auch bei anderen Themen, etwa bei der Mobilität, der Raumplanung oder einer koordinierten Standortpolitik, für gute Lösungen sorgen. Hier liegt noch ein grosses Potenzial.

Was sind Ihrer Ansicht nach die grössten Herausforderungen, mit denen die Region aktuell und in den kommenden fünf Jahren konfrontiert sein wird?

Eine grosse Herausforderung – oder positiv formuliert: ein noch nicht gehobenes Potenzial in der Vierländerregion – liegt nach meiner Meinung darin, vermehrt vergleichende Länderstudien zu machen. Beispielsweise zum Funktionieren der Zivilgesellschaft und gesellschaftlicher Institutionen sowie zur Rolle des Staates und seiner Dienstleistungen den Bürger:innen gegenüber, etwa in den Bereichen Gesundheit und Soziales. Hier kann man rund um den Bodensee noch einiges voneinander und miteinander lernen. Dabei bleibt bei einer gemeinsamen, transnationalen Wissensproduktion allerdings die Herausforderung, dass die Erkenntnisse wieder im jeweiligen regionalen Umfeld mit seinen spezifischen Rahmenbedingungen eingebettet werden müssen. Das heisst: Übergeordnete Erkenntnisse müssen wieder auf die jeweiligen Verwaltungssysteme und rechtlichen Gegebenheiten angepasst werden.

In welchen Bereichen sehen Sie den grössten Handlungsbedarf?

Ich denke, den gibt es grundsätzlich für alle gesellschaftlichen Herausforderungen – ob soziodemografischer Wandel oder die Frage der räumlichen Identität. Diese Fragen stellen sich in Baden-Württemberg genau gleich wie im Kanton Schaffhausen oder Appenzell-Ausserrhoden. Konkret übersetzt: Was hält die Menschen in einer Region? Was ist der Wert der Region als Handlungsebene für die Lösung drängender Zukunftsfragen? Und: Wie kann man das auch grösser, nämlich bodenseeweit denken? Ich glaube, dass dieser Raum in gewissen Bereichen und Technologiefeldern einen Modellcharakter haben kann. Beispielsweise als Reallabor für eine intelligente Mobilität oder einen nachhaltigen Tourismus. Hier könnten modellhafte Lösungen entwickelt werden, die – wenn sie in einem grenzüberschreitenden Kontext funktionieren – schlussendlich überall funktionieren könnten. Gerade weil sie eben diese Diversität der Vierländerregion aufgreifen. Was in der Bodenseeregion funktioniert, funktioniert wahrscheinlich genau gleich in einer grenzüberschreitenden Zusammenarbeit beispielsweise zwischen dem Elsass und Deutschland oder auch interkantonal in der Schweiz. Wenn man mit der Diversität umgehen kann, so denke ich, kann man in vielen Bereichen Modelle entwickeln, die in unterschiedlichen Regionen Anwendung finden.

Wie sieht die grenzüberschreitende Zusammenarbeit in 20 Jahren idealerweise aus?

Ein wichtiger Aspekt ist für mich Offenheit. Ich wünsche mir eine Bodenseeregion, die in mehrerlei Hinsicht offen ist. Einmal räumlich zwischen ihren Teilräumen und dann aber auch gegenüber anderen Regionen. Zum anderen wünsche ich mir eine Offenheit für öffentliche Diskurse zu gesellschaftlichen Herausforderungen. Das heisst, dass es hier Möglichkeiten und Gefässe gibt, Diskurse zur Frage zu führen, welche Gesellschaft wir eigentlich sein wollen. Und dass es gelingt, dabei im Sinne von Vertretungsdiskursen die Bürger:innen miteinzubeziehen. Ich denke, dass über eine Orientierung an Dialog und Diskurs nicht nur das Zivilengagement gestärkt wird, sondern auch unter Beteiligung aller neue Lösungen für gesellschaftliche Herausforderungen entstehen können. Ich wünsche mir zudem eine Region, die sich ihrer kulturgeschichtlichen Wurzeln, aber ebenso ihrer zentralen Lage in Europa bewusst ist. Und die für ihre kulturellen Grundlagen in verschiedenerlei Hinsicht Sorge trägt. Das heisst, dass sie sich in gewissen Fragen als Anker mitteleuropäischer Kultur bewusst ist, gleichwohl aber auch Kulturdifferenzen akzeptiert. Eine Region, in der Traditionen bewahrt und sichtbar gemacht werden und die unterschiedliche funktionale Kulturen, also beispielsweise die Kreativwirtschaft, aktiv fördert. Ich würde mir eine Region wünschen, in der an Grenzen keine Schlagbäume mehr stehen und die keine bewachten Übergänge mehr kennt, an denen es etwas zu verzollen gibt. Ich wünsche mir eine Region, in der Grenzen weder physisch noch in den Köpfen der Menschen vorhanden sind. Ich wünsche mir, dass es eine Form von gemeinsamer Identität gibt. Eine Region also, in der es einen Zusammenhalt für ein Miteinander und Füreinander gibt. Und ich würde mir schliesslich eine Region wünschen, die klare Differenzierungsmerkmale auch zu anderen Regionen aufweisen kann. In der man deutlich macht, was die Bodenseeregion beispielsweise von den Metropolräumen München oder Zürich unterscheidet und ihre Besonderheiten herausstellt. Hier sehe ich, wie eingangs angesprochen, etwa das Thema Lebensqualität und kurze Wege, aber auch einen spürbaren Pragmatismus, mit dem gute Lösungen erarbeitet werden, die den Bürger:innen helfen.

Welche Strukturen bräuchte es, um sich diesem Zukunftsbild anzunähern?

Ich denke, es bräuchte wahrscheinlich ein klares politisches Commitment auf Regierungsebene und eine relativ hohe Frequenz des grenzüberschreitenden Austauschs auf Ebene der Regierungen und Parlamente. In dem Sinne, dass man wichtige Themen auf eine gemeinsame politische Agenda nimmt und dazu ein politisches Bekenntnis abgibt. Ich glaube, dazu braucht es Strukturen, die diesen politischen Willen, sollte er denn da sein, wirklich in Programme umsetzen. Diese Rolle könnte die IBK übernehmen. Es braucht letztlich jemanden, der diese Programme durchführt. Das könnten bis zu einem gewissen Grad Bildungsräte oder Hochschulen, aber auch private Initiativen sein. Ich würde wahrscheinlich noch stärker auf ziviles Engagement und entsprechende Bürgerinitiativen setzen und diese fördern. Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit muss zukünftig stärker «von unten» kommen.



© Foto Prof. Dr. Sebastian Wörwag

Prof. Dr. Sebastian Wörwag



© Fotograf: Achim Mende

Zur Zukunft der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit in der Bodenseeregion

Roland Scherer
Simone Strauf

Aufgrund der spezifischen Grenzraumsituation mit vier Nationalstaaten, einer EU-Aussengrenze sowie mehreren subnationalen Einheiten wirken auf die Bodenseeregion unterschiedliche Einflüsse. Die Bodenseeregion ist – wie andere Regionen auch mit vielfältigen Herausforderungen konfrontiert, die einerseits auf die Entwicklung des Raums wirken, andererseits aber auch Anpassungen der institutionellen Strukturen in den einzelnen Teilregionen wie in der Gesamtregion erfordern. Hier stellen sich jedoch spezielle Anforderungen an ein übergeordnetes Entwicklungsleitbild, zudem fehlen Strukturen für eine gemeinsame demokratische Willensbildung und die Umsetzung von konkreten Massnahmen und Projekten ist immer mit einem hohen Kooperationsaufwand verbunden.

Kritik am Mehrwert grenzüberschreitender Zusammenarbeit

Zwar blickt die Bodenseeregion, wie eingangs ausgeführt, auf eine langjährige Tradition der grenzüberschreitenden Kooperation mit etablierten Netzwerkstrukturen zurück. Trotz aller offensichtlichen Erfolge wurde in den vergangenen Jahren zunehmend Kritik laut, dass diese Strukturen aufgrund ihrer Vielschichtigkeit und Komplexität für Aussenstehende wenig transparent und der entstandene Mehrwert der grenzüberschreitenden Kooperation daher oftmals nicht sichtbar seien. Der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit wird teilweise vorgeworfen, nicht wirklich viel bewegen zu können, sehr aufwendig, bürokratisch und wenig flexibel zu sein (vgl. z. B. die Umfrage zur SWOT-Analyse des Interreg-V-Programms Alpenrhein-Bodensee-Hochrhein). Hinzu kommt die Erkenntnis, dass konfliktreiche Themen – wie etwa die grenzüberschreitende Lärmproblematik des Flughafens Zürich, die grenznahen Standortvorschläge für das Schweizer Atomendlager oder grosse Fachmärkte, die auch anders regulierte Märkte im Nachbarland ins Visier nehmen – bislang durch die bestehenden grenzüberschreitenden Netzwerke nicht gelöst werden konnten. Die Kritik an der begrenzten Wirksamkeit der grenzüberschreitenden Kooperation ist nichts Neues, und immer wieder finden sich Beispiele hierfür in (wissenschaftlichen) Publikationen oder politischen Deklarationen. Selbst wenn neue

grenzüberschreitende Institutionen gegründet werden, schwingt meist eine Unzufriedenheit mit bestehenden Strukturen mit – wie zuletzt beim Beschluss der Charta für einen Metropolitanraum Bodensee. Die begründete Kritik führt auch dazu, dass bestehende Institutionen ihre Strukturen überprüfen. So beschäftigte sich die IBK im Rahmen der Erarbeitung ihres Leitbilds für die Bodenseeregion 2017 mit Optimierungsmöglichkeiten für die Governance-Strukturen im Grenzraum (vgl. Scherer & Schnell 2017). Aktuell überprüfen langjährige grenzüberschreitende Institutionen – wie die Bodensee Standortmarketing GmbH (BSM) oder die Internationale Bodensee Tourismus GmbH (IBT) – ihre Strukturen. Teilweise werden dabei die Kooperationen grundsätzlich infrage gestellt und im Einzelfall scheint die Auflösung einer bestehenden Gesellschaft nicht ausgeschlossen.

Zukünftige Herausforderungen für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit

Die Interviews haben gezeigt, dass die heutigen Strukturen der grenzüberschreitenden Kooperation zwar grundsätzlich als geeignet angesehen werden, allerdings dringend weiterentwickelt werden müssen, um den zukünftigen Herausforderungen begegnen zu können. Vor dem Hintergrund des Erfahrungswissens und zukünftiger Einflussfaktoren lassen sich folgende Herausforderungen identifizieren:

- Bislang fehlt in der Bodenseeregion, den Teilregionen und vor allem bei der regionalen Bevölkerung eine Vision, in welche Richtung sich die Bodenseeregion langfristig entwickeln soll und kann. Das auf politischer Ebene erarbeitete Leitbild der IBK für die Bodenseeregion mit den darin formulierten Entwicklungszielen und einer mehrjährigen Strategie ist in der breiten Öffentlichkeit wenig bekannt. Die von der IBK initiierten Vereinbarungen mit den Partnerorganisationen der Bodenseeparlamente, der Bodenseestädte und dem Bodenseerat zur Umsetzung des Leitbilds sind ein erster Schritt in diese Richtung. Dennoch ist ein breites Commitment der politischadministrativen Institutionen auf kommunaler und regionaler Ebene bislang nur teilweise vorhanden. Zudem lässt sich derzeit mancherorts eine zunehmende Konkurrenz zwischen den einzelnen Teilregionen erkennen, die die gesamtregionalen Entwicklungsziele in den Hintergrund treten lassen.
- Trotz zahlreicher erfolgreicher Einzelprojekte ist es der Bodenseeregion bislang nur in Ansätzen gelungen, den Nutzen und Mehrwert von grenzüberschreitenden Projekten und Kooperationen den regionalen Entscheider:innen und der regionalen Bevölkerung zu vermitteln. Mitverantwortlich hierfür dürfte unter anderem sein, dass die bestehenden grenzüberschreitenden Leitbilder und Strategien noch zu wenig fokussiert sind und zu wenig Orientierungskraft entwickeln, um einen wirkungsvollen Rahmen für die vielen guten Einzelprojekte bilden zu können. Ein solcher Orientierungsrahmen ist aber notwendig, um Wirkungen einzelner Projekte für den Gesamtraum entstehen zu lassen, die auch für die Bevölkerung erkennbar sind.
- Die Nutzenerwartungen an die grenzüberschreitende Zusammenarbeit sind gestiegen und ihre Ausrichtung hat sich verändert: Waren es in der Vergangenheit Projekte, die für die Bodenseeregion einen gesamthaften, oftmals symbolischen Nutzen stiften sollten, müssen heute auch grenzüberschreitende Projekte für jeden einzelnen Partner einen individuell nachvollziehbaren, idealerweise ökonomisch messbaren Nutzen generieren. Spieltheoretisch gesprochen kam es hier zu einer Veränderung von der Kaldor-Hicks-Effizienz, bei der der Nutzen für die Gesamtregion im Fokus steht, hin zu einer Pareto-Effizienz mit einer Fokussierung auf den individuellen Nutzen der beteiligten Teilregionen.
- Grenzüberschreitende Projekte und Massnahmen erfordern einen vergleichsweise hohen Koordinationsaufwand und werden oftmals als bürokratisch und wenig produktiv wahrgenommen. Unterschiedliche rechtliche Rahmenbedingungen und politisch-administrative Zuständigkeiten in den einzelnen Teilregionen, beschränkte personelle und finanzielle Ressourcen oder auch die unterschiedliche Priorisierung einzelner Massnahmen erschweren eine effiziente Durchführung. Ebenfalls hinderlich ist das Einstimmigkeitsprinzip vieler grenzüberschreitender Institutionen, das gerade bei räumlich unterschiedlich verteiltem Nutzen einer schnellen

Entscheidungsfindung entgegensteht. Eine wichtige Rolle spielen in diesem Zusammenhang die beteiligten Personen: Je höher die (intrinsische) Motivation der einzelnen Akteur:innen und je besser die persönlichen Kontakte, desto höher der Kooperationserfolg.

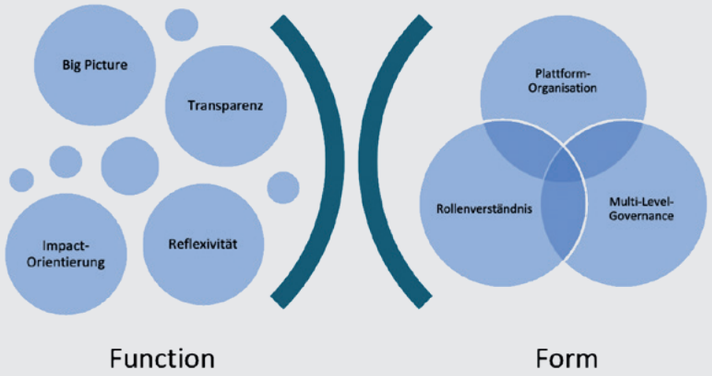
- Die für die Bodenseeregion typische Netzwerkstruktur zeichnet sich durch eine grosse Vielfalt aus. Sie ist daher für viele wenig fassbar und unübersichtlich. Für Aussenstehende ist schwer zu erkennen, wer für was zuständig ist, wodurch Doppelspurigkeiten entstehen können. Dies führt bei manchem/r Betrachter:in zu dem Eindruck, die grenzüberschreitende Zusammenarbeit in der Bodenseeregion sei ineffizient und teilweise sogar beliebig. Auch wenn sich in den vergangenen Jahren einiges verändert hat und insbesondere die IBK eine stärkere Führungsrolle übernimmt, indem sie die Vereinigungen der Parlamente und Städte verstärkt einbezieht, bleiben die fehlende Transparenz und die unklare Rollenverteilung eine Herausforderung.
- Gerade die Erfahrungen der COVID-19-Pandemie und der damit in Zusammenhang stehenden temporären Grenzschliessungen haben deutlich gezeigt, wie wichtig funktionierende Beziehungen über die Grenzen hinweg sind. Sie haben ebenso gezeigt, dass es angesichts heutiger Problemlagen nicht mehr ausreicht, allein auf regionaler Ebene intakte Kooperationsstrukturen zu haben, sondern dass es zwingend notwendig ist, auch in den nationalen Zentren Berlin, Bern und Wien wahrgenommen zu werden, damit gemeinsam mit den zuständigen nationalen Stellen an Lösungen gearbeitet werden kann.
- Die Bodenseeregion steht mit anderen Regionen in Konkurrenz und ist damit im Wettbewerb um wichtige Produktionsfaktoren wie etwa Arbeitskräfte, Unternehmen, Gäste oder auch öffentliche Infrastruktureinrichtungen. In der grenzüberschreitenden Bodenseeregion ist diese Konkurrenz eine doppelte – zum einen der Bodenseeregion mit anderen Regionen, zum anderen der Teilregionen der Bodenseeregion untereinander. Hierdurch entsteht die Notwendigkeit einer «Koopetition» zwischen einzelnen Akteuren und Teilregionen innerhalb der Gesamtregion: kooperatives Verhalten nach aussen bei regional bedeutsamen Aktivitäten, Konkurrenz nach innen bei der konkreten räumlichen Verteilung der Produktionsfaktoren.
- Schlussendlich zeigt sich eine unterschiedliche Priorisierung grenzregionaler Politik in den einzelnen Teilregionen. Etwas plakativ kann dies mit «Die Kirchtürme und die Grenzzäune werden wieder höher» umschrieben werden. Diese Entwicklung lässt sich nicht nur in der Bodenseeregion, sondern auch in anderen Grenzregionen und vor allem auf nationalstaatlicher Ebene feststellen. Es mehren sich Anzeichen, dass der europäische Integrationsgedanke weniger stark gewichtet wird und ähnlich der «America first»-Politik nationale Interessen die Oberhand gewinnen.

Trotz der zahlreichen Herausforderungen kann festgehalten werden, dass sich die grenzüberschreitende Zusammenarbeit in der Bodenseeregion auf einem auch im internationalen Vergleich hohen Niveau befindet – trotz oder vielleicht gerade wegen der netzwerkartigen, eher informellen Governance-Struktur mit nur wenigen formalen Regelungen. Insbesondere die Vielzahl an grenzüberschreitenden Institutionen und der über die Grenzen hinweg erfolgreich durchgeführten Projekte ist beachtlich. Dennoch ist es notwendig, die bestehenden Strukturen weiterzuentwickeln, ohne sie grundsätzlich infrage zu stellen.

Weiterentwicklung der bestehenden Governance-Strukturen: Form follows function

Bei der Weiterentwicklung bestehender Strukturen richtet sich der Blick immer auf das gesamte Governance-System und nicht auf einzelne Akteure, wie etwa die IBK. Wir greifen bei den folgenden Überlegungen einerseits auf Aussagen der Interviewpartner:innen zurück, andererseits auf Überlegungen der wissenschaftlichen Diskussionen zur horizontalen und vertikalen Kooperation in Räumen respektive der regionalen Governance-Diskussion. Dem Grundsatz «form follows function» des US-amerikanischen Architekten Louis Sullivan folgend, ergeben sich erst aus den inhaltlichen Elementen

und Zielsetzungen die hierfür notwendigen strukturellen und prozessualen Anpassungen. In der folgenden Abbildung sind diese im Überblick dargestellt.



Auf der inhaltlichen Ebene sind mehrere Ansatzpunkte denkbar, die zu einer Intensivierung und gleichzeitig zu einer Optimierung der grenzüberschreitenden Kooperation in der Bodenseeregion führen können.

Von zentraler Bedeutung ist es, ein **„Big Picture"** zu entwerfen, das ein klares und auch visionäres Zukunftsbild für die grenzüberschreitende Bodenseeregion aufzeigt. Mit dem Leitbild der Internationalen Bodensee-Konferenz (IBK) für die Bodenseeregion liegt bereits eine übergeordnete Zielsetzung vor, die in Ansätzen in diese Richtung geht. Mit dem Zukunftsbild „Softurbane Ostschweiz" der beiden IHKs St.Gallen-Appenzell und Thurgau oder dem Markenprozess in Vorarlberg – hier exemplarisch genannt – bestehen auf der teilregionalen Ebene ebenfalls eigene Zielbilder für die zukünftige Entwicklung. Und auch auf kommunaler Ebene verfügen heute viele Städte und Gemeinden über Entwicklungsleitbilder. Allerdings zeigt sich, dass die Leitbilder der verschiedenen räumlichen Ebenen nur begrenzt aufeinander abgestimmt sind und eine übergeordnete Zielsetzung

fehlt. Dies ist aufgrund unterschiedlicher Kompetenzen und rechtlicher Rahmenbedingungen ohnehin kaum möglich. Gleichwohl kann solch ein „Big Picture", das in einem breit abgestützten Prozess in der Bodenseeregion entwickelt und/oder diskutiert wird, eine wichtige Funktion haben, da es eine übergeordnete, breit abgestimmte und transparente Orientierung gibt, in welche Richtung sich die Bodenseeregion entwickeln will. Wichtig ist dabei, dass dieses „Big Picture" klare Aussagen dazu enthält, welche Entwicklungsschwerpunkte die Bodenseeregion verfolgt: Wachstum, Nachhaltigkeit oder Stabilität. Das „Big Picture" dient somit gewissermassen als Polarstern für die zukünftige Entwicklung, an dem man sich orientiert – auch wenn das formulierte Ziel nie vollständig erreicht werden kann und die Entwicklungsvorstellungen laufend weiterentwickelt und angepasst werden müssen. Das „Big Picture" wäre also der Rahmen, an dem sich alle grenzüberschreitenden Projekte und Massnahmen orientieren und zu dessen Umsetzung sie einen konkreten Beitrag leisten müssten.

Eine weitere wichtige Anforderung an die inhaltliche Weiterentwicklung der grenzüberschreitenden Kooperation ist eine klare **Impact-Orientierung** der einzelnen Projekte und Massnahmen. Voraussetzung für eine solche Orientierung ist, dass die jeweils zugrunde liegenden Ziele, die mit einem Projekt oder einer Massnahme verfolgt werden, klar formuliert sind. Diese Ziele ergeben sich aus dem übergeordneten Leitbild und umfassen in der Regel mehrere Themenbereiche. Nur so ist es möglich, den Mehrwert der grenzüberschreitenden Kooperation zu bewerten und sichtbar zu machen. Der Mehrwert kann nicht nur in ökonomischen oder monetären Einheiten gemessen werden, sondern sollte auch integrations- und umweltpolitische Wirkungen aufzeigen können. Die bislang oftmals nur begrenzte Erfassung des Mehrwerts grenzüberschreitender Kooperation ist jedoch meist kein formales Problem, sondern ein politisch-strategisches. Ohne klare (politische) Ziele kann es keine Wirkungskontrolle geben. Impact-Orientierung darf jedoch nicht zu einem (unnötigen) Mehraufwand führen, sondern ist als zentrales und integriertes Element eines grenzüberschreitenden Projektmanagements zu betrachten.

In engem inhaltlichen Zusammenhang mit der Impact-Orientierung ist die Notwendigkeit einer verstärkten **Reflexivität** der grenzüberschreitenden Kooperationen zu sehen. Hierzu braucht es über die verschiedenen Institutionen und Akteure hinweg neue Formen des reflexiven Lernens und der kritischen Betrachtung der eigenen Aktivitäten. Alle beteiligten Ebenen müssen sich folgende Fragen stellen:

- Hat mein Projekt, meine Massnahme die ihm zugrunde liegenden Ziele erreicht, und wenn nicht, warum?
- Welchen Beitrag hat das einzelne Projekt, die einzelne Massnahme zur Erreichung der übergeordneten Entwicklungsziele geleistet? Und sind die Projekte und Massnahmen überhaupt geeignet, diese zu erreichen?
- Stimmen die übergeordneten Entwicklungsziele noch, oder müssen sie vor dem Hintergrund neuer Herausforderungen für die Region angepasst werden?

Transparente, flexible und bedarfsorientierte Strukturen

Auch auf institutioneller und prozessualer Ebene braucht es unseres Erachtens eine Reihe von Anpassungen, um die bestehenden Strukturen weiterzuentwickeln und zukunftsfit zu machen. Wir gehen davon aus, dass die bestehenden Strukturen mit ihren vielfältigen Akteuren und Netzwerken weiterhin die Zusammenarbeit in der Bodenseeregion prägen (sollen). In einigen Bereichen bedarf es jedoch der institutionellen Weiterentwicklung und Öffnung.

Aufgrund der Vielzahl, Diversität und Intransparenz der bestehenden Strukturen braucht es Klarheit bezüglich der **Rollen** und des **Rollenverständnisses** der einzelnen Institutionen und Netzwerke. Oftmals sind in Grenzregionen die Ansprechpartner im Nachbarland in Bezug auf eine konkrete Fragestellung nicht bekannt oder es werden mit neuen Institutionen Doppelspurigkeiten aufgebaut, die zu Konflikten mit bestehenden Einrichtungen führen. Unklare Rollen und ein unklares Rollenverständnis finden sich nicht nur zwischen einzelnen Institutionen, sondern auch zwischen unterschiedlichen (politischen)

Ebenen: Welches sind die konkreten Aufgaben und Zuständigkeiten der grenzüberschreitenden Institutionen und in welchem Verhältnis stehen sie zu teilregionalen Institutionen, die sich oftmals mit gleichen Themen beschäftigen und Träger oder Partner der grenzüberschreitenden Institutionen sind, wie etwa die IBT oder die IBH? Es bedarf einer klaren (thematischen) Rollenverteilung sowohl auf der horizontalen als auch auf der vertikalen Ebene – also zwischen den teilregionalen Institutionen und den gesamtregionalen Akteuren. Hierzu braucht es konstruktive Dialoge zwischen den Akteuren und vor allem die Bereitschaft, Unterschiede zu akzeptieren und Konkurrenz zuzulassen. Kooperation bei gleichzeitiger Konkurrenz muss hier kein Widerspruch sein: Koopetition heisst das Zauberwort, bei dem verschiedene Akteure mit klar definierten Rollen gemeinsam eine Region nach vorn bringen.

Ein weiteres wichtiges Feld zur Optimierung der bestehenden Strukturen ist der Bereich der **Multi-Level-Governance.** Bislang funktionieren die regionalen grenzüberschreitenden Beziehungen in der Bodenseeregion auf Ebene der Bundesländer, Kantone und des Fürstentums Liechtenstein relativ gut. In der Vergangenheit hat sich die Bodenseeregion eher von den nationalen Zentren abgekoppelt gefühlt und diese waren wenig in die bestehenden grenzüberschreitenden Institutionen integriert. Gerade die Erfahrungen der coronabedingten Grenzschliessungen haben deutlich gezeigt, dass es dringend funktionierender Strukturen und Prozesse bedarf, damit sich die abseits der politischen Zentren gelegene Bodenseeregion auch gegenüber der nationalen und europäischen Ebene Gehör verschaffen kann. Mit Besuchen der IBK-Regierungschefs in Brüssel und Bern wurden in den vergangenen Jahren bereits erste Vorstösse in diese Richtung unternommen und eine Dialogplattform erbeten, die sich um ebenenübergreifende und multilaterale Lösungen für regionale Problemstellungen bemüht. Unseres Erachtens bedarf es genau solcher institutionalisierter Austauschplattformen zwischen der regionalen/zwischenstaatlichen Ebene, den nationalen und den europäischen Zentren. Die positiven Erfahrungen mit kurz nach Beginn der COVID-19-Pandemie eingerichteten Kommunikationskanälen, auf denen sich alle beteiligten Akteure bis heute regelmässig austauschen, könnten hierfür eine Motivation und ein gutes Beispiel sein.

Ein weiterer wichtiger Schritt in Richtung einer zukunftsfähigen grenzüberschreitenden Governance ist eine Veränderung in der Grundstruktur respektive dem Grundverständnis der Zusammenarbeit. Bislang ist die Zusammenarbeit in der Bodenseeregion durch eine netzwerkartige Struktur geprägt. Innerhalb der Netzwerke besteht noch ein starkes Silo-Denken in Bezug auf die thematischen Zuständigkeiten. Erschwerend kommt hinzu, dass innerhalb der «Silos» meist ein Einstimmigkeitsprinzip erforderlich ist und immer alle Partner:innen gleichberechtigt an konkreten Projekten und Massnahmen partizipieren (müssen). Das Arbeiten in funktionalen Räumen mit einer variablen Geometrie wird dadurch erschwert. Die Bedenken gegenüber einer solchen variablen Zusammenarbeit, zum Beispiel dass es zum Schwarzfahren Einzelner kommt, müssen ernst genommen werden. Gleichwohl braucht es eine institutionelle Weiterentwicklung, die mehr als in der Vergangenheit funktionale und problemadäquate Kooperationen auch auf teilregionaler Ebenen ermöglicht. Ein denkbarer institutioneller Ansatz hierfür ist die **Plattformorganisation,** wie wir sie zunehmend bei der (ökonomischen) Steuerung von digitalen Plattformen erleben können. Typische Merkmale einer Plattformorganisation sind die netzwerkartigen Strukturen, der gemeinsame normative Kern im Sinne einer gemeinsamen Zielvorstellung und das problemorientierte und dezentrale Arbeiten in flexiblen – oder neudeutsch: agilen – Strukturen. Steuerung über Plattformen ist aber nur dann erfolgreich, wenn es starke Akteure oder Institutionen gibt, die sie organisieren und koordinieren. Diese Rolle könnte in der Bodenseeregion beispielsweise die IBK übernehmen, der heute schon eine zentrale Rolle in der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit zukommt. Als Denkmodell könnte die Vorstellung einer grenzüberschreitenden Plattform von den relevanten Akteuren weiterentwickelt werden und zusammen mit der Multi-Level-Governance und einem klaren Rollenverständnis der Akteure einen Beitrag zur zukunftsfähigen Weiterentwicklung der Governance-Strukturen in der Bodenseeregion leisten.

Sowohl die Gespräche mit den regionalen Expert:innen als auch die wissenschaftliche Analyse haben deutlich gemacht, dass sich die grenzüberschreitende Zusammenarbeit in der Bodenseeregion über lange Jahre etabliert hat und von beteiligten Akteur:innen geschätzt wird. Dank der Vielzahl bestehender Institutionen ist das Niveau der grenzüberschreitenden Vernetzung hoch, wenngleich hieraus die genannten Herausforderungen resultieren. Akteur:innen, die bereits seit vielen Jahren grenzüberschreitend in der Bodenseeregion aktiv sind, nehmen zwar eine nach wie vor aktive Zusammenarbeit wahr, vermissen dabei aber eine gewisse Dynamik und wünschen sich, dass aus einem «nice to have» wieder ein «need to have» wird. Die Unterschiede produktiv nutzen, voneinander lernen und eine gemeinsame Identität schaffen: Das ist vielen wichtig. Der Erfahrungs- und Wissensaustausch hat einen hohen Stellenwert, auf der persönlichen Ebene ebenfalls. Dass es gerade Personen und nicht Institutionen sind, die die Zusammenarbeit durch ihr persönliches Engagement voranbringen, zeigt sich auch in der Bodenseeregion. Durch Köpfe, die für die gemeinsamem Ziele stehen und sichtbar sind, wird die Wahrnehmung in der Bevölkerung verbessert und der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit mehr Sichtbarkeit verliehen.

Grenzen bieten immer auch Chancen – als Orte des Austauschs, um gleiche oder gemeinsame Probleme zu erkennen, voneinander zu lernen und tragfähige Lösungen zu entwickeln. Auch die Grenzen zwischen Gemeinden, Teilregionen, Nationalstaaten, aber ebenso zwischen thematisch ausgerichteten Institutionen in der Bodenseeregion als Kontaktzonen zu nutzen, ist eine Chance. Das Bewusstsein für diese Chance zu stärken, bleibt weiterhin eine wichtige Aufgabe aller Akteur:innen, die sich für eine grenzüberschreitende Zusammenarbeit einsetzen. Voraussetzung hierfür ist eine Offenheit gegenüber den Unterschieden, den verschiedenen Rationalitäten und Rahmenbedingungen und kreativen Lösungen, die auch Bestehendes infrage stellen können und Raum für Neues schaffen. Die Ausgangslage in der Bodenseeregion, um die grenzüberschreitende Zusammenarbeit weiterzuentwickeln und zukunftsfähig zu gestalten, ist gut.



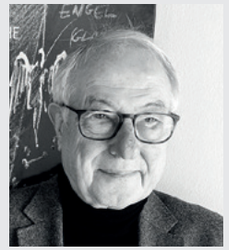
78
Dr. Reto Dubach



8
Klaus-Dieter Schnell



98
Prof. Dr. Claudius Marx



58
Josef Büchelmeier



138
Lothar Wölfle



148
Prof. Dr. Sebastian Wörwag



126
Stephan Tobler



110
Andrea Ruf



48
Dr. Martina Büchel-Germann



68
Mathias Burtscher



34
Canisius Braun



118
Horst Schädler



86
Andrea Kaufmann

Was ist DenkRaumBodensee?

DenkRaumBodensee ist ein unabhängiger wissenschaftlicher Think Tank, der in einer gesamthaften und interdisziplinären Sichtweise Impulse für die zukunftsfähige wirtschaftliche, räumliche, gesellschaftliche und politische Entwicklung der Bodenseeregion setzt. DenkRaumBodensee gibt Denkanstösse, fördert den öffentlichen Diskurs zu relevanten Themen der zukünftigen Entwicklung der Bodenseeregion und zeigt konkreten Handlungsbedarf auf. DenkRaumBodensee versteht sich als Scharnier zwischen Wissenschaft, Wirtschaft, Politik und Gesellschaft und leistet über Grenzen hinweg einen Beitrag zum Wissensraum Bodensee.

Was tut DenkRaumBodensee?

DenkRaumBodensee fragt Expert:innen und Bürger:innen nach regional relevanten Zukunftsthemen. DenkRaumBodensee identifiziert das in der Region vorhandene Wissen, macht es sichtbar, verbreitet und transferiert es auf konkrete Problemstellungen und Herausforderungen. Die Ergebnisse aus der Wissenschaft werden für die Praxis nutzbar gemacht. Die erarbeiteten Ergebnisse sollen regionale Diskursprozesse anstossen und Umsetzungsakteuren als Handlungskonzepte dienen.

DenkRaumBodensee soll als wichtiger Impulsgeber für die regionale Entwicklung angesehen werden und über eine hohe Akzeptanz bei den Zielgruppen verfügen. Der Erfolg von DenkRaumBodensee bemisst sich daran, inwieweit die gegebenen Impulse aufgenommen, weiter bearbeitet und von Entscheidungsträgern nutzbar gemacht werden.

DenkRaumBodensee wird von sechs Hochschulen und Forschungseinrichtungen sowie der Internationalen Bodensee-Hochschule IBH getragen. DenkRaumBodensee wird aus Mitteln der beteiligten Einrichtungen, des Interreg V-Programms «Alpenrhein-Bodensee-Hochrhein» sowie der Internationalen Bodensee-Konferenz gefördert.



Dr. Roland Scherer, Direktor am Institut für Systemisches Management und Public Governance (IMP-HSG) der Universität St.Gallen, Leiter des Forschungszentrums Regional Science und wissenschaftlicher Leiter von DenkRaumBodensee. Als Regionalökonom beschäftigt er sich seit vielen Jahren mit grenzüberschreitenden Fragestellungen.

Simone Strauf, Mitarbeiterin in der IBH-Geschäftsstelle, Geschäftsführerin von DenkRaumBodensee und der Stiftung Think Tank Thurgau. Sie verfügt über umfangreiche Kenntnisse im Bereich der Regionalentwicklung und der Hochschulzusammenarbeit insbesondere im grenzüberschreitenden Kontext.



DenkRaumBodensee



Universität St.Gallen
Universität Konstanz
zeppelin universität
zwischen Wirtschaft Kultur Politik
DHBW
Duale Hochschule Baden-Württemberg Ravensburg
vai
Vorarlberger Architektur Institut
LIECHTENSTEIN-INSTITUT
Internationale Bodensee Hochschule

Gefördert durch
Europäische Union
Europäischer Fonds für regionale Entwicklung
Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra
interreg
IBK
Internationale Bodensee Konferenz

www.denkraumbodensee.org